

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 17 · 25. April 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

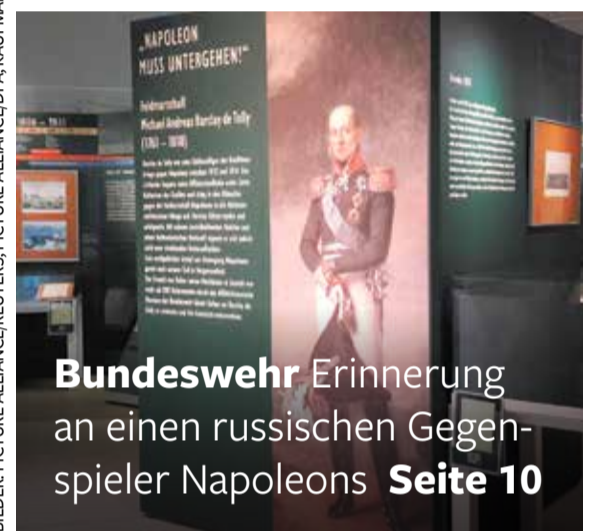
Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Addio Papa

Mit dem Tod von Papst Franziskus endet ein außergewöhnliches Pontifikat – und ein Irrtum vieler derjenigen, die ihm anfangs zugejubelt hatten Seite 1



Erinnerungskultur Die ostpreussische Tragödie vor 80 Jahren Seite 3



Bundeswehr Erinnerung an einen russischen Gegenspieler Napoleons Seite 10

VON RENÉ NEHRING

Ein außergewöhnliches Pontifikat ist zu Ende gegangen. Just am Ostermontag, während des Festes der Auferstehung des Herrn Jesus Christus also, ist Papst Franziskus aus dem irdischen Leben geschieden. Einen Tag zuvor, am Ostersonntag, hatte er noch vor tausenden Gläubigen auf dem Petersplatz im Vatikan den traditionellen Segen „Urbi et Orbi“ erteilt.

Außergewöhnlich war die Amtszeit des Papstes gleich in mehrerlei Hinsicht. Als Sohn italienischer Auswanderer war der 1936 geborene 266. Bischof von Rom der erste gebürtige Südamerikaner auf dem Stuhle Petri. Zudem war er der erste Jesuit im Papstamt, was bei seiner Wahl 2013 gerade von Mitbrüdern seines Ordens kritisiert worden war, weil der Zweck der „Societas Jesu“ eigentlich ist, treu dem Papst zu dienen und nicht selbst dieses Amt einzunehmen. Nicht zuletzt war auch der gewählte Name des bürgerlich Jorge Mario Bergoglio heißenden Geistlichen ein besonderer: Als erster Pontifex nannte er sich nach dem heiligen Franz von Assisi, der sich im Mittelalter nach einer Christuserscheinung auf den Weg begeben hatte, das „Haus des Herrn“ wieder aufzubauen, das damals „ganz und gar in Verfall geraten“ war.

Zur Außergewöhnlichkeit des Pontifikats des Franziskus gehört nicht zuletzt der Umstand, dass sein Vorgänger Benedikt XVI. zurückgetreten war – als erster Papst seit Coelestin V. im Jahre 1294 – und somit erstmals seit über 700 Jahren wieder zwei Päpste zeitgleich auf Erden weilten. Dass Franziskus anders als Bonifatius VIII., der auf den schwachen Coelestin gefolgt war, in Benedikt einen der brilliantesten Denker der Kirchengeschichte zum Vorgänger hatte, der unzählige Schriften von zeitloser Dauer hinterließ, dürfte diesen Umstand zusätzlich erschwert haben.

Doch schnell fand Franziskus seinen ganz eigenen Weg als oberster Hirte der

katholischen Kirche. Wie Johannes Paul II. war auch er ein Menschenfischer. Einer, der mit Freude dem Papamobil entstieg und mit leuchtenden Augen das Bad in der Menge suchte. Einer, der sich nicht scheute, auch zu den Randfiguren der Gesellschaft zu gehen, zu den unheilbar Kranken, den Drogenabhängigen und Prostituierten. Und immer wieder auch einer, der als oberste Instanz einer Weltorganisation sogar in Gefängnisse ging, um dort sein Haupt vor verurteilten Straftätern zu beugen und ihnen die Füße zu waschen.

Reaktionen in Deutschland

Die Nachricht vom Tod des Papstes löste naturgemäß auch in Deutschland zahlreiche Reaktionen aus. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte Franziskus als „leuchtendes Zeichen der Hoffnung“. Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz, ein bekennender Atheist, schrieb auf „X“: „Mit Papst Franziskus verlieren die katholische Kirche und die Welt einen Fürsprecher der Schwachen, einen Versöhner und warmherzigen Menschen.“ Scholz' designierter Nachfolger Friedrich Merz erklärte, dass ihn der Tod des Papstes „mit großer Trauer“ erfülle, und weiter: „Franziskus wird in Erinnerung bleiben für seinen unermüdlenden Einsatz für die Schwächsten der Gesellschaft, für Gerechtigkeit und Versöhnung.“

Doch schnell mischten sich auch kritische Töne in die Nachrufe, vor allem in

den Medien. So nannte etwa der „stern“ Franziskus „einen, der Reformen sein wollte – und scheiterte“. Es verwundert nicht, dass derlei Rufe vor allem im linken Spektrum der deutschen Gesellschaft zu vernehmen sind. Also dort, wo in den ersten Jahren seines Pontifikats noch große Begeisterung über den anderen Stil dieses Papstes vorgeherrschte hatte. Dass Franziskus auf Prunkgewänder und sogar auf die Gemächer im Apostolischen Palast verzichtete, um im vatikanischen Gästehaus Santa Marta zu wohnen, hatte in jenen Kreisen die Hoffnung geweckt, dass der Pontifex auch inhaltlich andere Wege gehen würde als seine Vorgänger.

Tatsächlich stieß Franziskus zahlreiche Reformen an. In großen Bischofssynoden zu Fragen der Familie und der Jugend reagierte er auf den gesellschaftlichen Wandel der vergangenen Jahrzehnte. In einer eigens dem Amazonasgebiet gewidmeten Synode führte er seine Kirche nicht nur an das Leben in Südamerika, sondern auch an Fragen ganzheitlicher Ökologie heran. Geradezu revolutionär war seine Öffnung höherer Verwaltungsämter in der Kirchenhierarchie für Frauen. Mit der Berufung der Ordensschwester Simona Brambilla Anfang 2025 zur Präfektin des Dikasteriums für die Institute geweihten Lebens und für die Gesellschaften apostolischen Lebens ernannte der Papst sogar erstmals eine Frau zur Leiterin einer Einrichtung der Römischen

Kurie. Zudem ließ dieser Papst eine stärkere Autonomie kirchlicher Gliederungen in der Welt zu und geißelte mit starken Worten wie „Krankheit“, „Perversion“ und „Plage“ den Klerikalismus als ein Grundübel der Kirche. Und noch radikaler als sein Vorgänger Benedikt verurteilte Franziskus öffentlich den tausendfachen sexuellen Missbrauch junger Gläubiger durch Priester seiner Kirche.

Krise des Westens, nicht der Kirche

Dass Medien wie der „stern“ dennoch von einem „Scheitern“ der Reformbemühungen sprechen, sagt mehr über sie und das Land, in dem sie erscheinen, aus als über den verstorbenen Papst. Viele Intellektuelle hierzulande nahmen Franziskus übel, dass er trotz allen Verzichts auf traditionellen Pomp und der Hinwendung zu den einfachen Gläubigen in Grundsatzfragen nicht nachgab. So weigerte er sich, Frauen neben Verwaltungsämtern auch zur Priesterweihe zuzulassen. Homosexualität verdammt er zwar nicht, doch mochte er nicht so weit gehen, schwulen und lesbischen Paaren eine kirchliche Trauung zu gestatten. Auch der Aufhebung des Zölibats wollte er nicht zustimmen.

Letztlich offenbarten die Kritiker des Franziskus nur ihre Unkenntnis vom Wesen der päpstlichen Kirche – und/oder ihre eigene Überheblichkeit. Sie wollen nicht wahrhaben, dass auch ein Reformpapst noch immer katholisch ist und als Stellver-

treter Christi auf Erden keineswegs vorhat, elementare Grundlagen seines Glaubens aufzugeben. Erst recht wollen jene Kritiker nicht wahrhaben, dass es für eine Weltkirche im 21. Jahrhundert kaum darauf ankommt, was ein paar Publizisten und selbsternannte Modernisierer in Deutschland meinen. Denn während beide christlichen Kirchen hierzulande mit ihrem Kurs der Anpassung an den Zeitgeist seit Jahren Millionen Mitglieder verloren haben, verzeichnet die katholische Kirche im „Rest der Welt“ kontinuierlich Millionenzuwächse. Warum also sollte sich jemand im Vatikan darum scheren, was nördlich der Alpen gefordert wird?

Dieser Gedanke könnte auch beim nun anstehenden Konklave eine Rolle spielen. Die im Westen oft diagnostizierte Krise der Kirche ist vor allem eine Krise des Westens selbst. Die päpstliche Kirche als global aufgestellte Organisation hat längst flexibel darauf reagiert, indem die Europäer nun erstmals keine Mehrheit mehr im Kollegium der wahlberechtigten Kardinäle haben. Wie sich dies im künftigen Kurs der Kirche ausdrückt, werden die Gläubigen und kritischen Beobachter sehen, wenn es demnächst vom Balkon des Petersdoms wieder erschallt: „Habemus papam!“



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

KIRCHE

Ein moderner Bewahrer und ein großes Missverständnis

Papst Franziskus wollte die Kirche zweifellos reformieren – doch anders als seine zeitgeistbeseelten Kritiker keineswegs seinen Glauben aufgeben

VON HOLGER FUSS

Günter Grass hatte für wirksame PR-Aktionen ein untrügliches Gespür. Pünktlich zur Veröffentlichung seiner Lebenserinnerungen im Jahre 2006 offenbarte der Literaturnobelpreisträger in einem Zeitungsinterview, als 17-Jähriger ab Herbst 1944 Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein. In seinen Memoiren „Beim Häuten der Zwiebel“ berichtet er zwar, er habe in seiner Jugend die Waffen-SS „als Elite-Einheit“ empfunden und „die doppelte Rune am Uniformkragen“ als „nicht anstößig“. Er sei auch an keinem Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs beteiligt gewesen und habe nicht einen einzigen Schuss abgegeben. Als Ladeschütze in der 10. SS-Panzer-Division „Frundsberg“ habe er sich nur ums Nachladen kümmern müssen, geschossen hätten andere. Doch im Interview mit der „FAZ“ räumte Grass ein: „Später hat mich dieses Schuldgefühl als Schande belastet.“

Es war das wohl kalkulierte Bekenntnis eines Großschriftstellers, der es sich 60 Jahre nach Kriegsende leisten konnte, eine Kontroverse um seine SS-Vergangenheit zu entfachen, die durchaus auch seinen Buchverkauf befeuerte. Seinem Nimbus als das schlechte Gewissen der Nation, Wahlkämpfer für Willy Brandt und Mahner für alle linken Fälle konnte der SS-Makel auf Dauer nichts anhaben. So wurde noch vor wenigen Tagen auf der Webseite des NDR getitelt: „Vor zehn Jahren starb Multitalent und Moralist Günter Grass.“

Das spukhafte Eigenleben der deutschen Erinnerungskultur

Nazi-Themen laufen hierzulande wie Freibier und werden immer dankbar angenommen – als Empörungsbeschleuniger, als Haltungsvergewisserungsdroge und als Munition gegen politische Gegner. Nach dem großen Beschweigen der NS-Zeit nach 1945 und der Vergangenheitsbewältigungsphase nach 1968 erleben wir mittlerweile eine Art leerlaufende Instrumentalisierungsetappe, in der das nationale Trauma der deutschen Schuld an den NS-Verbrechen zur Regulierung der eigenen Gesinnungstemperatur verwendet wird. Mit den Vorgängen während der Hitler-Jahre und den Lehren, die daraus zu ziehen sind, hat das jedoch immer weniger zu tun.

Jüngstes Beispiel für das spukhafte Eigenleben, das die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur inzwischen entwickelt hat, ist die Enthüllung, dass der langjährige Suhrkamp-Verleger Siegfried Unseld als 17-Jähriger 1942 die Aufnahme in die NSDAP beantragt habe und als Mitglied Nummer 9.194.036 eingetragen worden war. Dies geht aus einer Mitgliedskarte der NSDAP-Zentralkartei hervor, die der Historiker Thomas Gruber zufällig im Bundesarchiv entdeckte. Seinen Fund veröffentlichte er im Feuilleton der „Zeit“. Im redaktionellen Begleittext zu Grubers Story, über dem in großen Lettern „Unselds Geheimnis“ prangt, wird schockiert vermerkt: „Die Entdeckung berührt die Grundfesten, auf dem das Land seit Jahrzehnten intellektuell und moralisch agiert.“

Dieser Satz umreißt das ganze Problem. Denn wenn der Umstand, dass ein halbwüchsiger Schuljunge „kurz vor dem kriegsbedingten Notabitur“ in Hitlers Partei eintrat, weil er wie jeder heranwachsende Mensch sich seinen Anteil an der Zukunft sichern wollte, auch wenn Nachgeborene in der Rückschau die Nase rümpfen mögen, wenn solch eine Entdeckung also „Grundfesten erschüttert“, dann sprechen wir nicht vom Problem des jungen Unseld, sondern von den heute gähnenden Abgründen der Nachfahren.

Unseld hatte sich die Zeit nicht ausgedacht, in die er hineingeboren wurde und auch nicht die Familie, in der er aufwachsen musste. Sein Vater Ludwig war ab 1933 in der NSDAP und der SA, er brachte es 1938 zum Obersturmführer. Mutter Lina war in der NS-Frauensschaft aktiv. Ludwig Unseld war an den Novem-



Vom jungen NSDAP-Mitglied und Frontsoldaten zur prägenden Figur der bundesrepublikanischen Kulturgeschichte: Der Verleger des Suhrkamp Verlags, Siegfried Unseld
Bild: imago/United Archives

Essay

Der Hochmut der Enkel

Der langjährige Suhrkamp-Verleger Siegfried Unseld war Mitglied der NSDAP. Die Nachricht ist für manche überraschend, für andere nicht. Und sie wirft die Frage auf, was das heutige Deutschland aus Unselds Biographie lernen kann

berpogromen von 1938 beteiligt, als die braunen Horden bei Ulm zwei Synagogen niederbrannten. Dafür wurde er 1947 zu einer zehnmonatigen Haftstrafe wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ abgeurteilt. Sohn Siegfried, ein sportlicher Strahlemann, wurde Fähnleinführer beim Jungvolk und hatte 1942 wohl an die 160 „Pimpfe“ unter seinem Kommando. Ja, Siegfried Unseld wurde in einer Nazi-Familie groß, er hatte sich womöglich für den Führer und seine Ideologie begeistert. Pech beim „Samen-Bingo“ heißt das wohl im flapsigen Ton unserer Zeit.

Schöpfer der „Suhrkamp-Kultur“

Als der Krieg 1945 beendet war, fing der 20-jährige Unseld ein neues Leben an. Er studierte, fraß Bücher in sich hinein, wurde Buchhändler, landete schließlich als Lektor bei Peter Suhrkamp, der von der Gestapo gefoltert worden war. Als Suhrkamp 1959 starb, übernahm Unseld die Geschäfte und machte aus dem Suhrkamp Verlag einen einzigartigen Kosmos der Literatur und des Geisteslebens, insbesondere schuf er für jüdische Emigranten eine neue verlegerische Heimstatt. Ganz so, als ob Unseld die Untaten seiner Eltern auf seine Weise wiedergutmachen wollte. Das Diktum des US-Kulturphilosophen George Steiner von der „Suhrkamp Culture“ jedenfalls wurde sprichwörtlich in der westlichen Welt. Für die neomarxistisch revoltierenden Studenten von 1968 waren die Suhrkamp-Taschenbücher intellektuelles Marschgepäck. Unseld war ein bewunderter Büchermacher, der links blinkte und damit gute Geschäfte machte.

Und nun, 23 Jahre nach seinem Tod, kommt seine Kindheit und Jugend im „Dritten Reich“ zum Vorschein. War Unseld etwa ein Nazi? Natürlich nicht. Er

war ein verführtes Kind, das sich der Müllhalden, die ihm sein Elternhaus und der damalige Zeitgeist eingebläutert hatte, schneller entledigt hatte als es bei Erwachsenen sonst oft zu beobachten ist. Unseld hatte seine Lektion gelernt und parierte auf beachtlichem Niveau. Warum der „Zeit“-Redakteur in der NSDAP-Mitgliedschaft Unselds die intellektuellen und moralischen Grundfesten unseres Landes berührt sieht, bleibt zunächst im Dunkeln. Im Grunde erklärt Unselds nationalsozialistischer Hintergrund überhaupt erst seine spätere obsessive Verlegerexistenz. Offenbar war er zeitlebens ein von dämonischen Erinnerungen Getriebener.

Zu den unbewussten Kontinuitäten gehört wohl eine Episode aus dem Mai 1944, als der junge Marinefunker Unseld auf der Krim die Schrecken des Krieges am eigenen Leibe erfuhr. Auf der Flucht vor den heranrückenden Russen sprang er

vom Felsen und schwamm ins Schwarze Meer hinaus, bei stockfinsterner Nacht, zwei Kameraden ertranken unterwegs, Unseld schwamm immer weiter ins Ungewisse, neun Stunden lang, erst dann konnte ihn ein deutsches Schiff aufnehmen. So etwas vergisst ein Mensch nie, und so zog der spätere Verleger bis ins hohe Alter seine morgendlichen Bahnen im häuslichen Schwimmbad, noch ehe er ins Büro ging. Als ob er unterschwellig Tag für Tag aufs Neue sein Lebensdrama von Gefahr und Errettung inszeniert hat.

Empörung verdorrter Gemüter

So etwas wäre Stoff für einen grandiosen Roman. Doch nun kommen die Enkel und Urenkel jener Generation auf den Plan, verzweigte Gestalten, verdorrte Gemüter, denen es allein um moralische Reinlichkeit zu tun ist. Ganz vorne dran fragt der Deutschlandfunk: „Wo bleibt der Aufschrei?“ Der fehlende Aufschrei zeige: „Schuld wird zunehmend relativiert – ein gefährlicher Wandel in Zeiten politischer Radikalisierung.“ Hier wird Kindern und Jugendlichen, die das Unglück erlebten, unter Nazis aufzuwachsen, eine Verantwortung aufgebürdet, die vor keinem Jugendstrafrecht heute standhalten würde.

Ähnlich phrasenhaft klingt es in der „Welt“, wo die Literaturchefin fragt: „Muss die Geschichte der Bundesrepublik neu geschrieben werden?“ Was wie Größenwahn daher kommt, wird erklärlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass Unseld zwar kein Bundespräsident war, aber als wichtigster Verleger seiner Zeit doch ein inoffizieller Präsident der intellektuellen Republik Westdeutschlands, jenes Milieus also, dessen Geschäftsmodell die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit war. Ein Milieu, das gleich-

sam den Mutterboden ausbrachte, auf dem die eifernden Enkel und Urenkel heute ihren woken Kulturkampf zwischen Gut und Böse austragen.

Dass dieses Schwarz-Weiß-Zeichnen bereits nach dem Krieg auf tönernen Füßen stand, zeigen die Biographien auch anderer linksliberaler Frontleute wie Günter Grass und Walter Jens, die in jungen Jahren der Waffen-SS oder der Partei angehört haben und hernach zu antifaschistischen Galionsfiguren der Bundesrepublik erblühten. Auf diesem geistigen Humus gedieh schon früh das Bonmot des Satirikers F. W. Bernstein: „Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.“

Noch etwas schreibt die „Welt“-Redakteurin: „Wäre es nicht eher ungewöhnlich, wäre Siegfried Unseld nicht Parteimitglied geworden?“ Und dann: „Entscheidender ist die Frage, ob Unseld über die Mitgliedschaft geschwiegen hat und warum.“ Über die Frage, ob er geschwiegen hat, werden die Quellenforscher wohl noch eine Weile diskutieren. Falls ja, ist das Warum leicht zu beantworten: Unseld war eben kein Dummkopf. „Hätte Siegfried Unseld von Mai 1945 an überall brav angegeben: Ich bekenne, ich bekenne – dann stellte sich mithin die gesamte intellektuelle Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anders da. Es hätte nie einen Suhrkamp Verlag unter Siegfried Unseld gegeben, und ich wäre in einer literarisch anderen Republik aufgewachsen. Es sei denn natürlich, es wäre einfach ein ähnlicher anderer, der seinerseits ‚verschwiegen‘ hätte, an seine Stelle getreten.“ Dies schreibt in der FAZ der Suhrkamp-Autor Andreas Maier, als Angehöriger des Jahrgangs 1967 ein „Kind der Schweigekinder“ – jener Generation also, die es vorgezogen hatte, über ihre Kindheit und Jugend im „Dritten Reich“ lieber nicht zu reden.

Infantiler Moralismus eines auf Lebenslügen gewachsenen Soziotops

Der Journalist und Philosoph Ulf Poschardt, hauptamtlich Herausgeber der „Welt“, hat unlängst ein erhellendes Buch über jenes linke Spießertum veröffentlicht, das nun einen „Aufschrei“ gegen Unseld einfordert: „Shitbürgertum“ lautet der etwas vulgäre Titel. Gemeint sind die politisch Korrekten mit ihrem „oft regressiven und infantilen Moralismus, der vor allem basiert auf einer Abspaltungsbwehr gegenüber den inneren Ambivalenzen, Aggressionen und Abgründen“. Dieses *juste milieu* wünscht sich eine Welt, in der Gut und Böse deutlich konturiert sind, mit Grautönen kommt es schlecht zurecht. Ein „schwaches Ich, das sich nur in der Rolle des Guten und Anständigen annehmen kann“, diagnostiziert Poschardt bei diesem links-grün orientierten Soziotop, das längst die Schaltstellen westlicher Gesellschaften erobert hat.

Wie sehr dieser Moralismus auf Lebenslügen, Ignoranz und Verächtlichkeit gebaut ist, erleben wir, wenn die Existenz von zwei biologischen Geschlechtern in Frage und unter Strafe gestellt wird, wenn der Meinungskorridor eingeengt, wenn Judenhass in linken Kreisen trotz gegenteiliger Beteuerungen salonfähig gemacht wird oder wenn mit der Inflationierung der Nazi-Keule der historische Nationalsozialismus relativiert wird. All das sind Symptome eines Untergrabens des gesunden Menschenverstands, der Umwertung bürgerlicher Werte und auch der Umwidmung der Vergangenheit.

Genau das hat Siegfried Unseld in seiner Kindheit und Jugend im Dritten Reich erlebt. Der antibürgerliche Angriff auf den *common sense* gehörte zur Ideologie der Nationalsozialisten. So sollte der neue deutsche Mensch erschaffen werden. Unseld hatte den Wahnsinn überlebt, physisch und geistig, und aus seinen Erfahrungen etwas Großes geschaffen. Deshalb brauchen wir in der Causa Unseld keinen „Aufschrei“ hochmütiger und mittelmäßiger Nachfahren. Lieber sollten wir genau hinschauen und aus seiner widersprüchlichen Biographie lernen.

Die ostpreußische Tragödie

Als sich vor 80 Jahren der Zweite Weltkrieg seinem Ende neigte, wurde dies vielfach als Erlösung und Befreiung empfunden. Für den historischen deutschen Osten bedeutete es den Untergang jahrhundertealter Kulturlandschaften

VON KLAUS WEIGELT

Ob ein Ereignis als „historisch“ zu bewerten ist, kann oft erst im Nachhinein, manchmal nach langer Zeit beurteilt werden. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland, die Eroberung Königsbergs nach dreitägiger Abwehrschlacht am 9. April 1945 durch die Rote Armee wurden von denen, die dieses Inferno erlebten, als apokalyptisch empfunden, als epochale Zerstörung einer Welt, die bereits seit 1933 auf finsterste Abwege geraten war, ohne dass diese Entwicklung von der Mehrheit der Bevölkerung als nachteilig empfunden wurde.

Wie sehr diese Abwege, die der Nationalsozialismus dem deutschen Volk gewiesen hatte, etwas mit dem Abgrund zu tun hatte, in den eben dieses Volk vor 80 Jahren stürzte, erschloss sich den Deutschen und Ostpreußen – wenn überhaupt – erst viel später. Im Vordergrund der Erfahrung stand das existentiell erlittene eigene Leid, das der Familie, Nachbarn und Freunde. Weiter reichte der Horizont in der Stunde des Zusammenbruchs bei den meisten damals noch nicht.

Das Weihnachtsfest 1944 konnte in Königsberg wie die Kriegsjahre zuvor seit 1939 noch wie im Frieden gefeiert werden, obwohl die meisten Männer an den Kriegsfrenten kämpften, viele bereits gefallen oder in Gefangenschaft geraten waren und Königsbergs Innenstadt seit Ende August 1944, nach zwei britischen Luftangriffen, in Trümmern lag. Auch die jahrhundertealte Dom- und Kathedrale, die sechs Jahre nach der von den Nazis 1938 zerstörten Synagoge in der Lindenstraße in Flammen aufgegangen war.

Auch die Schreckensereignisse von Nemmersdorf am 21. Oktober 1944 konnten die trügerische Ruhe des ausgehenden fünften Kriegsjahres nicht stören, zumal die NS-Behörden eine Evakuierung der Zivilbevölkerung bis zu diesem Zeitpunkt verhindert hatten. Hitler hatte die „Wolfsschanze“ nach über drei Jahren im November 1944 verlassen. General Keitel ließ dieses Führerhauptquartier im Januar 1945 sprengen, das drei Tage später die Rote Armee erreichte, die in Rastenburg grausamste Untaten an der Zivilbevölkerung verübte.

Das Grauen begann im kalten Winter

Das furchtbarste aller möglichen Szenarien trat im Januar 1945 ein. Die Massenflucht der Ostpreußen nach Westen, die nach der viel zu späten Erlaubnis des Gauleiters Erich Koch ab Mitte Januar möglich war, die sowjetische Winteroffensive auf breiter Front seit dem 13. Januar 1945 nach Ostpreußen und der Rückzug der geschlagenen Wehrmachtstruppen vor der Roten Armee trafen auf Ostpreußens Straßen aufeinander in einem unvorstellbaren, vernichtenden Chaos, in dem die flüchtende Zivilbevölkerung bei eisigen winterlichen Temperaturen zwischen die Kampfseinheiten geriet und selbst zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zum Angriffsziel wurde.

Da schon Ende Januar Ostpreußen von der Roten Armee eingeschlossen war, blieb den Flüchtenden nur der Weg über das vereiste Frische Haff, wo sie von russischen Kampfflugzeugen aus der Luft angegriffen wurden. Viele Trecks versanken im eisigen Wasser. Heute ist bekannt, dass die russischen Piloten ihre Opfer nicht nur beschossen, sondern auch fotografierten. So konnten erschütternde Foto-Dokumente von dieser Flucht über das Eis vor 80 Jahren bei einer Gedenkveranstaltung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gezeigt werden.

Es gehört zur Diabolik des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkrieges, dass exakt in diesen Januartagen 1945 bei eisigen Temperaturen Häftlinge aus dem KZ Stutthof, vor allem Frauen, von SS-Truppen über Königsberg



Sinnbild des Untergangs des deutschen Ostens: Das zerstörte Königsberg 1945

Bild: picture-alliance/dpa

nach Palmnicken getrieben wurden. Zahllose Häftlinge kamen bei diesem Wintermarsch zu Tode. Etwa dreitausend Frauen kamen in Palmnicken an und wurden dort in den Hallen des Bernsteinwerkes inhaftiert. In der Nacht zum 31. Januar 1945 wurden die Frauen von der SS auf das Eis des Strandes getrieben und mit Maschinengewehren erschossen.

Nahezu zeitgleich, am 30. Januar 1945, wurde das Flüchtlingsboot „Wilhelm Gustloff“ von drei Torpedos eines sowjetischen U-Bootes getroffen und sank in der Ostsee mit Tausenden von Menschen, von denen sich nur wenige retten konnten.

Vergessene Schicksale

Der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski hat in seinem Buch „Winter fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken“ (2010) den Opfern an der Bernsteinküste ein literarisches Denkmal gesetzt. Zwei Zeitzeugen hat die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin eine Stimme für die Nachwelt gegeben: Maria Blitz in ihrem Bericht „Endzeit in Ostpreußen. Ein beschwiegene Kapitel des Holocaust“ (2010) und Eva Nagler „Massenmord am Ostseestrand. Bericht einer Überlebenden“ (2025).

In seinem Vorwort für dieses Buch schreibt Arno Surminski: „Der Holocaust kennt viele Namen. Neben Auschwitz, Birkenau und Sobibor sind viele Orte Mittel- und Osteuropas in die traurige Geschichte eingegangen. Doch es gibt auch Namen, denen niemand ansieht, dass sie mit dem Holocaust verbunden waren. Dazu gehört der Badeort Palmnicken (Jantarny) an der ostpreußischen Samlandküste, bekannt durch ein Bernsteinwerk, in dem Arbeiter und Kriegsgefangene die Schätze der Erde im Tagebau förderten. Ende Januar 1945 ereignete sich dort ein Massaker an dreitausend jüdischen Frauen, die aus den Außen- und Arbeitslagern kamen, die das KZ Stutthof in Ostpreußen eingerichtet hatte. [...] Nur wenige Frauen überlebten das Massaker an der Samlandküste. Keine Zeitung berichtete davon, keine Radiosendung verbreitete eine Meldung. Auch die Rote Armee, die kurz darauf Palmnicken besetzte, nahm die Untat nicht wahr. Das Geschehen drohte durch Stillschweigen aus der Geschichte zu fallen. Erst ein halbes Jahrhundert später fiel der Schleier, und den Frauen von Palmnicken wurde ein Denkmal am Strand errichtet.“

Viele Ereignisse der ersten Monate des Jahres 1945 sind aus der Geschichte gefallen, zahllose menschliche Schicksale für immer vergessen. Aber von allen deutschen Provin-

zen hat Ostpreußen mit seiner Bevölkerung den höchsten Blutzoll entrichten müssen. Umso wichtiger ist die Erinnerung an die Geschehnisse, die das Inferno dieser ostpreußischen Tragödie überlebt hat und im Gedächtnis der Menschen haften geblieben ist.

Dabei ist die Tatsache am bedrückendsten, dass sich die Parallelität der Kriegereignisse und der Fortsetzung der nationalsozialistischen Untaten bis zum Untergang der NS-Herrschaft ungebrochen fortgesetzt hat. Der Film „Der Untergang“, basierend auf dem Buch von Joachim Fest „Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches“ (2002), zeigt, wie bis in die letzten Kriegstage Nazi-Horden durch Berlin zogen und wahllos „Verräter“ an Bäumen und Laternenpfählen exekutierten. – Der Königsberger Juwelier Arnold Bistrick, Mitglied des Goerdeler-Widerstandskreises, sollte Ende April 1945 mit anderen Inhaftierten von Hitlerjungen in den Trümmern Berlins erschossen werden. Man konnte die Kinder überreden, sich nicht mit einer Mordtat ihr Leben zu belasten. Später war Bistrick mehrere Jahre Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg.

Die eingeschlossene Bevölkerung in Königsberg versuchte mehrfach, den Belagerungsring der Roten Armee zu durchbrechen. So gelang es dem alten Seemann Carl Friedrich von Möller, auf kleinen Schiffen über den Seealant Tausende von Zivilisten nach Pillau zu bringen, wo sie größtenteils Anschluss an Rettungsschiffe nach Westen fanden. Bei einem Angriff der Russen auf Quednau konnte die deutsche Gegenwehr dreißig Panzer vernichten und die Russen aufhalten. Der Befehlshaber der 3. Weißrussischen Front, Marschall Tschernjachowski, überschätzte daraufhin die Stärke der Festung. Sonst wäre Königsberg viel früher gefallen. So aber verblieb dem zur Festung erklärten Königsberg unter Hitlers Durchhaltebefehl eine Atempause von neun Wochen bis Anfang April.

Das Beispiel Königsbergs

Der Sturm auf Königsberg begann, als ganz Ostpreußen bereits in der Gewalt der Roten Armee und die Hauptstadt seit Langem eingekesselt war, am 6. April 1945 und dauerte drei schreckliche Tage und Nächte. Als General Lasch gegen den Befehl Hitlers kapituliert und mit seinen Soldaten in die Gefangenschaft ging, fanden die Russen noch eine Zivilbevölkerung von etwa 130.000 Personen vor. Der wutschnaubende Diktator ließ Otto Lasch zum Tode verurteilen, seine Familie wurde in Sippenhaft genommen.

Sechs Tage überließ die sowjetische Führung die Bevölkerung dem Hass und der Willkür der Eroberer. Ungezählte Frauen wurden vergewaltigt und ermordet, Krankheit und Hunger rafften Tausende hinweg. Nach Gause starben über 35.000 Menschen schon in den ersten beiden Monaten nach der Kapitulation. Groß war die Zahl derjenigen, die durch Freitod aus dem Leben schieden

Was sich nach der Eroberung Königsbergs in der Stadt abspielte, haben Hans Graf von Lehndorff in seinem „Ostpreußischen Tagebuch“ (1961), Fritz Gause im dritten Band seiner „Geschichte der Stadt Königsberg“ (1971) und viele andere Autoren beschrieben. Sechs Tage überließ die sowjetische Führung die Bevölkerung dem Hass und der Willkür der Eroberer. Ungezählte Frauen wurden vergewaltigt und ermordet, Krankheit und Hunger rafften Tausende hinweg. Nach Gause starben über 35.000 Menschen schon in den ersten beiden Monaten nach der Kapitulation. Groß war die Zahl derjenigen, die durch Freitod aus dem Leben schieden. Gause zählt in seinem Bericht viele namentlich auf. Das Grauen, die Schrecken und das Elend waren unermesslich. Königsberg wurde zu einem Todeslager.

Königsberg war schon in der Konferenz von Teheran 1943 von Stalin als Entschädigung für die von den Deutschen verursachten Leiden des russischen Volkes beansprucht worden. De Gaulle hatte dieses sowjetische Kriegsziel 1944 bei einem Besuch in Moskau anerkannt. In der Konferenz von Potsdam wurde es 1945 bestätigt. 1946 benannten die Sowjets Königsberg in „Kaliningrad“ um. Stadt und Oblast wurden russisch und sind es bis heute geblieben. Die wenigen Deutschen, die das Königsberger Todeslager überlebten, etwa 20.000, wurden von 1947 bis 1949 nach Westen evakuiert. In der Zeit danach, von 1948 bis 1991 fand die vollständige Russifizierung statt. Gause schreibt: „Die siebenhundertjährige Geschichte Königsbergs nahmen die Ausreisenden mit in ihr Vaterland. Was sie hinter sich ließen, war Kaliningrad.“

Ein Wiedersehen der russifizierten Stadt und Region, der Kaliningradskaja Oblast, war erst nach 1991 möglich und wurde von vielen Königsbergern und Ostpreußen dankbar genutzt. Es konnte 1994 sogar die 450-Jahr-Feier der Königsberger Universität Albertina mit über tausend internationalen Gästen festlich begangen werden. Aber diese Öffnung war nur eine Scheinblüte deutsch-russischer Freundschaftsbeziehungen, die mit der Machtübernahme Vladimir Putins im Jahre 2000 endete. Seit der Einnahme der Krim 2015 und spätestens mit dem Angriff auf die Ukraine 2022 zeigte Moskau wieder das Gesicht einer imperialen Eroberungsmacht.

Kein ewiger Frieden

In einer Stadt wie „Kaliningrad“, die mit ihrem Umland voller Atomwaffen in das Geschehen des Ukrainekrieges einbezogen ist, konnte natürlich 2024 die 300-Jahr-Feier des Friedens-Philosophen Immanuel Kant von deutscher Seite nicht stattfinden. Kant, der Ostpreußen zeitlebens nie verlassen hatte, war nun *post mortem* gewaltsam aus seiner Heimat vertrieben worden.

Die historisch bleibende Bedeutung des deutschen Untergangs zeigt sich nicht nur in der territorialen Amputation eines Viertels des früheren Reichsgebietes und der kulturellen Amputation des pommerischen, ostpreußischen und schlesischen jahrhundertealten Erbes, sondern brennpunktartig auch in der geistig-kulturellen Verwüstung des Königsberger Gebietes und der Heimatstadt Kants, die von Moskau für seine imperialen Ziele missbraucht wird. Die Verantwortung für diese Tragödie liegt bei Hitler und Stalin sowie bei den heutigen Machthabern im Kreml. Ob die heutige Situation ein Dauerzustand für die Zukunft bleiben wird, vermag nur die Geschichte zu beantworten.

● Klaus Weigelt ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. Zu seinen Büchern gehören „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ (Westkreuz-Verlag 2019) sowie „Schweigen und Sprache. Über Ernst Wiechert“ (Quintus-Verlag 2020).

www.stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

MELDUNGEN

Krebsvorsorge verbessert

Berlin – Darmkrebs gehört zu den häufigsten Krebsarten in Deutschland. Eine Früherkennung ist entscheidend für die Heilungschancen. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat eine Änderung an seinem Programm zur Darmkrebs-Früherkennung bekannt gegeben. Seit dem 1. April können Männer und Frauen schon ab 50 Jahren, und nicht wie bisher ab 60 Jahren, an der Darmkrebs-Vorsorge teilnehmen. Die Änderung sieht vor, dass zweimal im Abstand von zehn Jahren Männer und Frauen ab 50 eine Darmspiegelung in Anspruch nehmen können, alternativ zur Darmspiegelung dürfen sie alle zwei Jahre einen Stuhltest machen. Alle Versicherten erhalten ab dem Erreichen des 50. Lebensjahrs eine Einladung zur Teilnahme am Darmkrebs-Screening von ihrer Krankenkasse. Diesem liegt eine ausführliche Information des G-BA bei. Eine Broschüre informiert darüber hinaus über die Erkrankung, die Früherkennung den Ablauf der Darmspiegelung und des Stuhltests sowie über Vor- und Nachteile. MRK

Feministische Mathematik

Bielefeld – Die Hochschule Bielefeld (HSBI) hat eine unbefristete Vollzeit-Professur für „Gender-Gerechtigkeit in der Angewandten Mathematik“ ausgeschrieben. Das Vorhaben wird vom NRW-Kultusministerium mit 450.000 Euro gefördert. Der bislang noch nicht berufene Lehrstuhlinhaber soll sich in Forschung und Lehre vor allem auf Künstliche Intelligenz (KI) sowie die Erfassung und Verarbeitung von Daten konzentrieren. „Ziel ist es unter anderem, mathematische Methoden zu entwickeln ... , die geschlechterspezifische Verzerrungen in Algorithmen erkennen und reduzieren können“, heißt es hierzu in einer HSBI-Pressemitteilung. Laut der HSBI-Präsidentin Ingeborg Schramm-Wölk müsse „dringend“ verhindert werden, dass „schlecht konzipierte und mangelhaft trainierte KIs ... zur Verfestigung von überkommenen Geschlechtervorstellungen beitragen“. W.K.

Wagenknecht contra Wolf

Erfurt – Auf dem Parteitag des Thüringer BSW droht ein Machtkampf zwischen der derzeitigen Landesvorsitzenden Katja Wolf und Vertretern des Wagenknecht-Lagers. Gegen die bisherige Parteispitze wollen Anke Wirsing, Matthias Bickel und Robert Henning für den BSW-Landesvorstand kandidieren. Alle drei gelten als Unterstützer der Parteigründerin Sahra Wagenknecht. Diese übte Kritik, weil die bisherige Landeschefin sich auf dem Parteitag erneut zur Wahl stellen will. Wagenknecht erklärte, sie sei davon ausgegangen, dass es in Thüringen längst Konsens sei, Partei- und Regierungssamt zu trennen. Zwischen den beiden Frauen tobt bereits seit den Verhandlungen zur Thüringer Koalition aus CDU, SPD und BSW ein Streit. Brandenburgs Finanzminister Robert Crumbach (BSW) hat vor Kurzem angekündigt, im Sommer oder Herbst sein Amt als BSW-Landeschef aufgeben zu wollen. H.M.



Die Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien (v.l.): Manuel Hagel (CDU), Markus Frohnmaier (AfD), Cem Özdemir (im Hintergrund eingeleitet, Grüne), Andreas Stoch (SPD) und Hans-Ulrich Rülke (FDP) Bild: picture alliance/dpa

BADEN-WÜRTTEMBERG

Stimmungstest im Ländle

Nächste Landtagswahl im März 2026 – Wer folgt auf Kretschmann?

VON PETER ENTINGER

Voraussichtlich am 8. März nächsten Jahres findet mit einer Landtagswahl in Baden-Württemberg der erste ernst zu nehmende Stimmungstest nach der Bundestagswahl statt. Zudem steht die einzige von den Grünen geführte Landesregierung zur Disposition.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der als bürgerlicher Vertreter seiner Partei auch bei politischen Mitbewerbern hohes Ansehen genießt, wird sich nach der laufenden Legislaturperiode in den Ruhestand verabschieden. Die Grünen haben sich früh festgelegt. Cem Özdemir, geschäftsführender Ernährungs- und Landwirtschafts- sowie Bildungs- und Forschungsminister in der Ampelregierung, soll auf Kretschmann folgen. Der grüne Realo gilt wahlweise als sachlicher Verwalter seines Ressorts oder als jemand, der wenig Akzente ge-

setzt hat. Im „Ländle“ ist er jedoch bekannt und erfreut sich dort relativ hoher Zustimmungswerte.

Bei der Landtagswahl 2021 triumpfierten die Grünen mit Kretschmanns Amtsbonus deutlich und kamen auf 32,6 Prozent – vor der CDU mit gut 24 Prozent. SPD, FDP und AfD lagen jeweils um die zehn Prozent, die Linke scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde.

Rekordergebnis für AfD möglich

Bei der Bundestagswahl zeigte sich ein anderes Bild. Die CDU kam in Baden-Württemberg auf über 30 Prozent, die SPD lag mit 14 Prozent knapp vor den Grünen. Die Linke erreichte mit 6,8 Prozent weniger als im Bundesschnitt. Die AfD erzielte mit 19,8 Prozent ein starkes Ergebnis – unter zwanzig Prozent, aber mit deutlichem Zugewinnen.

Der AfD-Landesvorsitzende Markus Frohnmaier, seit dem 25. Februar einer von fünf stellvertretenden Fraktionsvor-

sitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, hat sich als Spitzenkandidat positioniert und soll Ende Mai offiziell in dieser Funktion bestätigt werden. Die Partei will erstmals mit einem Regierungsprogramm in den Landtagswahlkampf ziehen. „Wir wollen stärkste Kraft werden“, lautet das ambitionierte Ziel. Eine realistische Machtoption hat die Rechtspartei wohl nicht. Dass sie ein Rekordergebnis erzielen könnte, ist jedoch absehbar.

Kretschmann gibt sich unterdessen gelassen. Von einem Bundestags- auf ein Landtagswahlergebnis zu schließen sei abwegig. Die Grünen seien im Land traditionell stärker als im Bund. Er erwähnt jedoch nicht, dass viele Stimmen vor allem ihm persönlich gegolten haben.

In den Umfragen liegt die CDU seit Monaten klar vor dem grünen Koalitionspartner. Beide Parteien gehen trotz des bevorstehenden Wahlkampfes auffallend sanft miteinander um. Für die CDU tritt der erst 36-jährige Landes- und

Fraktionsvorsitzende Manuel Hagel an. Nach 15 Jahren grüner Regierung sind die Reihen der CDU-Hoffnungsträger dünn geworden. Hagel gilt als eloquent und smart, aber auch unerfahren.

Wie glatt das politische Parkett ist, erlebte er bei seiner Nominierung. „Umweltschutz ist Heimatschutz. Das war immer unser Thema als CDU“, zitierte ihn die „Schwäbische Zeitung“. Ein Satz, der in einem früheren NPD-Wahlkampf verwendet wurde. Groß war die Empörung. „Manuel Hagel zeigt bereits mit der Verkündung seiner Spitzenkandidatur, dass er für das Amt des Ministerpräsidenten nicht geeignet ist“, sagte Luigi Pantisano, neu gewählter Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Sprecher der Linkspartei im Land.

Die Linke forderte umgehend seinen Rücktritt. Hagel relativierte seine Aussage später und dürfte mit einem blauen Auge davongekommen sein. Der Vorfall zeigte jedoch, dass die Sorge um seine Unerfahrenheit nicht unbegründet ist.

Grün-Schwarz oder Schwarz-Grün

Hagel kündigte unterdessen an, keinen Dauerwahlkampf führen zu wollen. Die Koalition arbeite gut zusammen: „Es muss noch was geschafft werden“, sagte er. Landeschef Kretschmann bekräftigte: „Wir zeigen, dass Grüne und CDU gut zusammenarbeiten können.“ Ein Jahr vor der Wahl scheint bereits klar, dass beide Parteien weiter gemeinsam regieren wollen. Gerungen wird nur um die Spitzenposition.

Die Opposition versucht sich derweil zu positionieren. Besonders schwer fällt das der in Baden-Württemberg traditionell schwachen SPD. Landeschef Andreas Stoch setzt auf einen Bundeseffekt. „In einer Regierung können wir zeigen, dass wir Probleme lösen können“, sagte er. Viel mehr als Hoffnung bleibt den Sozialdemokraten jedoch nicht. Das gilt auch für die FDP. Baden-Württemberg ist eine ihrer letzten verbliebenen Bastionen. Bei der Bundestagswahl lag sie mit 5,6 Prozent immerhin über dem Bundesschnitt. Parteichef Hans-Ulrich Rülke gibt sich unbeirrt: „Für die Landtagswahl werden wir zeigen, dass es sich lohnt, der FDP die Stimme zu geben.“ Was er nicht erwähnt: Mit einem Minus von 9,6 Prozentpunkten waren die Verluste der Partei im Südwesten besonders drastisch.

Morgenluft wittert die Linkspartei, die in dieser Legislaturperiode nicht im Stuttgarter Landtag vertreten ist. Dreitausend Neueintritte haben die Mitgliederzahl auf 7800 nahezu verdoppelt. Landeschefin Sahra Mirow, kürzlich in den Bundestag gewählt, will die neue Euphorie „auf jeden Fall“ mit in den Landtag tragen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Lehrkräfte sollen bei Angriffen fliehen

Bildungsministerium veröffentlicht Leitfaden zu Gewalt an Schulen mit Empfehlungen für Betroffene

Lehrer in Nordrhein-Westfalen sehen sich immer häufiger mit Gewalt konfrontiert – eine besorgniserregende Entwicklung, die das Klima an vielen Schulen belastet und zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit rückt. Laut einer Umfrage des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) berichten über sieben Zehntel der Schulleitungen von psychischer Gewalt gegen Lehrkräfte in den vergangenen Jahren. Körperliche Übergriffe wurden an rund 43 Prozent der Schulen gemeldet – ein Wert, der über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Täter sind häufig Schüler, aber auch Eltern spielen eine zunehmende Rolle – insbesondere bei verbalen Angriffen und Drohungen. Die Gewalt reicht von persönlichen Beleidigungen über Einschüchterungen und Cybermobbing

bis hin zu tätlichen Angriffen. Besonders betroffen sind weiterführende Schulen wie Haupt- und Gesamtschulen in sozialen Brennpunkten.

Ein neuer Leitfaden des nordrhein-westfälischen Bildungsministeriums sorgt nun für Aufsehen. Er empfiehlt Lehrkräften, sich in eskalierenden Situationen zurückzuziehen – im Zweifel sogar zu fliehen. „Lehrkräfte dürfen nicht verpflichtet sein, sich selbst in Gefahr zu bringen“, heißt es darin. Die Maßnahme soll dem Schutz der Lehrkräfte dienen, stößt jedoch auf heftige Kritik.

Sven Christoffer, Vorsitzender der Lehrgewerkschaft „Lehrer nrw e.v.“, bezeichnet die Empfehlung als „kapitulierende Haltung“: „Wer Pädagogen zur Flucht rät, statt sie wirksam zu schützen, sendet ein fatales Signal.“

Die zuständige Ministerin Dorothee Feller (CDU) versucht zu beschwichtigen: „An unseren Schulen ist kein Platz für Gewalt, sie müssen sichere Orte sein. Wir lassen Betroffene nicht allein.“ Im akuten Fall sollen Lehrkräfte laut Leitfaden zunächst mit „Halt, stopp!“-Rufen und energischer Körpersprache reagieren. Unterstützer sollten so früh wie möglich hinzugezogen werden.

Ob diese Maßnahmen jedoch Wirkung zeigen, ist fraglich. „Bild“ sprach in diesem Zusammenhang bereits von einer „Kapitulation“ und einer „Aufforderung zur Flucht“. Das Ministerium hält dagegen: Der Leitfaden solle ein rechtssicheres, verhältnismäßiges und konsequentes Vorgehen bei Übergriffen ermöglichen.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Handlungsmöglichkeiten in vielen Fällen

begrenzt sind – besonders im Hinblick auf psychische Gewalt, die zunehmend in den Fokus rückt. Diese umfasst verbale Aggressionen in Form von Beleidigungen, übler Nachrede, gezielter Herabsetzung, Ausgrenzung, sexistischen oder hasserfüllten Äußerungen und Gesten sowie verletzende Kommentare im persönlichen Umfeld oder in sozialen Medien. Auch Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gehören dazu.

Interessant ist, dass betroffenen Schülern sowie Lehrkräften im Fall von Cybermobbing nahegelegt wird, zivilrechtlich gegen Täter vorzugehen. Für viele erscheint der Leitfaden daher weniger als Schutzinstrument, denn als Versuch des Dienstherrn, sich seiner Verantwortung zu entziehen. P.E.

INNERE SICHERHEIT

Hilflosigkeit namens „Verbotszone“

Mit Messerverboten will die Politik der Gewaltkriminalität beikommen – Erfolg mehr als zweifelhaft

VON HERMANN MÜLLER

Nachdem es in Berlin in aller Öffentlichkeit zu einer tödlichen Messerattacke gekommen ist, diskutiert die Politik über die Erweiterung von Waffen- und Messerverbotzonen. Überfällig ist eigentlich eine Diskussion um die Täter und insbesondere darum, wie die Justiz bislang mit Intensivtätern umgeht.

Am Nachmittag des 12. April hat ein Syrer einen Deutschen in einer Berliner U-Bahn mit einem Messer tödlich verletzt. Nach bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft waren beide Männer gegen 16.15 Uhr unabhängig voneinander am U-Bahnhof Kaiserdamm in die Bahn gestiegen. Danach sollen beide innerhalb von Sekunden aneinandergelassen sein. Der Syrer zog offenbar aus dem Hosensack ein Küchenmesser und stach damit auf Steve H. dreimal ein.

Wie eine Schnellobduktion ergab, traf ein Messerstich die Herzkammer des 29-jährigen Opfers. Der Familienvater konnte den Zug am U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz zwar noch eigenständig verlassen, brach allerdings dann auf dem Bahnsteig zusammen und starb trotz Reanimationsversuchen. Bislang konnten die Ermittler noch nicht klären, warum Opfer und Täter überhaupt so kurz nach dem Einsteigen in die U-Bahn in Streit gerieten. Auch das Opfer war nach Angaben der Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung und Drogendelikten bereits polizeibekannt.

Wen soll das Verbot abschrecken?

Der Messerstecher Shadi S. versuchte zunächst zu flüchten. Als er ihn verfolgende Polizisten mit seinem Messer bedrohte, gab ein Beamter mehrere Schüsse ab, die den Angreifer am Oberkörper trafen. Trotz einer Notoperation im Virchow-Klinikum verstarb der Täter. Der Syrer soll nach Angaben der Senatsinnenverwaltung 2016 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Flüchtling anerkannt worden sein. Aus humanitären Gründen durfte er in Deutschland bleiben.

Schon kurz nach der Gewalttat kündigte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) an, die Einrichtung weiterer Messer- und Waffenverbotszonen in Ber-



Polizei im Einsatz: Beamte gehen am Kottbusser Tor in Kreuzberg gegen einen Verdächtigen vor

Bild: picture alliance/SZ Photo

lin zu prüfen. Spranger sagte, sie verfolge „mit großem Interesse die Maßnahmen der Bundespolizei mit den Waffen- und Messerverboten im Bereich der Bahnhöfe“. Und weiter: „Vergleichbares kann ich mir auch für den Berliner ÖPNV vorstellen.“ Schon jetzt hat der Berliner Senat auf dem Leopoldplatz, am Kottbusser Tor und im Görlitzer Park Messer- und Waffenverbotszonen erlassen. Die Bundespolizei hatte Ende März bereits das Mitführen von Messern und Waffen an diversen Berliner Bahnhöfen verboten.

Entdeckt die Polizei bei Kontrollen an diesen Orten Waffen und Messer, erhalten die Betroffenen eine Anzeige wegen einer Ordnungswidrigkeit, der Gegenstand wird eingezogen. Für „Otto Normalbürger“ mag dies Veranlassung sein, sein Taschenmesser zu Hause zu lassen. Die Frage ist, wie abschreckend eine Anzeige wegen einer Ordnungswidrigkeit beispielsweise auf Intensivtäter wirkt, für die es quasi Dauerzustand ist, dass gegen

sie Ermittlungsverfahren laufen oder dass sie gegen Bewährungsauflagen verstoßen.

Auch im konkreten Fall des Messerangriffs in der Berliner U-Bahn wurde inzwischen bekannt, dass der Täter ein langes Vorstrafenregister hatte. Er hätte eigentlich sogar in Haft sitzen müssen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Chemnitz war Shadi S. noch während einer Bewährungszeit erneut straffällig geworden. Bereits 2022 hatte der Syrer seine Schwester mit einem Messer attackiert und einen Polizeibeamten verletzt. Im Oktober 2023 hatte Shadi S. obendrein zwei Justizmitarbeiter bedroht. Zudem hatte er im Zusammenhang mit einer Geldstrafe eine Auflage zu gemeinnütziger Arbeit nicht erfüllt und galt als flüchtig.

Polizei schießt offenbar schneller

Ob auf eine derartige Klientel Messerverbotzonen und eine Anzeige wegen einer Ordnungswidrigkeit tatsächlich eine abschreckende Wirkung haben, muss be-

zweifelt werden. Dessen ungeachtet hat Berlins Innensenatorin nun erneut eine Diskussion um die Erweiterung von Waffen- und Messerverbotzonen angestoßen. Kritiker wenden ein, dass es stattdessen angebracht wäre, darüber nachzudenken, ob nicht der Umgang der Justiz mit Intensivtätern dringend geändert werden müsse. Auch dem Land Berlin steht es frei, etwa über den Bundesrat eine Initiative zur Reform des Strafrechts anzustoßen.

Bislang hat sich die Politik in ganz Deutschland machtlos gezeigt, wirksame Maßnahmen gegen die Epidemie an Messerangriffen zu finden. Möglicherweise beeindruckt aber die Macht des Faktischen gewaltbereite Personen wie den Syrer Shadi S.: Seit im Mai 2024 ein afghanischer Täter in Mannheim den Polizisten Rouven Laur mit einem Messer getötet hat, häufen sich Berichte über Fälle, bei denen Polizeibeamte zum Eigenschutz Messerangreifer niederschießen.

VERKEHR

Fluglinien feiern das Koalitionspapier

Abschaffung der Luftverkehrssteuer und andere Erleichterungen schlagen sich beim BER bereits nieder

Es sind Nachrichten, die der Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) gut gebrauchen kann. Die Fluglinie Condor baut ihr Angebot im kommenden Winterflugplan am BER noch einmal deutlich aus. Die britische Easyjet erhöht schon während der zweiwöchigen Osterferien ihre Kapazitäten deutlich. Noch im vergangenen Jahr hatte der Easyjet-Chef mit Blick auf hohe Kosten am BER beklagt: „Wir könnten mehr in Berlin anbieten.“

Ryanair kündigte vergangenes Jahr ebenfalls an, sein Angebot ab Berlin zusammenzuziehen: „Grund dafür sind die horrenden Zugangskosten, die von der deutschen Regierung und dem Flughafenmanagement nicht gesenkt werden konnten“, so die Begründung der irischen Billigfluglinie.

Anlass für einen Stimmungswandel bei Fluglinien und Flughafenbetreibern

ist möglicherweise der von Union und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag. Während die Verhandlungsführer in anderen Bereichen mitunter sehr vage bleiben, sind die Ankündigungen von CDU/CSU und SPD zum Luftverkehr sehr konkret. Die Parteien haben eine Entlastung des Luftverkehrs in Deutschland angekündigt, zudem wollen sie auch die internationalen Wettbewerbsnachteile der Branche angehen.

„Grüne“ Beimischungspflicht fällt

Im Vertrag des geplanten Regierungsbündnisses heißt es: „Die luftverkehrsspezifischen Steuern, Gebühren und Abgaben wollen wir reduzieren und die Erhöhung der Luftverkehrssteuer zurücknehmen.“ Zudem wollen die Parteien zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums die internationale Konnektivität

deutscher Flughäfen verbessern. Regionalflughäfen wird im Koalitionsvertrag im Bereich der Flugsicherungskosten Unterstützung zugesagt.

Für die Fluglinien hält der Vertragsentwurf von Schwarz-Rot noch eine besonders positive Überraschung bereit. Die künftigen Koalitionäre wollen in Deutschland die EU-Pflicht zum Tanken von synthetischem, CO₂-neutralem Kerosin sofort abschaffen. Die Beimischungspflicht sollte eigentlich ab 2026 gelten. Allerdings gibt es ein großes Problem: Das „grüne“ Kerosin ist noch gar nicht in den entsprechenden Mengen verfügbar.

Werden alle Ankündigungen tatsächlich von der neuen Bundesregierung umgesetzt, kann die Luftverkehrsbranche in Deutschland auf bessere Zeiten hoffen. BER-Chefin Aletta von Massenbach hatte

erst im März im Potsdamer Landtag dringende Veränderungen angemahnt: „Wir können nicht mehr. Es funktioniert nicht mehr“, so Massenbach, die seit Ende vergangenen Jahres auch Präsidentin des Flughafenverbands ADV ist. Als Aufgabe, die eine neue Bundesregierung besonders dringend angehen müsse, nannte die BER-Chefin im Landtag die komplette Abschaffung der 2011 eingeführten Luftverkehrssteuer.

Diese war im Mai 2024 durch die Ampelregierung deutlich erhöht worden: „Die Frage ist: Sind wir günstiger oder sind wir teurer? Die Airlines haben die Wahl“, so Massenbach. Die BER-Chefin warnte sogar, dass ohne Entlastungen bei den staatlichen Abgaben für den Luftverkehr Deutschlands Anbindung als Wirtschafts- und Kulturstandort in Europa in Gefahr sei. Hagen Ritter

KOLUMNE

Hoffnung

VON VERA LENGSELD

In der Karwoche gab es mehrere Aufreger im politischen Berlin, die aber mehr waren als eine übliche Kurznachricht. Da war Friedrich Merz, der es tatsächlich fertiggebracht hat, seine Intimfeindin Angela Merkel darin zu übertreffen, dass er wie kein Kanzler zuvor so abrupt und vollständig politische Grundsätze, Positionen und Werte aufgegeben oder gar ins Gegenteil verkehrt hat. Im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben, dass es in der Mitte der Legislaturperiode Entlastungen für die Steuerzahler geben soll.

Noch bevor er gewählt ist, hält Merz es für geboten, im Fernsehen zu verkünden, dass es Entlastungen nur geben könnte, wenn der Haushalt konsolidiert sei. Das wird aber mit dieser Koalition nicht passieren, denn es ist laut Koalitionsvertrag nicht beabsichtigt, Einsparungen vorzunehmen. Immer wieder trifft man auf Beteuerungen, dass die von der Ampel angestoßenen Projekte, die zur Schiefelage unseres Landes geführt haben, fortgesetzt werden sollen.

Fest steht bei Merz nur die Brandmauer zur AfD, die man als Selbstfesselung bezeichnen könnte, wenn man nicht inzwischen den begründeten Verdacht hätte, dass die Brandmauer Schutz für die eigentlichen politischen Ziele von Merz sind. Er bekennt sich zu den Klimazielen und zur Agenda 2030 des Weltwirtschaftsforums.

Nun gibt es Gegenwind aus der CDU. Den Anfang machte Carsten Linemann, der bekannt gab, nicht Minister im Kabinett Merz werden zu wollen. Er wolle stattdessen den Politikwechsel als Generalsekretär vorantreiben. Das ist eine Kampfansage an Merz, auch wenn die meinungsmachenden Medien versuchen, das zu vertuschen. Es folgten der Unions-Fraktionsvize Jens Spahn, der öffentlich kundgab, dass man AfD-Abgeordnete nicht länger ignorieren sollte. Diese eigentliche demokratische Selbstverständlichkeit erzeugte einen Sturm im Wasserglas der meinungsmachenden Medien. Merz solle diese Diskussion nicht laufen lassen. Allerdings gab es für Spahn überraschend viel Unterstützung in der CDU. Das ist ein Hoffnungszeichen, dass die Wiederauferstehung der CDU doch noch glücken könnte.

MELDUNG

AfD weiter ausgesperrt

Potsdam – Die Mehrheit im Brandenburger Landtag enthält der AfD wichtige Parlamentsposten vor. Das betrifft den Vizevorsitz im Hauptausschuss, den Vorsitz im Bildungsausschuss sowie einen Sitz in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die AfD hat mit 30 von 88 Sitzen im Landtag mehr als ein Drittel der Mandate und wird für Verfassungsänderungen oder die Benennung neuer Verfassungsrichter benötigt. Der Landesverfassungsschutz stuft die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall, einige Abgeordnete als rechtsextremistisch ein. Akteneinsicht gewährt die Behörde den Abgeordneten jedoch nicht. Der gescheiterte AfD-Kandidat für den Vorsitz im Bildungsausschuss, Dominik Kaufner, sei in der vergangenen regulären Parlamentsitzung erneut mit Geschichtsrevisionismus aufgefallen, meint SPD-Fraktionschef Björn Lüttmann und spricht von einer „Radikalisierung“ der AfD. F.B.

MELDUNGEN

Säuberungen in Chinas Militär

Peking – Den seit längerem stattfindenden Säuberungen in der chinesischen Volksbefreiungsarmee sind nun offenbar zwei weitere Spitzenmilitärs zum Opfer gefallen. Dabei handelt es sich um General He Weidong, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, sowie den Befehlshaber des Militärbezirks Ost, General Lin Xiangyang. Darüber hinaus wurde auch der pensionierte ehemalige Leiter der Allgemeinen Logistikabteilung der Armee, Zhao Keshi, festgenommen. Beobachter werten dies als Schlag gegen die sogenannte Fujian-Clique, welche bislang zu den wichtigsten Unterstützern des Staats- und Parteichefs Xi Jinping zählte. Dabei ist allerdings noch vollkommen unklar, ob Xi die Inhaftierungen selbst veranlasst hat oder ob hier inzwischen ein Machtkampf zwischen den Parteigängern und Gegnern von Xi innerhalb der Volksbefreiungsarmee tobt. **W.K.**

Beleidigungen wegen Illegaler

Minsk/Warschau – Immer wieder kommt es an der polnisch-weißrussischen Grenze zu Gewalt seitens illegaler Migranten gegenüber polnischen Grenzschützern. Die Illegalen versuchen, die streng gesicherte polnische Grenze zu überwinden, um in die EU zu gelangen. Kürzlich ereignete sich ein Vorfall, bei dem laut Warschau ein Mann in weißrussischer Uniform an einem Angriff auf die polnischen Grenzsoldaten beteiligt war. Eine Woche zuvor war es 22 Personen gelungen, einen Zaun zu überwinden. Tausende polnischer Soldaten überwachen die Grenze. Dennoch verstärken sich die Versuche, sie zu überwinden. Die Migranten greifen die Grenzpatrouille mit Steinen an und filmen dies noch. Solche Vorfälle führen zum Zwist zwischen Minsk und Warschau. Auf die polnische Anschuldigung, dass weißrussische Soldaten die illegale Migration unterstützen, reagierte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko mit Beleidigungen gegen den polnischen Präsidenten. Er nannte ihn eine „Marionette, ein Spielzeug“ Washingtons. **MRK**

Dänen setzen US-Bürger fest

Kopenhagen – Parallel zu den Spannungen zwischen Dänemark und den USA wegen deren Ansprüchen auf Grönland sind Anfang April zwei Studenten aus den USA in Kopenhagen vorübergehend in Untersuchungshaft genommen worden. Die beiden Studenten der University of Ohio waren festgenommen worden, nachdem es am 31. März zu einem Konflikt mit einem Uber-Fahrer gekommen war. Laut ABC-News wurde gegen die jungen Männer Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft haben dänische Behörden die Reisepässe der US-Studenten beschlagnahmt. Nach Angaben der Familien dürfen sie Dänemark nicht verlassen. Das US-Außenministerium teilte mit, dass ihm Medienberichte über zwei in Dänemark inhaftierte US-Bürger bekannt seien. **H.M.**



Jugendliche im Visier: Schwerpunktkontrolle der Wiener Polizei nach Gewaltvorfällen rivalisierender Jugendgruppen

ÖSTERREICH I

„Systemsprenger“ halten die Politik auf Trab

1200 Straftaten einer einzigen Person in nur zwei Jahren – In Wien grassiert die Jugendkriminalität. Die neue Regierung versucht gegenzusteuern

VON HAGEN RITTER

In Wien wurde bekannt, dass über 3000 Straftaten auf lediglich drei Jugendliche zurückzuführen sind. Nun wird in Österreich abermals über den Umgang mit jugendlichen Intensivtätern und sogenannten „Systemsprengern“ diskutiert. Damit sind in Österreich minderjährige Intensivtäter gemeint, die pro Monat mehr als 50 Straftaten begehen. Besonders aktive Jugendtäter bringen es mitunter auf mehr als 150 Straftaten pro Monat. Das sind im Schnitt fünf Straftaten pro Tag.

Extrembeispiele nannte unlängst Dieter Csefan, Leiter einer Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Jugendkriminalität beim Österreichischen Bundeskriminalamt.

Demnach gehen bei Einbrüchen 28 Prozent der angezeigten Straftaten von unter 18-Jährigen allein auf drei Jugendliche zurück. Einer dieser Jugendlichen bringt es auf insgesamt 1200 Straftaten, die Nummer zwei liegt bei mehr als 1000 Delikten und die Nummer drei bei über 900 Anzeigen. Csefans Ermittlungsgruppe war vom Innenministerium erst im März 2024 gegründet worden.

Anlass waren Meldungen über Jugendliche, die sich in Wiener Parks zu Gruppen zusammenschlossen und dann massenweise Straftaten begingen. Die Palette der Vergehen reicht vom bewaffneten Raub über Erpressungen, Einbrüche in Wohnungen und Läden bis hin zu Autodiebstahl und Drogenhandel. Die Hauptdelikte, die Kinder und Jugendliche ver-

üben, sind Diebstähle und Sachbeschädigungen. Im Sommer 2024 eskalierte in Wien darüber hinaus über Wochen ein Streit zwischen tschetschenischen und syrischen Jugendbanden.

Ähnliche Probleme auch in Sachsen

Ministerialrat Csefan bezeichnete es als Problem, dass ein Großteil der für unmündige Straftäter vorgesehenen Maßnahmen „auf Freiwilligkeit beruhen“. Stattdessen brauche es für Erfolge bei der Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität präventive und auch repressive Maßnahmen: „Jugendliche verspüren oft keinerlei Sanktionen nach Straftaten“, sagte Csefan.

Anlässlich der Vorstellung der Kriminalitätszahlen für das Jahr 2024 sprach

sich Innenminister Gerhard Karner für ein Bündel von Maßnahmen aus. Die von ihm im vergangenen Jahr geforderte Herabsetzung des Alters bei der Strafmündigkeit ist nicht Teil des Regierungsprogramms der Koalition aus ÖVP, SPÖ und der liberalen Partei NEOS geworden. Die konservative ÖVP hatte sich für eine Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre ausgesprochen.

Nachdem diese Forderung nicht Teil des Regierungsprogramms geworden ist, nannte Karner eine Novelle des Heimaufenthaltsgesetzes als wichtigen Punkt. Damit will er die Möglichkeit schaffen, jugendliche Intensivtäter „gefängnisähnlich“ unterzubringen.

Als eine weitere Maßnahme nannte Karner den Stopp des Familiennachzugs. Bei diesem hat der Anteil syrischer Staatsbürger zuletzt 90 Prozent ausgemacht. Gleichzeitig ist die Entwicklung bei jugendlichen syrischen Tatverdächtigen besonders alarmierend. Die Zahl der Anzeigen mit syrischen Tatverdächtigen hat sich in etwa verzehnfacht. Tatsächlich wurden im Jahr 2020 lediglich 150 Delikte mit jungen syrischen Tatverdächtigen registriert. 2024 war die Zahl bereits auf rund 1000 gestiegen.

Welchen Stellenwert die Zurückdrängung von Kinder- und Jugendkriminalität für die neue deutsche Bundesregierung haben wird, ist noch nicht absehbar. Forderungen nach härteren Strafen für Jugendliche und einer Absenkung der Strafmündigkeit haben es nicht in den Koalitionsvertrag geschafft. Stattdessen will die geplante Koalition auf Prävention, Bildung und Jugendhilfe setzen. Forderungen nach einer härteren Gangart sind jetzt auch aus der SPD zu hören.

Anfang April hatte Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) gefordert, bei 18- bis 21-Jährigen künftig grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Schuster erklärte, der Erziehungsgedanke sei in dieser Altersgruppe nicht mehr realitätsnah.

Ähnlich wie in Österreich musste auch der Innenminister von Sachsen einen Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität vermelden. Obwohl der Anteil von Kindern in der Gesamtbevölkerung zurückgeht, war ihr Anteil in der sächsischen Kriminalitätsstatistik vergangenes Jahr um 3,3 Prozent gestiegen. Bei Gewalttaten lagen die Steigerungsraten sogar bei 34 Prozent bei Kindern bis 14 Jahren und 16 Prozent bei Jugendlichen. „Der anhaltende Anstieg der Kriminalität von Kindern und Jugendlichen bringt die Polizei an die Grenzen“, sagte Schuster. Er stellte auch fest: „Auf Erziehung ist die Arbeit der Polizei nicht ausgerichtet.“

ÖSTERREICH II

Junge Muslime auf dem Vormarsch

Fast die Hälfte der Grund- und Mittelschüler in Wien bekennt sich zum Islam – Kommunalwahl steht an

Fast die Hälfte der Schüler in der Stadt Wien sind inzwischen Muslime. Der Anteil steigt seit Jahren, getrieben durch die hohe Zuwanderung und höhere Geburtenraten der Immigranten aus islamischen Ländern. Laut neuester Statistik sind Muslime an den Grund- und Mittelschulen mit 41,2 Prozent erstmals deutlich die größte Gruppe. Nur noch 34,5 Prozent der Schulkinder sind als Christen registriert (17,5 Prozent katholische, 14,5 Prozent orthodoxe, rund zwei Prozent evangelische Christen). Nur 0,1 Prozent sind Juden. Insgesamt wurde die Religionszugehörigkeit von 112.000 Kindern für die Statistik ausgewertet.

Während die einst konservative „Kronen-Zeitung“ die neuen Zahlen in der Überschrift zurückhaltend als „Religiöser Umbruch“ ankündigte, sprach das Online-Medium „Exxpress“ von einer „Schock-Erhebung“. Die neue Statistik

zeigt, wie sich die Bevölkerungsstruktur durch Zuwanderung unerbittlich verändert. Während in der älteren Bevölkerung und bei Senioren noch die österreichische Herkunft überwiegt, ist die nachwachsende Generation überwiegend migrantisch-muslimisch geprägt: Kinder von Einwanderern aus der Türkei, aus dem Kosovo und Bosnien, zunehmend auch aus Syrien und Afghanistan. Manche Bürger, die mahnend an die Türkenbelagerungen Wiens in den Jahren 1529 und 1683 erinnern, fragen sich, ob das christliche Wien bald nur noch Vergangenheit sein wird.

Wiens linksliberale Bildungsstadträtin Bettina Emmerling (NEOS-Partei) kündigte an, die Schulen müssten noch intensiver einen interkonfessionellen Dialog leben. Menschenwürde, Pluralismus und Demokratie sowie die Gleichbehandlung von Mann und Frau müssten eine Selbstverständlichkeit sein. Niemand in Wien

dürfe sich nach einer fundamentalistischen Interpretation von religiösen Texten richten, die frauen-, minderheiten-, staats- oder demokratiefeindlich seien, schrieb die NEOS-Politikerin.

In der Vergangenheit hatte vor allem die Freiheitliche Partei (FPÖ) immer wieder vor einer Islamisierung gewarnt. Parteichef Herbert Kickl hat mit Slogans wie „Daham statt Islam“ Wahlkampf gemacht. Der Wiener FPÖ-Spitzenkandidat Dominik Nepp griff die migrationskritische Stimmung auf. Über den Bezirk Favoriten, in dem besonders viele Migranten wohnen, sagte dessen Partei: „Favoriten wird zusehends zu Islamiten.“ Laut Statistik Austria hat sich die Zahl der Moslems in Wien seit 2001 von 145.000 auf 285.000 rund verdoppelt.

Bei der anstehenden Gemeinderatswahl am 27. April sind besonders die Türken eine wichtige Wählergruppe. Die SPÖ

umwirbt sie intensiv. Aber selbst die FPÖ kann sie nicht ignorieren. Ihr Kandidat Leo Lugner nahm als privater Gast an einem Ramadan-Fastenbrechen eines türkischen Vereins teil. Erstmals kandidiert mit Sali Attia eine Frau mit Kopftuch für die Migrantenpartei SÖZ für das Bürgermeisteramt.

Höchstwahrscheinlich wird SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig komfortabel gewählt. Laut Umfragen liegen die Sozialdemokraten in Wien wie immer vorne mit rund 40 Prozent. Die FPÖ kann mit Zuwächsen auf etwas über 20 Prozent der Stimmen rechnen. Dahinter liegen die Grünen (etwa zwölf Prozent), die Neos und die schwächelnde bürgerliche ÖVP (beide elf Prozent). Wien ist und bleibt die Festung der SPÖ, wie schon vor hundert Jahren. Ihre stärksten Wählergruppen sind der öffentliche Dienst, Rentner – und Migranten. **Robert Mühlbauer**

VON HAGEN RITTER

Im Gegensatz zu anderen Regierungen zeigt Chinas Führung keine Bereitschaft, gegenüber der Zollpolitik des US-Präsidenten Donald Trump einzuknicken. Nun eskaliert ein Handelskrieg zwischen den USA und China. Die Folgen des Streits werden die Europäer mit voller Wucht zu spüren bekommen.

Trump erhöhte am 11. April den pauschalen Zoll auf die meisten chinesischen Produkte auf 145 Prozent. Als Reaktion darauf beschloss Chinas Regierung einen Vergeltungszoll von 125 Prozent auf amerikanische Produkte. Washington wende sich mit seiner Handelspolitik gegen „grundlegende wirtschaftliche Regeln und den gesunden Menschenverstand“, so das chinesische Finanzministerium bei der Verkündung des Vergeltungszolls.

Inzwischen hat China im Handelsstreit die nächste Eskalationsstufe gestartet. Das Land hat die Ausfuhr bestimmter Seltener Erden vorübergehend gestoppt. Für Trumps Pläne zur Wiederbelebung der amerikanischen Industrie kann dies zur tödlichen Gefahr werden. Betroffen sind Mineralien, die bei der Herstellung von LEDs, in der Medizintechnik sowie für besonders hitzebeständige Hochleistungsmagneten und hochfeste Aluminiumlegierungen benötigt werden.

Wie die „New York Times“ berichtet, hat China auch den Export von Magneten in vielen chinesischen Häfen gestoppt. Peking trifft damit einen weiteren sehr verletzlichen Punkt. Dauermagnete sind zur Produktion vieler technischer Produkte unverzichtbar. Sie stecken in Autos, Windkraftanlagen, in Flugzeugen und Raketen. Vom chinesischen Exportstopp für Dauermagnete und bestimmte Seltene Erden sind Kunden in aller Welt, damit auch in der EU, betroffen. Peking verhindert damit, dass Abnehmer in den USA einen Exportstopp durch Einkauf in Drittländern umgehen können. Als Nebeneffekt kann die chinesische Führung darauf spekulieren, dass weltweit Druck auf Trump wächst, seine aggressive Zollpolitik abzubauen.

Leeren sich die Lagerbestände, müssen Automobilhersteller, Luft- und Raumfahrtunternehmen, Halbleiterfirmen sowie Rüstungsfirmen in den USA, Europa und anderswo mit drastischen Preissteigerungen und Produktionsunterbrechungen rechnen.

China ist der mit Abstand wichtigste Exporteur Seltener Erden

Global ist China mit Abstand der wichtigste Exporteur Seltener Erden. Aktuell werden rund drei Fünftel aller Seltenerdmineralien in China abgebaut. Daneben existieren auch in Myanmar und Austra-



Kann der Chinese den US-Amerikaner mit strenger Hand auf den Pfad wirtschaftlicher Vernunft zurückführen? Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump
Bild: picture alliance/dpa/MAXPPP

WELTWIRTSCHAFT

China gibt den USA im Handelskrieg Kontra

Die Waffen des Reichs der Mitte sind die Beschränkung des Exports Seltener Erden und des Imports von Flüssiggas aus den Vereinigten Staaten

lien wichtige Abbaustandorte. Allerdings hat China zielstrebig über Jahre die gesamte Lieferkette rund um die Mineralien aufgebaut: vom Abbau und der Konzentration der Rohstoffe über die Veredelung bis hin zur Herstellung von Magneten.

Laut einer Analyse der Denkfabrik Centre for European Policy Studies (CEPS) kontrolliert China 91 Prozent der Raffinerieaktivitäten und 94 Prozent der Magnetproduktion.

Die Abhängigkeit der USA von den Selteneren Erden aus China ist hausgemacht. Die Vereinigten Staaten verfügen selbst über Vorkommen an Seltenen Erden. MP Materials ist allerdings das einzige US-Unternehmen, das an der Grenze von Kalifornien zu Nevada einige Seltenerdmineralien wirtschaftlich abbaut. Schon in Trumps erster Amtszeit von 2017 bis Anfang 2021 hatte China gedroht, den Export Seltener Erden zu drosseln. Im Streit um Hoheitsgewässer im Ostchinesischen Meer hatte China 2010 zeitweise die Lie-

ferungen bestimmter Seltener Erden nach Japan unterbrochen. Folge war eine massive Preisexplosion für einige der Mineralien. Vor diesem Hintergrund hätte Trump gewarnt sein müssen, als er seinen Zollstreit mit der Volksrepublik anging.

Die USA sind der weltgrößte Exporteur von Flüssiggas

Inzwischen wurde bekannt, dass China schon seit Wochen kein Flüssiggas aus den USA mehr kauft. Der letzte LNG-Tanker, der aus den USA in China angekommen ist, war das Schiff „Corpus Christi“, das von Texas kommend am 6. Februar an einem Terminal in der Region Fujian anlegte. Seitdem soll die Volksrepublik laut der „Financial Times“ kein Flüssiggas aus den USA mehr importiert haben. Für die USA als weltgrößten Exporteur von LNG ist dies ein Rückschlag. In der Hoffnung auf zusätzliche Exporte hatten Förderunternehmen in den USA zuletzt ihre Kapazitäten ausgebaut.

Schon jetzt ist starke Kritik an Trumps Zollpolitik aus Wirtschaftskreisen zu hören. Bill Ackman, einer der erfolgreichsten Hedgefondsmanager der Welt, hatte Trump im Wahlkampf noch unterstützt, nun warnte er jedoch, Wirtschaftsführer würden sich angesichts des „wirtschaftlichen Atomkriegs“ von Trump absetzen. Kühlere Köpfe sollten an die Macht. Auf der Plattform X erklärte Ackman zwar, das Land stehe beim Bemühen, das für Amerika ungerechte Zollsystem zu beseitigen, hinter Trump.

Allerdings warnt der mehrfache Hedgefondsmilliardär eindringlich, mit dem „globalen Wirtschaftskrieg gegen die ganze Welt sind wir dabei, das Vertrauen in unser Land als Handelspartner, als Standort für Geschäfte und als Markt für Kapitalinvestitionen zu zerstören“. Mittlerweile hat Trump die angekündigten Zölle für alle Länder mit Ausnahme von China für zunächst 90 Tage wieder auf zehn Prozent reduziert.

ENERGIEPOLITIK

Große Pläne, aber beschränkte Ressourcen

Polens Einstieg in die Kernkraft scheint sich als unerwartet langwierig und teuer zu erweisen

Im Jahre 2009 fasste die Regierung Tusk I den Beschluss, Atomenergie zu einem wesentlichen Bestandteil der polnischen Energieversorgung zu machen. Das erste Kernkraftwerk in der Republik Polen bei Lübtow-Koppalin [Lubiatowo-Kopalino] unweit von Chotzschow [Choczewo] an der pommerschen Ostseeküste sollte bereits 2020 in Betrieb gehen. Das erwies sich indes angesichts der massiven Finanzierungsprobleme als völlig unrealistisch. Erst 2022 lagen ausreichende Kreditzusagen vor, um die US-Firmen Westinghouse und Bechtel mit dem Bau von drei Reaktoren des Typs AP1000 zu beauftragen. Allerdings fällt es dem polnischen Staat nun ausnehmend schwer, seinen Eigenanteil an den Gesamtkosten in Höhe von umgerechnet 14 Milliarden Euro aufzubringen.

Das liegt vor allem daran, dass das Kabinett Tusk III die polnischen Rüstungsausgaben auf 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert hat. Insofern steht in den Sternen, wann Lübtow-Koppalin den ersten polnischen Atomstrom liefert. Die Industrieministerin Marzena Czarnecka nannte kürzlich als Termin das Jahr 2040, während der Direktor der Atomenergie-Abteilung ihres Hauses, Pawel Gajda, 2036 für realistisch hält.

Noch langsamer geht es bei dem geplanten zweiten Atomkraftwerk in der Republik Polen voran, für das bislang noch nicht einmal ein Standort feststeht. Gajda bestätigte lediglich, dass hier vor allem die Städte Belchatow südlich von Lods und Konin bei Posen in Frage kommen, wo heute noch große Braunkohle-Kraftwerke Unmengen von Abga-

sen in die Luft schleudern. Mit einem konkreten Bauantrag sei aber nicht vor 2029 zu rechnen. Angesichts der langen Planungs- und Vorlaufzeit im Falle von Lübtow-Koppalin dürfte Gajdas Hoffen auf einen Betriebsbeginn in dem zweiten Kernkraftwerk im Jahre 2042 wohl vergeblich sein.

Wenn dann die Atommeiler endlich Strom liefern, drohen dem polnischen Steuerzahler neue Belastungen. Die Betreiberfirma Polskie Elektrownie Jadrowe (PEJ) hat einen für sie vorteilhaften Vertrag ausgehandelt, dem zufolge der Staat die Differenz zwischen dem betriebswirtschaftlich kalkulierten Rentabilitätspreis für den Erzeuger und einem eventuell darunter liegenden Strom-Marktpreis vergüten muss. Nach den Berechnungen der Warschauer Finanzwissenschaftlerin

Bożena Horbaczewska könnte sich daraus ein jährlicher Zuschussbedarf in Höhe von umgerechnet zwei Milliarden Euro ergeben. Noch größer wäre dieser, wenn der Marktpreis durch Stromlieferungen aus ukrainischen Kernkraftwerken oder polnischen Wind- beziehungsweise Photovoltaikanlagen unter den derzeitigen Schätzungen liegt. Und tatsächlich sind die Erneuerbaren Energien in Polen auf dem Vormarsch. Allein die Nennleistung der geplanten Offshore-Windparks an der Ostsee soll 18 Gigawatt betragen, während Lübtow-Koppalin nur auf 3,7 Gigawatt kommen wird.

Trotz all dieser Unwägbarkeiten unterstützen aber 89 Prozent der Polen den Bau der Kernkraftwerke, womit sich die Regierung in Warschau in ihrem Kurs bestätigt sieht. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Waffen aus Deutschland

Berlin – Die Bundesregierung hat vom 1. Januar bis 16. März dieses Jahres Rüstungsexporte im Wert von mindestens 992 Millionen Euro genehmigt. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der BSW-Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen hervor. Größter Empfänger von militärischem Material aus Deutschland war die Ukraine. Sie erhielt Kriegsgeschütz für 364 Millionen Euro. Es folgt Estland mit Importen in Höhe von 122 Millionen Euro. Auf Platz drei steht mit 65,5 Millionen Euro die Slowakei, gefolgt von Schweden mit 51,6 Millionen, der Schweiz mit 45,6 Millionen und Frankreich mit 41,2 Millionen Euro. Etwa die Hälfte der Rüstungsexporte ging an Drittländer, die weder der NATO noch der EU angehören. Hierzu zählen neben der Ukraine und der Schweiz vor allem Südkorea und Singapur. *W.K.*

Amis geben Gas bei KI

Santa Clara/Kalifornien – Die US-amerikanische Nvidia Corporation will in den kommenden vier Jahren nach eigenen Angaben KI-Technik im Wert von bis zu 500 Milliarden Dollar (umgerechnet rund 440 Milliarden Euro) in den USA produzieren. Der in Texas sitzende weltweit dominierende Anbieter für Computerchips, die im Bereich der Künstlichen Intelligenz eingesetzt werden, will dazu mit zwei taiwanesischen Auftragsfertigern in Texas zusammenarbeiten: Mit Foxconn soll in Houston ein Werk für KI-Server aufgebaut werden. Bei einem weiteren Werk in Dallas soll Wistron der Kooperationspartner sein. Bei einer derzeit schon im Bau befindlichen Chipfabrik in Arizona arbeitet das US-Unternehmen mit dem ebenfalls in Taiwan sitzenden weltweit größten unabhängigen Auftragsfertiger für Halbleiterprodukte, TSMC, zusammen. Bislang bezieht Nvidia seine KI-Chips vor allem aus der Volksrepublik China und aus Taiwan. *H.M.*

Mehr Uran aus den USA

Washington – Die Produktion von Urankonzentrat, das als Brennstoff in Kernreaktoren dient, ist in den USA vergangenes Jahr deutlich angestiegen. Das hat die U. S. Energy Information Administration (EIA) mitgeteilt. Allein im vierten Quartal sei mehr Urankonzentrat ausgeliefert worden als im Gesamtverlauf der Jahre zwischen 2019 und 2023. 1980 stellten die USA noch 19.800 Tonnen der Substanz her. Danach sank die Produktion bis 2019 auf unter 230 Tonnen pro Jahr. Der Grund hierfür waren Importe aus Kanada und Australien, wo die Herstellung von Kernbrennstoff wesentlich geringere Kosten verursacht. Die Entwicklung im vergangenen Jahr resultierte vor allem aus zwei Gründen: In zwei Rückgewinnungsanlagen in Texas und Wyoming, in denen verbrauchte Brennstäbe aufgearbeitet werden, wurde die Produktion gesteigert. Und die einzige US-Urankonzentratmühle in White Mesa im Bundesstaat Utah hat wieder den Betrieb aufgenommen. *W.K.*

KOMMENTAR

Mit der Brechstange

HAGEN RITTER

Als Sicherheitsberater von US-Präsident Richard Nixon gelang dem gebürtigen Franken Henry Kissinger Anfang der siebziger Jahre ein Meisterstück der Realpolitik. Er leitete eine Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China ein und zementierte damit das Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und Rotchina. Das Gegenteil von nüchterner Realpolitik steht derzeit in Washington auf dem Programm.

Donald Trump hat den 2. April zum „Liberation Day“ erklärt, ab dem die „wirtschaftliche Ausbeutung durch andere Staaten“ beendet wird. Zur Umsetzung legte Trump eine Liste mit Zollerhöhungen vor. Betroffen sind fast alle Länder der Welt. Für die Ukraine und Russland ist übrigens ein Zoll von null Prozent vorgesehen. Trump nutzte die Vorstellung seiner Zollpläne auch gleich noch für eine deftige Beleidigung, von der sich leider auch jahrzehntelange Verbündete angesprochen fühlen müssen. Trump sagte voraus: „Diese Länder rufen uns an, sie küssen mir die Füße. Sie sind heiß darauf, einen Deal zu machen. Bitte, bitte Sir, machen Sie einen Deal. Ich tue alles. Ich tue alles, Sir.“

Momentan sieht es allerdings eher so aus, als ob Donald Trump mit seinen Zollplänen einen politischen Fehler in XXL-Größe begangen hat. Die Rolle der USA als dominierende Weltmacht ist vor allem durch China gefährdet. In Asien treffen Trumps Zolldrohungen jedoch auch auf Länder, die viel Wert darauf legen, unabhängig von der Volksrepublik China zu bleiben. Besonders verstörend wirkt Trumps Vorgehen im Fall von Taiwan. Für die Republik China, so der offizielle Name, ist ein Zollsatz von 32 Prozent vorgesehen – ausgenommen sind Halbleiter, auf deren Einfuhr die Wirtschaft der USA dringend angewiesen ist.

Wie Taiwan muss auch Vietnam seine Souveränität gegenüber der Volksrepublik China verteidigen. Dazu bemüht sich die Führung in Hanoi seit Jahren um gute Beziehungen zu den USA – trotz der historischen Belastungen durch den Vietnamkrieg. Zum Dank droht vietnamesischen Exporteuren nun ein Zollsatz von 46 Prozent. Kambodscha steht auf Trumps Liste mit Strafzöllen mit 49 Prozent an zwölfter Stelle.

Die Kommunistische Partei Chinas hat schnell erkannt, welches Geschenk ihr Trump mit seinem Zollkrieg gemacht hat. Chinas Staatspräsident Xi Jinping ist derzeit in Südostasien auf Tour, um neue Bündnisse zu schmieden.

Auch Trumps Ankündigung, durch hohe Zölle würden in den USA wieder neue Industrien entstehen, ist vermutlich eine Milchmädchenrechnung. Deutschland und China sind Beispiele dafür, dass Lieferketten und weltmarktfähige Unternehmen nicht in Wochen oder Monaten entstehen, sondern über Jahrzehnte heranwachsen. Kurzfristig werden die Verbraucher in den USA erst einmal mit höheren Preisen rechnen müssen. Zudem ist die Deindustrialisierung der Vereinigten Staaten so weit fortgeschritten, dass sie gar nicht mehr auf Importe verzichten können.

Ein System zur Disziplinierung

Der Weltpolizist USA ist mittlerweile selbst bei der Produktion von Waffen auf Zulieferungen aus China angewiesen. Seit Trump seine Zollpläne am 2. April präsentiert hat, wird spekuliert, welcher Berater in seinem Umfeld ihm eine derartige Idee eingeflüstert hat.

Der Wirtschaftswissenschaftler Christian Rieck wies in seinem YouTube-Kanal auf ein Strategiepapier hin, das von Stephen Miran, einem ehemaligen Strategen bei Hudson Bay Capital, verfasst wurde. Eines der Hauptziele der von Miran entwickelten Strategie ist es demnach, vor allem die Importe aus China in die USA zu verringern. Dabei soll die Einführung von Zöllen auf fast alle Länder der Welt nicht nur verhindern, dass chinesische Exporteure ihre Ware über Drittländer, etwa Vietnam oder Mexiko, in die USA schicken.

Laut Interpretation von Rieck sollen die Zölle auch die Wirkung eines globalen „Sozialkreditsystems“ erfüllen. So, wie China seine Bürger diszipliniert, wollen demnach die USA per Zollsystem allen anderen Ländern ein von Washington erwünschtes Verhalten aufzwingen. Werden beispielsweise NATO-Beiträge voll bezahlt oder US-Sanktionen gegen bestimmte Länder unterstützt, dann kann ein Staat mit günstigen Zollkonditionen rechnen. Höhere Zölle drohen im Gegenzug, wenn etwa Anti-US-Rhetorik auf internationaler Bühne gezeigt oder bei Sanktionen nicht mitgezogen wird.



Rückzug in die Partei anstatt eines Wechsels ins Kabinett: CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann

Bild: pa/Kappeler

ZWISCHENRUF

Linnemanns Rückzug

KLAUS KELLE

Der Legende nach ging CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann nach Verkündung seines Verzichts auf einen Platz im neuen Bundeskabinett per Videobotschaft in den sozialen Medien mit ein paar Freunden Skat spielen. Wenn man den Menschenschlag der Ostwestfalen ein wenig kennt, kann man sich gut vorstellen, dass es genau so war. Der Ostwestfale ist unaufgeregt, trinkt Pils, und wenn er zu einem Entschluss gekommen ist, dann zieht er das durch, was er sich vorgenommen hat.

Carsten Linnemann, Sohn einer erfolgreichen Buchhändlerfamilie, römisch-katholisch, ist das vielleicht größte Talent, das die einstige große Volkspartei der Mitte namens CDU heute noch hat. Als ihm vor Jahren – nach den gescheiterten Experimenten Annegret Kramp-Karrenbauer und Armin Laschet – ein politischer Freund sagte: „Carsten, Du musst das jetzt machen! Du musst der deutsche Sebastian Kurz werden“, da lachte er nur kurz auf und versicherte glaubhaft, dass dieser Lebensweg nicht seinem Plan entspreche. Und angesichts des weiteren Verlaufs der Karriere von Kurz war das durchaus eine gute Entscheidung.

Leiden unter der inhaltlichen und personellen Entkernung seiner CDU

Friedrich Merz sei der richtige Mann als Bundeskanzler, und er sei bereit, dann eine wichtige Aufgabe in dessen Kabinett zu übernehmen, sagte Linnemann damals. Umso größer das Erstaunen, dass Linnemann nun die Reißleine zog. Glaubt er nach den zähen und für Unions-Wähler überaus unerfreulichen Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen selbst nicht mehr an den Erfolg der nächsten Bundesregierung? Kann eine Bundesregierung mit Beteiligung der großen Wahlverlierer vom 23. Februar, den Sozialdemokraten, überhaupt Erfolg haben? Immerhin waren es doch die Genossen, die im Ampel-Verband mit den Grünen und der FDP maßgeblich zur heutigen Schiefelage Deutschlands beigetragen haben. Wie zuvor die CDU unter Angela Merkel mit ihrer katastrophalen Bilanz bei der Migrations- und Energiepolitik.

Carsten Linnemann leidet unter der inhaltlichen und personellen Entkernung seiner CDU, der Partei von Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Der Paderborner hat die ganze Ochsentour durch die Partei durchlaufen: Junge Union, Mitglied im Gemeinderat von Altenbeken, Bundes-

vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Bundestagsabgeordneter, Mitglied im Bundesvorstand seiner Partei und zuletzt Leiter der Programm- und Grundsatzkommission.

Schließlich Generalsekretär, der nach einem erfolgreichen Bundestagswahlkampf gesetzt war für ein wichtiges Bundesministerium. Vielleicht liegt aber genau dort der Grund für seinen überraschenden Rückzug.

Vermutete Gründe

Denn Linnemann, so erzählt man in seinem Umfeld im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin, habe sich ein Super-Ministerium für Arbeit und Wirtschaft gewünscht, ein Ministerium, das durch Zugeständnisse an den sozialdemokratischen Koalitionspartner nicht zustande kam. Die „Bild“ will wissen, dass der Generalsekretär gegenüber „Vertrauten“ gesagt haben soll, er lasse sich nicht entwürdigen durch ein „enteiertes Ministerium“, bei dem die großen Fördertöpfe, also das, womit Minister wirklich gestalten können, anderswo angedockt sind. Und so hat der Hoffnungsträger aus Ostwestfalen nachgedacht, und sich dann konsequent gegen einen Ministerposten entschieden.

Wie sein Parteichef Friedrich Merz darauf reagiert hat, ist nicht überliefert. Vielleicht kommt es ihm nicht einmal ungelegen, denn zum erfolgreichen Regieren gehört auch eine lebendige Partei und nicht – wie früher – ein Kanzlerwahlverein. In der CDU hat Merz auch heute nicht nur Freunde, manche Merkel-Fans in den Führungsetagen hoffen inständig auf sein Scheitern als Regierungschef. Das blitzte kurz vor der Bundestagswahl im Bundestag auf, als CDU und CSU in der Sache einen richtigen Antrag einbrachten, ohne Rücksicht darauf, ob auch die AfD zustimmen würde oder nicht.

Da war ein Dutzend der Unions-Abgeordneten bei der Abstimmung plötzlich abwesend, da kündigten CDU-Länderchefs an, wenn der Antrag durchkomme, werde man das im Bundesrat verhindern. Feind, Todfeind, Parteifreund, es ist das alte Spiel. Die Merz-Gegner in Kiel und Berlin, die Karrieristen in NRW – es glaubt doch wohl niemand ernsthaft, dass die sich jetzt alle zum Wohle des Landes hinter ihrem Bundeskanzler versammeln. Fürs Gruppenfoto gern, aber wenn mal etwas schief geht, dann sind sie schnell in den Büschen oder – noch schlimmer – schießen hinterrücks aus den Büschen auf ihren eigenen Spitzenmann.

Carsten Linnemann ist nicht so einer. Er ist die alte CDU, gesellschaftspolitisch,

wirtschaftspolitisch. Er lebt das, was in seiner politischen DNA angelegt ist: Marktwirtschaft, Familie, Sicherheit, Europa. All das, was die Union über Jahrzehnte zur führenden Kraft in Deutschland gemacht hat. Aber wird sie das auch in Zukunft sein?

Ein Ergebnis über 30 Prozent hatte Linnemann angepeilt vor der Bundestagswahl, so um die 34 Prozent hatte er gehofft, heißt es. Letztlich wurden es 28,5 Prozent – klar die stärkste politische Kraft im Bundestag, aber für den Paderborner eine persönliche Niederlage, jedenfalls soll er es so empfunden haben, wie man auf Berliner Fluren wispert.

Man hört es nicht gerne im Konrad-Adenauer-Haus, aber die von Merz ausgefahrene „Brandmauer“ gegenüber der rechten AfD war demokratietheoretisch und machtarithmetisch die falsche Entscheidung. Doch ein Generalsekretär muss gegenüber seinem politischen Vorturner und seiner Partei absolut loyal sein. Also steht Carsten Linnemann wie eine Eins gegen jede Form der Kooperation mit der AfD.

Er ist jung und kann warten

Und die macht es ihm und Merz leicht mit ihrer Untertänigkeit gegenüber dem Kriegstreiber in Moskau und ihrer Europafeindlichkeit. Man müsse auch mal darüber nachdenken, ob Deutschland aus der NATO austreten sollte, hat der AfD-Philosoph Tino Chrupalla im Dezember noch öffentlich sinniert. Der Mann ist neben Alice Weidel Parteichef. Und dann macht er so ein Fass auf, während Deutschland und Europa Hunderte Milliarden Euro mobilisieren, um ihre Verteidigungsbereitschaft gegenüber Russland wieder herzustellen und Friedrich Merz Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefern will, damit die sich effektiv zur Wehr setzen kann. Wie soll da eine Zusammenarbeit funktionieren? Das wird auf viele Jahre überhaupt kein Thema bei der Union sein.

Carsten Linnemann ist 47 Jahre jung, er hat alle Zeit der Welt, um seine ohnehin wachsende Anhängerschaft in der CDU weiter auszubauen. Er spielt weiter eine zentrale Rolle im Kosmos von Merz' engsten Mitstreitern. Und falls die Koalition mit der SPD in Sachen Politikwende ein Flopp werden sollte, was angesichts der Schwierigkeiten allein schon bei den Verhandlungen nicht auszuschließen ist, dann war der Ostwestfale aus Paderborn immerhin nicht unmittelbar dabei.

Dann könnte sie doch noch kommen, die Stunde des Carsten Linnemann.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Schumann gibt den Ton an

Im Schatten der Kulturhauptstadt Chemnitz – Die Nachbarstadt Zwickau zeigt, dass auch dort Kultur großgeschrieben wird

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die Kreisstadt Zwickau ist mit 87.000 Einwohnern die viertgrößte Stadt Sachsens und Partner-Kommune der Kulturhauptstadt Chemnitz. Wie der ganze Landstrich hat sie seit dem 19. Jahrhundert maßgeblich zur industriellen Entwicklung Deutschlands beigetragen. Parallelen und Ähnlichkeiten in beiden Orten sind daher unvermeidlich.

Der enorme Aufschwung der Industrialisierung brachte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts prachtvolle Bauten hervor, die man heute noch beziehungsweise wieder bewundern kann. Was diesbezüglich für Chemnitz der Kaßberg ist, ist für Zwickau die Nordvorstadt mit ihrem geschlossenen Bau-Ensemble aus Jugendstil und Gründerzeit.

Eindrucksvolles Beispiel jener Epoche ist das Johannisbad. Aus der 1869 eröffneten Wasserheilanstalt für potente Privatpatienten wurde durch den 1904 vollendeten Anbau einer Schwimmhalle ein Volksbad. Dank EU-Mitteln konnte diese „Schwimmoper“ im Jugendstil hinter neugotischer Fassade vor dem Abriss gerettet, rekonstruiert und im Jahr 2000 neu eröffnet werden. Auch das elegante historische Stadtbad in Chemnitz konnte nach umfassender Sanierung 2010 seine Türen wieder öffnen.

In der bildenden Kunst schuf der Zeitgeist – wohl eher zufällig – ebenso Gemeinsamkeiten: Was für Chemnitz der Karl Schmidt-Rottluff ist, ist für Zwickau Max Pechstein. Die Beziehung der beiden Maler war distanziert. Gemeinsam aber hatten sie eine tiefe Liebe zur Ostsee, die sich in ihren Werken zeigt. Eine Gedenktafel in der Bahnhofstraße 36 erinnert in Zwickau an Pechsteins Geburtshaus.

Wegen umfangreicher Renovierung sind die Kunstsammlungen Zwickau bis mindestens 2028 geschlossen. Ihr Herzstück ist während dieser Zeit unter dem Titel „Max Pechstein. Visionen einer besseren Welt“ auf einer jahrelangen internationalen Museums-Tournee unterwegs. Den Auftakt macht noch bis zum 5. Juni



Musikalische Duftnote aus Zwickau: Klavierzimmer im Robert-Schumann-Haus am Hauptmarkt

Bild: imago/epd

die Kunsthalle in Rotterdam. Zweite Station ist das Buchheim Museum im bayerischen Bernried (19.7.–26.10.).

Um vor Ort nicht ganz auf das Werk des Zwickauers zu verzichten, bietet das Galeriegebäude am Domhof 2 eine Interimslösung an. Dort zeigt die Schau „Brückenschlag: Kunstsammlungen Chemnitz und Zwickau – ein Blick in die Sammlungen“ 25 bislang in den Depots verborgene Kunstwerke, darunter auch Arbeiten der beiden Brücke-Künstler (17.5.–14.9.).

Sachsen ist seit über hundert Jahren auch Fahrzeugland mit Arbeitsplätzen für Tausende von Menschen. In Chemnitz hat das Museum für sächsische Fahrzeuge, Zwickauer Straße 77, mit über 200 Fahrrädern, Motorrädern, Automobilen und Motoren von über vierzig Herstellern seinen Platz in einer sechsstöckigen Hochgarage gefunden, die schon 1928

dem Mangel an Parkplätzen in der Innenstadt Rechnung trug. Sonderausstellungen wie „Legendäre Fahrzeuge – Was Europa bewegt(e)“ ergänzen das Programm (1.4.–25.10.).

Geburtsort von Audi

In Zwickau befindet sich das August-Horch-Museum, Audistraße 7, ganz authentisch an der Geburts- und ersten Produktionsstätte von Audi. Mit über 80.000 Besuchern im Jahr ist es Zwickaus meistbesuchtes Museum. Der chronologische Rundgang von den Marken Horch und Audi über den Trabant bis zu den Modellen von VW erfolgt in gekonntem Zusammenspiel mit deren kulturgeschichtlichem Hintergrund. Die noch bis zum 2. November laufende aktuelle Sonderausstellung „Audi in Le Mans – 24 Stunden am Limit“ widmet sich dem legendä-

ren Autorennen, bei dem Audi sage und schreibe 13 Siege in nur 18 Jahren errang.

Im Herzen der Stadt aber enden alle Vergleiche. Überrascht blickt der Tourist auf die historischen Fassaden, die sich besonders augenfällig rund um den Hauptmarkt aneinanderreihen. Die seit 1989/90 millionenschwer sanierte historische Altstadt innerhalb der ehemaligen Stadtmauern Zwickaus ist kompakt und überschaubar. Von Fußgängerzonen durchzogen, bietet sie eine Vielzahl an Einkaufs- und Einkehrmöglichkeiten.

Zu Deutschlands ältesten Wohnbauten gehören die Priesterhäuser am Domhof, deren Sonderausstellung „Lebenswege Zwickau-Chemnitz“ (13.9.–26.10.) die Beziehung wichtiger Persönlichkeiten beider Städte verdeutlicht. Hinter der neugotischen Fassade des Rathauses verbirgt sich heute unter anderem eine Ein-

kaufpassage. Das prächtige Gewandhaus ist schon seit 1883 Stadttheater, Schloss Osterstein beherbergt jetzt eine Seniorenwohnanlage und das Kornhaus von 1481 ist seit 2014 eine der modernsten öffentlichen Bibliotheken Sachsens.

Am Hauptmarkt liegt das Robert-Schumann-Haus, in dem der Komponist und Musiker am 8. Juni 1810 geboren wurde. Inzwischen rekonstruiert und erweitert, beherbergt es als Museum und Forschungsstätte die größte Schumann-Sammlung überhaupt. Thomas Synofzik leitet seit 2005 dessen Geschicke. Die Schumann-Faszination packte den Musikwissenschaftler schon mit fünf Jahren, als er erstmals die Kinderlieder des Komponisten hörte.

Wie in einem reich illustrierten Buch blättern die acht Räume der Dauerausstellung das Leben des Komponisten und seiner Ehefrau chronologisch auf, von Roberts Kindheit und Jugend in Zwickau bis zu Clara als Witwe. Höhepunkt ist das Geburtszimmer, herausragend die Sammlung historischer Tasteninstrumente, die bis heute ihren Klang verbreiten.

Überraschend sind die Einblicke in das tägliche Leben des romantisch verklärten Traumpaares. Noch vor der Hochzeit im September 1840 schenkte Robert seiner Verlobten zum Weihnachtsfest 1839 ein Kochbuch mit der eingepprägten Inschrift „Meiner Hausfrau gewidmet R.S.“ Auch wurde unter der Präambel „Fleiß, Sparsamkeit und Treue“ mit der Heirat ein Ehetagebuch eingeführt.

Daneben wünschte sich das selbstbewusste Paar aber von Anfang an „in's Konversationslexikon zu kommen und unser ganzes Briefeldorado gedruckt zu sehen“. Dazu hinterließ es über 20.000 Schriftstücke. Die 54-bändige Schumann-Briefedition, die 2026 endgültig abgeschlossen sein soll, entspricht diesem Wunsch. Speziell für das Kulturhauptstadtjahr vom Schumann-Haus konzipiert wurde die Ausstellung „Die Schumanns und Chemnitz“ (6.6.–1.9.).

● www.c2025.zwickau.de; www.zwickautourist.de

FAUVISMUS

Ein Maler-Rebell im Farbenrausch

Zwischen Bewunderung und Verachtung – Maurice de Vlaminck im Von der Heydt-Museum in Wuppertal

Skandal und Empörung in der Pariser Kunstszene im Jahr 1905: Eine Handvoll Künstler um Henri Matisse stellte einige Gemälde – meist Landschaftsbilder – mit leuchtenden, grellen Farben aus. Die Künstler überschritten alle damals üblichen Konventionen. Die Gegenstände wurden nicht mehr naturgetreu abgebildet, Formen radikal vereinfacht dargestellt und Farben pur „mit Schmackes“ auf die Leinwand „gehauen“. Kritiker fanden damals Begriffe wie „Farbenrausch“ und sogar „wilde Bestien“ (Französisch: fauves) für diese Kunst und diese Künstler. Der Fauvismus war geboren.

Einer dieser sogenannten „Fauve“ war Maurice de Vlaminck (1876–1958). Der Name deutet schon auf die flämische Herkunft hin. Tatsächlich stammte der Vater aus Flandern. Maurice wird allerdings in Paris geboren. Als Zwölfjähriger erhielt er zwar schon Malunterricht, doch eine akademische Ausbildung absolvierte er nicht.

Stattdessen bestritt er seinen Lebensunterhalt in jungen Jahren als berufsmäßiger Radrennfahrer, als Mechaniker, als Boxer, als Musiker und mit Militärdienst.

Zur Malerei fand er erst als 24-Jähriger zurück. Im Jahr 1900 lernte er den Maler André Derain kennen, mit dem er sich auf der Seine-Insel Ile de Chatou in Paris ein Atelier teilte. Landschaften entlang der Seine, die er als geübter Radfahrer abfuhr, waren die von Vlaminck bevorzugten Gegenstände seiner Malerei. Sein Vorbild war Vincent van Gogh. Satte Farben, ungemischt direkt aus der Tube, und ein dynamischer Pinselstrich kennzeichneten seine Bilder. Auf traditionelle Regeln der Kunst nahm de Vlaminck keine Rücksicht. So wurden er, Derain und andere Maler um Henri Matisse schließlich seit jener legendären Ausstellung im Salon d'Automne 1905 mit Attributen wie „rebellisch“ und „wild“ bedacht. „Die Begriffe“, meint die Wuppertaler Kuratorin Anna

Storm, „waren anfangs sicher negativ besetzt, entwickelten sich dann aber zum Markenzeichen der Künstlergruppe.“

Der Fauvismus galt als modern, ja avantgardistisch und beeinflusste damals zahlreiche Künstler wie zum Beispiel den aus Russland stammenden Marc Chagall, dessen farbenprächtige Bilder den fauvistischen Einfluss belegen. Beeindruckt war

wohl auch der Wuppertaler Bankier und Sammler August von der Heydt, denn er erwarb bereits 1911 das Vlaminck-Gemälde „Stilleben“, das in der Ausstellung zu sehen ist.

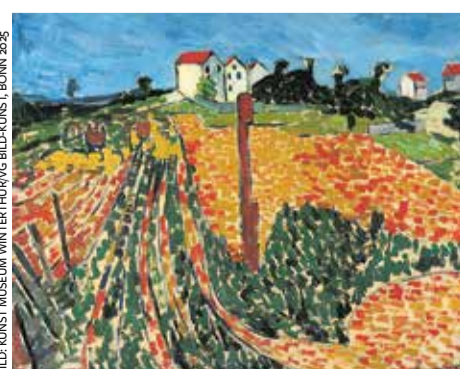
Nach dem Wehrdienst im Ersten Weltkrieg wandte sich Vlaminck von der Pariser Avantgarde ab. Die Farben seiner Bilder wurden nun gedämpfter, die Gegenstände erhalten mehr Kontur – kurzum: Der „Rebell“ wurde bürgerlicher. 1928 heiratete er Berthe Combe, wurde Vater zweier Töchter. Vlamincks Verhältnis zum Nationalsozialismus erschien widersprüchlich: In der Ausstellung „Französische Kunst der Gegenwart“ in Berlin 1937, die auch von Hitler und Göring besucht wurde, war er vertreten. Gleichzeitig wurden Vlamincks Gemälde in acht deutschen Museen als „entartete Kunst“ beschlagnahmt.

Manche Kunsthistoriker stufen de Vlaminck sogar als „NS-Kollaborateur“

ein. Nach einer Deutschlandreise 1941 lobte er überschwänglich die nationalsozialistische Kunst- und Kulturpolitik. Auch war er gut bekannt mit dem Bildhauer Arno Breker. Bei einer Breker-Ausstellung im besetzten Paris 1942 schloss er sich dessen Schmähungen gegenüber Pablo Picasso an. Jener Picasso, von dem er sich 35 Jahre zuvor noch hatte inspirieren lassen und den er bewundert hatte.

Nach dem Krieg wurde über de Vlaminck ein einjähriges Ausstellungsverbot in Frankreich verhängt. Sein Spätwerk bis zu seinem Tod 1958 blieb wenig erforscht und ist noch nicht vollständig verzeichnet. Siegfried Schmidtke

● „Maurice de Vlaminck. Rebelle der Moderne“, bis 18. Mai im Von der Heydt-Museum, Turmhof 8, Wuppertal, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro, www.von-der-heydt-museum.de



De Vlaminck: „Route maraichère“ (1905)

„NAPOLEON MUSS UNTERGEHEN“

Bundeswehr-Ausstellung über russischen Heerführer

Das Militärhistorische Museum in Dresden widmet Michael Andreas Barclay de Tolly eine Sonderausstellung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden ist nicht gerade dafür bekannt, gesellschaftspolitisch gegen den Strom zu schwimmen. Seine Dauerausstellung zur „Kulturgeschichte der Gewalt“ atmet voll und ganz den Zeitgeist der heutigen Bundesrepublik.

Umso bemerkenswerter erscheint deshalb, dass das Museum ausgerechnet jetzt zuzeiten des Ukrainekrieges mit „Napoleon muss untergehen“ eine Sonderausstellung präsentiert, die mit Michael Andreas Barclay de Tolly einem russischen Heerführer deutschbaltisch-schottischer Herkunft aus der Zeit der Befreiungskriege gewidmet ist, der in Wladimir Putins Russland hohes Ansehen genießt, weil er an der erfolgreichen Abwehr einer französischen Invasion beteiligt war. Auf die Ursache für diese Ausstellung verweist ihr Untertitel: „Barclay de Tolly mit Feder und Schwert“.

Hohes Ansehen in Russland

Im Jahr 2021 – also noch vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine – erwarb das Museum der Bundeswehr den Nachlass des von 1761 bis 1818 lebenden Fürsten und Generalfeldmarschalls. Das aus 200 Dokumenten bestehende Konvolut könnte man als „militärischen Nachlass“ verstehen, da es nur einen geringen Anteil privater Korrespondenz enthält. Unbekannt ist, ob Barclay die Papiere selbst noch so zusammenstellte, wie diese bis heute überliefert sind, oder es zu einem posthumen Dokumentenarrangement kam. Sein Nachfahre und Erbe des Fürstentitels Alexander Magnus Friedrich von Barclay de Tolly-Weymarn (1824–1905), selbst General der Infanterie und Flügeladjutant des Zaren Alexander II., emigrierte nach einem Zerwürfnis mit dessen Nachfolger, Alexander III., später nach Dresden. Von dort wurde das Konvolut

1945 von Natalie von Weymarn, einer Nachfahrin, vor der Roten Armee nach Westdeutschland gerettet. Das Militärhistorische Museum präsentiert nun eine Auswahl seiner Neuerwerbung in seiner Ausstellung.

Ohne dass sie sich jemals begegneten, waren die Lebenswege Napoleons I. und Barclay de Tollys geradezu schicksalhaft miteinander verbunden. Die napoleonischen Feldzüge boten Barclay Karrierechancen, die sich ihm sonst nicht eröffnet hätten. 1812 rettete seine in Russland unpopuläre Strategie des Zurückweichens die russischen Westarmeen vor der Vernichtung durch Napoleons gewaltiges Invasionsheer. Die Forderung Barclay de Tollys

„Napoleon muss untergehen“ wurde durch sein Zutun in den Befreiungskriegen erfüllt und dient nun der Ausstellung als Titel.

Erwerb des Nachlasses 2021

Die Sonderausstellung bietet etliche interaktive Bereiche, in denen die Besucher unter anderem originalgetreue Uniformen anprobieren oder chiffrierte Dokumente entschlüsseln können. Darüber hinaus versucht sie, die Funktionsweise militärischer Stäbe zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu verdeutlichen, so zum Beispiel durch Karten, Marschpläne, Verpflegungslisten und ähnliche Papiere. Dahingegen treten die Zinnfiguren-Dioramen von den Schlachten gegen Napoleon, historische Waffen, Or-

den und dergleichen Exponate eher in den Hintergrund.

Leider weist die Sonderausstellung ein Manko auf, das typisch für das Haus in Dresden ist. Seit der Neueröffnung nach einer grundlegenden Umgestaltung im Jahr 2011 fällt die Beleuchtung der Ausstellungsstücke und Vitrinen generell sehr dürrig aus. Erschwerend kommt nun noch ein Umstand hinzu, für den das Museum auf seiner Internetseite um Verständnis bittet: „Aufgrund von Liefer-schwierigkeiten können aktuell Leuchtmittel in unserer Ausstellung nicht mehr ersetzt werden.“

Positiv zu erwähnen ist im Gegensatz dazu die weitgehend ideologiefreie Prä-

sentation der Sonderschau sowie deren klare und übersichtliche Gestaltung ohne affektierte Experimente seitens der Ausstellungsmacher. Beides stellt heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr dar – weder im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr noch in anderen deutschen Museen.

● Die Sonderausstellung „Napoleon muss untergehen“ – Barclay de Tolly mit Feder und Schwert“ ist noch bis Ende dieses Jahres im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2, 01099 Dresden, Telefon (0351) 823-2850, (0351) 823-2851, E-Mail: mhmbesucherservice@bundeswehr.org, zu sehen.



Schwach beleuchtet und stark textorientiert: Sonderausstellung des Museums der Bundeswehr in Dresden „Napoleon muss untergehen“ – Barclay de Tolly mit Feder und Schwert“

Foto: Kaufmann

OPERATION POWER PACK

Als die USA in die Dominikanische Republik einmarschierten

Nach der April-Revolution vor 60 Jahren verhinderten US-Truppen die Rückkehr des legitimen Präsidenten Juan Bosch

Seit der Formulierung der Monroe-Doktrin im Jahr 1823 beanspruchen die USA eine Führungsrolle auf dem amerikanischen Doppelkontinent. In Weiterentwicklung dieses Grundsatzprogramms verkündete Präsident Theodore Roosevelt am 6. Dezember 1904 das Roosevelt Corollary (Roosevelt-Zusatz), dem zufolge den Vereinigten Staaten in ihrer Hemisphäre sowohl eine Schiedsrichterfunktion als auch das Recht zukomme, bei Konflikten diplomatisch oder militärisch einzugreifen. Roosevelts außenpolitisches Credo lautete kurz und knapp: „Speak softly and carry a big stick; you will go far“ (Sprich sanft und trage einen großen Knüppel, [dann] wirst du es weit bringen).

Zum ersten Mal sauste dieser Knüppel 1906 auf Kuba nieder. Danach traf er 1909 Nicaragua, 1915 Haiti und 1916 die Dominikanische Republik. Der auf der Insel Hispaniola der Großen Antillen zwischen dem Atlantik und der Karibik gelegene Inselstaat von der Größe Niedersachsens wurde 49 Jahre später noch ein zweites Mal Opfer einer militärischen Intervention der USA.

Von den 30er bis zu den 50er Jahren war in der Dominikanischen Republik für die USA die Welt noch in Ordnung. Denn seit 1930 herrschte dort der Diktator Ra-

fael Leónidas Trujillo Molina. Der vormalige Viehdieb und Scheckfälscher hatte sich mit US-Unterstützung an die Macht geputscht und galt in Washington als „Fels der Stabilität in der turbulenten Karibik“, um es mit den Worten des demokratischen Senators Olin D. Johnston aus South Carolina zu sagen. Allerdings fiel Trujillo 1961 einem Attentat zum Opfer, und seine Familie konnte sich nicht mehr lange an der Macht halten. In den ersten freien Wahlen in der Dominikanischen Republik wurde 1962 der linke Schriftsteller Juan Bosch zum neuen Präsidenten gewählt.

Bosch strebte eine Demokratisierung des Landes, soziale Reformen und die Emanzipierung von den USA an. Das brachte ihn bei der dominikanischen Oligarchie, der katholischen Kirche und den Vereinigten Staaten in Misskredit. Mit Unterstützung des US-Auslandsgeheimdienstes CIA wurde Bosch noch im selben Jahr vom Militär weggeputscht und ins Exil vertrieben. Anschließend regierte ein Triumvirat, das die Verfassung außer Kraft setzte und sich auf politischen Terror stützte. Angesichts dessen entstand die Bewegung der Konstitutionalisten zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände und der Wiedereinsetzung von Bosch.

Vor 60 Jahren, am 24. April 1965, unternahmen die Konstitutionalisten die sogenannte April-Revolution gegen das Triumvirat und für den rechtmäßig gewählten Präsidenten Bosch. Zum provisorischen Übergangspräsidenten machten sie Boschs damaligen Vizepräsidenten, José Rafael Molina Ureña. Als die dominikanische Luftwaffe und Marine, die weiterhin zur Junta hielten, daraufhin den Präsidentenpalast bombardierten und beschossen, bat Molina den US-Botschafter in Santo Domingo, William Tapley Bennett, am 27. April um Hilfe. Der US-Diplomat verweigerte allerdings jegliche Unterstützung und berichtete nach Washington, die Konstitutionalisten seien allesamt Kommunisten und Anhänger des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro.

Angesichts dessen kündigte der US-Präsident Lyndon B. Johnson an, Truppen zum Schutz der US-Botschaft und der US-Bürger im Land in die Dominikanische Republik zu schicken. Wenig später erklärte Johnson außerdem, die USA könnten es sich keinesfalls leisten, eine weitere kommunistische Regierung in „ihrer“ Hemisphäre zu dulden.

Auf Betreiben Washingtons stimmte die Organisation Amerikanischer Staa-

ten (OAS) der Entsendung einer „Inter-amerikanischen Friedensstruppe“ zu. Zu dieser gehörten 1748 Soldaten aus Brasilien, Honduras, Paraguay, Nicaragua, El Salvador und Costa Rica. Außerdem rückten ab dem 28. April 19.358 Angehörige der 3. Brigade der 82. Luftlandedivision, der 2. US-Marineinfanterie-Division und der 7. Special Forces Group in der Dominikanischen Republik ein, während vor deren Küste auf dem Meer der Flugzeugträger „Boxer“ und 40 weitere Schiffe der 7. US-Flotte kreuzten.

Im Zuge der großangelegten US-Invasion, die im Gewand des Einsatzes einer multinationalen „Interamerikanischen Friedensstruppe“ daherkam und „Operation Power Pack“ (Operation Kraftpaket) genannt wurde, kämpften die GIs an der Seite der Junta-treuen Truppen gegen rund 6500 militärische oder paramilitärische Konstitutionalisten. Dabei erschossen US-Scharfschützen am 19. Mai unter anderem vier führende Militärs der verfassungstreuen Kräfte. Besonders brutal verlief die Großoffensive gegen die von den Konstitutionalisten gehaltenen Stadtteile von Santo Domingo am 15. und 16. Juni 1965. Alles in allem betrug der Blutzoll der Dominikaner wohl um die 5000 Tote, während die US-Streit-

kräfte 44 Gefallene und 283 Verwundete verzeichneten.

Am 31. August 1965 trat dann ein Waffenstillstand in Kraft. Neuer Staatspräsident von Washingtons Gnaden wurde Héctor García Godoy, den Bosch als „eher ein Vermittler als ein Regierender“ charakterisierte. Der überwiegende Teil der US-Truppen verließ anschließend die Dominikanische Republik. Ihre Aufgaben übernahmen brasilianische Truppen.

Weitere große Militäroperationen der USA in Lateinamerika folgten später noch in Grenada (1983), Panama (1989/90) und Haiti (1994). Insofern wäre es keine Zäsur in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, wenn Donald Trump demnächst ebenfalls den „großen Knüppel“ schwingt, um ein unbotmäßiges Land im „Hinterhof“ der USA wieder auf Linie zu bringen. Der Unterschied zu den Interventionen des 20. Jahrhunderts wie der Operation Power Pack gegen die Dominikanische Republik vor 60 Jahren würde lediglich darin liegen, dass es jetzt nicht mehr vorrangig um die Zurückdrängung angeblicher sowjetischer beziehungsweise kommunistischer Einflüsse auf dem amerikanischen Doppelkontinent geht, sondern um das Ausmanövrieren des neuen welt-politischen Rivalen China. W.K.

WEIMARER REPUBLIK

Sieger als „Ersatzkaiser“

Vor 100 Jahren wurde Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt – Neuerscheinung zum Thema von Wolfgang Niess

VON JÖRG KOCH

Vor 100 Jahren, am 26. April 1925, wurde Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg im zweiten Wahlgang zum zweiten Reichspräsidenten gewählt. Da stand er bereits im 78. Lebensjahr.

Für den am 2. Oktober 1847 im ostdeutschen Posen geborenen Sohn eines Offiziers aus preußischem Uradel war die militärische Laufbahn selbstverständlich. Bereits mit 18 Jahren nahm er am Deutschen Krieg von 1866 teil. Danach gelang ihm eine bemerkenswerte Karriere, die er 1911 im Rang eines Generalleutnants beendete.

Im August 1914, wenige Wochen nach Beginn des Ersten Weltkriegs, wurde er als Soldat reaktiviert. Als Oberbefehlshaber der 8. Armee, welche die Schlacht bei Tannenberg südlich von Allenstein für sich entschied, machte er sich deutschlandweit einen Namen. Inzwischen vom Kaiser zum Generalfeldmarschall befördert, übernahm er im August 1916 gemeinsam mit General Erich Ludendorff die Oberste Heeresleitung. Beide trafen nun weitreichende militärische Entscheidungen. Wilhelm II., eigentlicher Oberbefehlshaber, wurde faktisch zu einem Marionettenkaiser degradiert. Als geschickter inszenierter „Sieger von Tannenberg“ war Hindenburg beim Volk populär, sein Ansehen und seine Bekanntheit steigerten sich, als er im November 1919 die sogenannte Dolchstoßlegende verbreitete, der zufolge das deutsche Heer unbesiegbar gewesen wäre, wären nicht die Politiker ihm in den Rücken gefallen. Mit dieser Schutzbehauptung wies Hindenburg jede Verantwortung für den verlorenen Krieg von sich.

Reichspräsident wider Willen

Ein neues Kapitel in seinem langen Leben begann mit einem unglücklichen Ereignis Ende Februar 1925. Mit nur 54 Jahren verstarb plötzlich und unerwartet Reichspräsident Friedrich Ebert. Der SPD-Politiker war sechs Jahre zuvor von der Nationalversammlung für drei Jahre zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Die im August 1919 erlassene Weimarer Reichsverfassung sah eine Direktwahl durch das Volk und eine siebenjährige Amtszeit vor. Aufgrund der politischen Unruhen wurde jedoch Eberts Amtszeit per Gesetz im Oktober 1922 bis zum 30. Juni 1925 verlängert. Unabhängig von Eberts Tod hätte 1925 die Wahl beziehungsweise Wiederwahl des Reichspräsidenten angestanden, doch Vorbereitungen und Personalentscheidungen hatte im Frühjahr jenes Jahres noch keine Partei getroffen.

Das Präsidentenamt war mit bedeutenderen Befugnissen ausgestattet als heute. So konnte der Präsident nach Artikel 48 der Verfassung aktiver in die Gesetzgebung eingreifen, indem er Notverordnungen erließ, und mit Artikel 25 besaß er eine vielfältigere Möglichkeit, den Reichstag aufzulösen. Er konnte legal eine „Diktatur auf Zeit“ ausüben.

Beim ersten Wahlgang am 29. März 1925 erhielt der rechtsbürgerliche Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres vom sogenannten Reichsblock aus Jarres' rechtsliberaler Deutscher Volkspartei (DVP), der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Wirtschaftspartei 39 Prozent der Stimmen, gefolgt vom preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, dem Kandidaten der SPD, mit 29 Prozent. Der frühere und spätere Reichskanzler Wilhelm Marx kam für das Zentrum auf 15 Prozent, Ernst Thälmann von der KPD erhielt sieben Prozent, wei-



Bildnis des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg; Ölgemälde des Generalfeldmarschalls in Zivil von Max Liebermann aus dem Jahr 1927

Foto: Staatliches Museum Schwerin

tere Kandidaten, unter ihnen Erich Ludendorff, landeten weit abgeschlagen.

Die notwendige absolute Mehrheit konnte kein Politiker erzielen, sodass vier Wochen später ein zweiter Wahlgang erforderlich war. Über diese Wahl vom 26. April 1925 hat nun der 1952 geborene Historiker und ehemalige SWR-Moderator Wolfgang Niess eine kenntnisreiche und gut lesbare Darstellung vorgelegt: „Schicksalsjahr 1925. Als Hindenburg Präsident wurde“.

Beim zweiten Wahlgang genügte eine relative Mehrheit, und anders als heute konnten neue Kandidaten aufgestellt werden. So kam es, dass auf dem Stimmentzettel Paul von Hindenburg als neuer Vertreter des Reichsblocks zu finden war. Der in Hannover lebende, inzwischen 77 Jahre alte General a.D. hatte ursprünglich geäußert, wegen seines hohen Alters abgelehnt und gemeint: „Lasst mich alten Mann hier in aller Stille ruhig sterben, umgeben von meinen Kindern, anstatt unter Fremden in dem üblen Berlin.“ Doch schließlich ließ er sich überreden: „Wenn der überwiegende Teil des deutschen Volkes mich ruft, will ich, über alle Bedenken hinweg, mich für die Wahl zur Verfügung stellen.“

Wahl 1925 und Wiederwahl 1932

Bei einer Wahlbeteiligung von 78 Prozent, was einem Zuwachs von neun Prozentpunkten gegenüber dem ersten Wahlgang entsprach, erreichte Hindenburg, der bis auf einen Auftritt auf Wahlkampfveranstaltungen verzichtet hatte, 48 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein aussichtsreicher Gegenkandidat Wilhelm Marx vom sogenannten Volksblock aus Zentrum, SPD und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei (DDP) erhielt 45 Prozent, Thälmann als dritter Kandidat brachte es auf etwas über sechs Prozent. Damit war der Generalfeldmarschall der erste vom Volk direkt gewählte Reichspräsident, auch

wenn sein Vorsprung gering war und seine Mehrheit nur eine relative.

Schon bei der Nominierung, erst recht nach der Wahl, meldeten sich wachsende Stimmen aus dem Ausland. Was in Deutschland einige hofften, befürchteten sie, nämlich die Wiedereinführung der Monarchie. Tatsächlich wirkte Hindenburg wie ein „Ersatzkaiser“, eine Formulierung, die eigentlich auf die kaiserähnliche, starke Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung Bezug nahm. Hindenburg war eine Generation älter als Ebert, sozialisiert im Geist der Monarchie. Er verkörperte die vermeintlich gute alte Kaiserzeit, war Teilnehmer der Kaiserproklamation in Versailles 1871. Demokratie war ihm fremd. Der Bevölkerung begegnete er bei seinen seltenen Auftritten wie ein Vater, der Autorität, Zuverlässigkeit, Geborgenheit und Ruhe ausstrahlte – fast so wie der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck drei, vier Jahrzehnte zuvor.

In Zivilkleidung und nicht in der erst später üblichen Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls erschien er zum Amtsantritt am 12. Mai 1925. Kurz

zuvor hatte Hindenburg, dessen Frau Gertrud 1921 verstorben war, seinen Wohnsitz von Hannover nach Berlin verlegt. Dort übte er zur Überraschung vieler sein Amt getreu der Verfassung und weitgehend überparteilich aus. In den politisch und wirtschaftlich stabilen Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise 1929/30 gewann der tiefreligiöse Hindenburg auch bei politischen Gegnern an Ansehen.

In der Bevölkerung war er beliebt. Als nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise der Reichstag sich zunehmend als unfähig erwies, sich mehrheitlich konstruktiv auf einen Reichskanzler zu einigen, begann mit dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning als Reichskanzler die kurze Phase der Präsidialkabinette.

An Hindenburgs 80. Geburtstag, am 2. Oktober 1927, wurde ihm gehuldigt wie einem Monarchen. Reichsweit fanden Feiern statt. Straßen wurden nach ihm benannt. Städte verliehen ihm die Ehrenbürgerwürde. Für den am 1. Januar 1927 von ihm eingeweihten und noch heute bestehenden Eisenbahndamm zwischen der Insel Sylt und dem Festland wurde die Bezeichnung „Hindenburgdamm“ üblich.

Historiker, die sich zu Hindenburg geäußert haben

FOTO: JÖRGLIEDERHAUT

Wolfgang Niess ist ein süddeutscher Historiker. Von 1979 bis 2018 war der heute 72-Jährige als Redakteur, Moderator und Autor für den SDR und SWR tätig.



FOTO: OTFV, BERLIN

Sebastian Haffner war ein deutsch-britischer Journalist, Publizist, Historiker und Schriftsteller mit vielen Veröffentlichungen zu Preußen und dem Reich.



FOTO: BILHNEWS.ORG

Heinrich August Winkler ist ein in Königsberg geborener Historiker. Zu seinen Themen gehört Deutschlands „langer Weg nach Westen“.

Kurz zuvor war auch das monumentale Tannenbergdenkmal eingeweiht worden. Bei guter Gesundheit hielt Hindenburg die Amtszeit von sieben Jahren durch.

Ernennung des Wahlsiegers Hitler

Eine Wiederwahl kam für den am Ende seiner ersten Amtszeit 84-Jährigen anfänglich nicht in Frage. Doch Hindenburg ließ sich wieder überreden. So paradox es klingen mag: Der Monarchist Hindenburg war nun im Jahr 1932 der Wunschkandidat der Parteien der Weimarer Koalition, also jener Parteien, die ihn sieben Jahre zuvor vereint im Volksblock vehement abgelehnt hatten.

Für den ersten Wahlgang am 13. März 1932 konnten viele bisherige Nichtwähler mobilisiert werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 86 Prozent. Doch keiner der fünf Kandidaten erreichte die absolute Mehrheit. Hindenburg verpasste sie nur knapp mit 49,5 Prozent. Der von seiner NSDAP nominierte Adolf Hitler kam mit 30,1 Prozent auf Platz 2. Es folgten der wieder für seine KPD kandidierende Thälmann mit 13,2, der Kandidat der DNVP und des Stahlhelms, Theodor Duesterberg, mit 6,8 und schließlich der für die Inflationsgeschädigten antretende Gustav Winter mit 0,3 Prozent.

Im zweiten Wahlgang am 10. April und bei ähnlich hoher Beteiligung landete Hitler bei 37 und Thälmann bei zehn Prozent. Hindenburg erzielte mit 53 Prozent die absolute Mehrheit. Der Amtsinhaber war zwar wiedergewählt, aber enttäuscht, verbittert: „Mich haben die Sozis gewählt, mich haben die Katholiken gewählt ... Meine Leute haben mich nicht gewählt.“

Der weitere Verlauf der Geschichte ist bekannt. Über Wochen sträubte sich Hindenburg, seinen vormaligen Mitbewerber um das Reichspräsidentenamt zum Reichskanzler zu ernennen. Aus der Sicht des Generalfeldmarschalls hatte der vier Jahrzehnte jüngere „böhmische Gefreite“ keine Herkunft, keine militärische Karriere vorzuweisen.

Nach anfänglichem Sträuben handelte Hindenburg schließlich doch in der für ein Staatsoberhaupt üblichen Weise. Er beauftragte denjenigen mit der Regierungsbildung, dessen Partei bei der vorangegangenen Parlamentswahl die meisten Stimmen errungen hatte und von dem am ehesten zu erwarten war, dass er die meisten Abgeordneten hinter sich und seine Regierung bringen kann. Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg den Anführer der größten Fraktion im Reichstag zum Reichskanzler.

Die Wege und Irrwege, die in der Diktatur mündeten, zeichnete Wolfgang Niess detailreich und anschaulich nach. Im Vordergrund seines Werkes steht jedoch die als Zäsur empfundene Reichspräsidentenwahl von 1925. In seinem aufschlussreichen Buch zitiert er zahlreiche Memoiren, Presseartikel und Tagebücher, die eine unterhaltsame Zeitreise in die 1920er Jahre bieten.

Bereits frühere Historiker haben sich mit dieser Wahl auseinandergesetzt, sie, wie Sebastian Haffner, als „Glücksfall“ bezeichnet oder, wie Heinrich August Winkler, als einen „Volksentscheid gegen die parlamentarische Demokratie“ gewertet. Niess sieht die Verantwortung für die verhängnisvolle Entscheidung 1933 allein bei Hindenburg, trotz seines Alters und der zunehmenden Abhängigkeit von seinen Beratern, die tatsächlich die Abschaffung der Republik im Sinne hatten.

● **Wolfgang Niess: „Schicksalsjahr 1925. Als Hindenburg Präsident wurde“**, Verlag C.H. Beck, München 2025, 304 Seiten, 20 Abbildungen.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die meisten Berichte über Unbekannte Flugobjekte (UFOs), für die neuerdings die offizielle Bezeichnung Unidentified Aerial Phenomenon (UAP) verwendet wird, stammen aus den USA und anderen westlichen Industrieländern. Andererseits gibt es aber immer wieder auch Sichtungen in Afrika. Darauf verweist unter anderem der Technikhistoriker Tristan Routier vom Ministerium für Regionalentwicklung in Kamerun, welcher im Januar dieses Jahres eine umfangreiche Studie vorlegte, in der er 276 UFO-Berichte aus 38 afrikanischen Staaten analysierte. Dabei ging es zunächst um die geographische Verteilung der Beobachtungen.

Jede dritte Sichtung von Unbekannten Flugobjekten über dem Schwarzen Kontinent wurde aus Südafrika gemeldet, und jeder fünfte Report stammte aus Algerien und Marokko. Im letzteren Fall waren die Regionen im Hohen Atlas und der Sahara überrepräsentiert – sicher wegen des besonders dunklen und klaren Nachthimmels dort. Weitere 15 Prozent der UFO-Beobachtungen erfolgten in den westafrikanischen Staaten Mali, Nigeria und Ghana. Dagegen existieren kaum Berichte aus Zentral- und Ostafrika, weil dort teilweise Bürgerkriege toben oder die Kommunikationsinfrastruktur schlecht ist.

Laut Routier kam es 1954 zu einer starken Zunahme der UFO-Sichtungen in Afrika, bevor dann in den 1970er Jahren und ab 2000 weitere Schübe auftraten – wobei der Letztere aus dem Aufkommen des Internets resultierte, das eine bessere Dokumentation der Vorkommnisse erlaubte.

Scheiben, Kugeln, Dreiecke

In 60 Prozent aller Fälle wurden unerklärliche Lichterscheinungen gemeldet, und in 30 Prozent klar definierte Flugobjekte wie Scheiben, Kugeln, „Zigarren“ oder Dreiecke. Des Weiteren erzählten manche Zeugen von humanoiden Wesen im Umfeld der gelandeten UFOs oder der seltsamen Lichter. Oft soll es sich dabei um auffällig kleine Gestalten gehandelt haben.

Routier verglich die Beschreibung der UFOs über Afrika mit den Daten aus dem US-Regierungsprogramm zur Identifizierung von hoch entwickelter Bedrohung aus dem All (englisch abgekürzt AATIP), in dessen Rahmen seit 2007 Berichte über UFOs gesammelt wurden. Dabei stellte er eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Sichtungen in den USA und etlichen afrikanischen Staaten fest.

Die Flugobjekte bewegten sich meist außerordentlich schnell und waren darüber hinaus in der Lage, auf extreme Weise zu beschleunigen. Ähnlich sah es mit der Manövrierfähigkeit aus: Afrikanische und US-amerikanische Augenzeugen hoben unisono die Fähigkeit der UFOs hervor,



Klare Sicht, weil so gut wie kein künstliches Licht den Ausblick trübt: Nachthimmel über der Sahara

Bild: picture alliance/zb/Matthias Tödt

FORSCHUNG

Auch Afrika verzeichnet eine beachtliche Zahl an UFO-Sichtungen

Frappierend ist die Ähnlichkeit, welche die mysteriösen Beobachtungen über dem Schwarzen Kontinent mit Berichten von anderen Erdteilen – insbesondere aus den USA – verbindet

abrupte 90-Grad-Wendungen mit hoher Geschwindigkeit vorzunehmen oder im Zickzack zu fliegen. Ein gleichfalls stetig wiederkehrendes Merkmal waren fehlende Geräusche oder Hinweise auf Hitzeabstrahlung, was auf exotische Antriebe hindeuten könnte.

Dazu kamen eindeutige Tarnkappen- und Trans-Medium-Fähigkeiten. Die Flugobjekte über den USA wie auch über Afrika tauchten häufig aus dem Nichts auf und verschwanden auf ebensolche Weise. Fernerhin konnten sie in etlichen Fällen ohne sichtbare Schwierigkeiten aus dem Wasser in den Luftraum und wieder zurück wechseln. Außerdem fanden verbreitet Interaktionen mit der Umwelt statt. Mal sorgten die UFOs für den Ausfall von Automotoren, mal störten sie elektronische Geräte.

Und dann wäre da noch das beständige Auftreten über bestimmten Örtlichkeiten. Sowohl in den AATIP-Berichten als auch in den von Routier gesammelten Meldun-

gen aus Afrika ist auffallend häufig von UFOs im Bereich von Militärstützpunkten und kerntechnischen Anlagen beziehungsweise Uran-Bergwerken die Rede.

Kultur könnte einen Streich spielen

In seiner Analyse versuchte Routier auch, Erklärungen für die UFO-Sichtungen zu geben, wobei er zwischen natürlichen Phänomenen, menschlichen Aktivitäten und religiös-kulturellen Faktoren unterschied. Zu den relativ unspektakulären Erklärungen für die Wahrnehmung von UFOs gehören Meteore, also Stein- oder Eisenbrocken aus dem All, die beim Eintritt in die Erdatmosphäre verglühen. Dazu kommen Hitzebitze, die keinen Donner erzeugen, und optische Täuschungen, wie sie vor allem in der Wüste vorkommen.

Ansonsten spricht die verbreitete Sichtung von UFOs unweit von Militäreinrichtungen auch dafür, dass es sich bei etlichen Unbekannten Flugobjekten um

Überwachungsdrohnen oder Luftwaffenmaschinen handelt. Das gilt ebenso für UFOs, die in der Nähe von Bergwerken oder strategisch wichtigen Lagerstätten registriert wurden. Zum Schutz dieser Ressourcen kommen natürlich auch Hubschrauber und Drohnen zum Einsatz. Ebenso finden in Afrika immer wieder geheime Tests von Raketensystemen statt. Eine weitere Erklärung sind kulturelle Ereignisse, in deren Rahmen man Lasershows und Feuerwerke veranstaltet, oder kleine Heißluftballons, die sogenannten Himmelslaternen, aufsteigen lässt.

Gleichzeitig spielen aber wohl auch die traditionellen Religionssysteme in Afrika eine nicht zu vernachlässigende Rolle, wenn es um UFO-Sichtungen geht. So glauben die Menschen in Westafrika an allerlei Lichtphänomene, welche mit Geistern oder Göttern in Verbindung stehen, was ihre grundsätzliche Bereitschaft zu reißerischen Berichten über nächtliche „Wunder“ fördert. Ähnlich verhält es sich

in den muslimischen Maghreb-Staaten, wo merkwürdige Erscheinungen am Himmel oft als Dschinns angesehen werden, also Geister, von denen ein Gläubiger ohne Probleme erzählen darf, weil sie im Koran Erwähnung finden.

Und auch südlich der Sahara gelten dynamische Lichtmuster wie der „Tanz der Sonne“ als typische Manifestationen spiritueller Kräfte – diesmal aus dem Fundus der hier verbreiteten animistischen Religionen. In Botswana, Simbabwe und Südafrika wird zudem gerne eine mystische Verbindung zwischen Lichtern am Firmament und Zwergenwesen auf der Erde hergestellt.

Allerdings wäre es angesichts der grundsätzlichen Ähnlichkeit vieler UFO-Berichte aus Afrika und den westlichen Industrieländern verfehlt, die Sichtungen von Unbekannten Flugobjekten an ganz unterschiedlichen Orten des Schwarzen Kontinents vorrangig mit der spezifisch afrikanischen Kultur erklären zu wollen.

ROSWELL

Wirbel um ein Fundstück in der Wüste von New Mexico

Stammt das fünf Zentimeter kleine Objekt aus dem All? Institute sagen nein, doch die Geheimhaltung von Daten weckt Zweifel

Mitte der 1990er Jahre tauchte in den USA ein kleines metallisches Fragment auf, welches angeblich von der Unterseite eines 1947 bei Roswell abgestürzten UFOs stammt und in der Sierra Blanca im US-Bundesstaat New Mexico gefunden worden sein soll. Wie verschiedene materialtechnische Untersuchungen des etwa fünf Zentimeter großen Objekts durch mehrere Universitäten der Vereinigten Staaten ergaben, besteht es aus einer Magnesium-Zink-Legierung mit hauchdünn aufgetragener Wismut-Schicht.

Deswegen verbreitete sich das Gerücht, das Artefakt sei Teil eines Terahertz-Wellenleiters innerhalb der An-

triebsanlage des UFOs zur Erzeugung von Antigravitation gewesen. Die ungewöhnliche Zusammensetzung des Fundstücks und die Spekulationen über dessen Funktion führten 2018 dazu, dass auch die Materialforschungsabteilung des Combat Capabilities Development Command (CCDC) der US-Streitkräfte eine Analyse vornahm, deren Ergebnisse allerdings unter Verschluss blieben. Anders verhält es sich dagegen mit dem Untersuchungsbericht der neuen UFO-Behörde des Verteidigungsministeriums der USA namens All-domain Anomaly Resolution Office (AARO), welcher jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Das AARO hatte die Materialprobe dem Oak Ridge National Laboratory (ORNL) im Geschäftsbereich des Energieministeriums übergeben. Jenes Labor war seinerzeit an der Entwicklung der ersten Atombombe beteiligt gewesen. Seine Aufgabe besteht immer noch darin, „die großen Probleme“ der Wissenschaft zu lösen. Nach gründlicher Untersuchung des angeblichen UFO-Fragments kam das ORNL zu zwei ganz eindeutigen Befunden.

So erklärte es: „Die physikalischen Eigenschaften der Probe stimmen mit einem Material irdischen Ursprungs überein.“ Dass das Stück von der Erde stammt,

leitete das ORNL aus seiner Isotopenzusammensetzung ab, die keinerlei Hinweise auf die Einwirkung von kosmischer Strahlung bietet, was bei einer Herkunft aus dem Weltall aber definitiv der Fall sein müsste. Zudem schrieb das ORNL: „Die strukturellen und elementaren Eigenschaften der Probe stimmen nicht überein mit den ... Eigenschaften, welche erforderlich wären, um ... als Wellenleiter zu fungieren.“ Somit war auch die These vom Antigravitationsantrieb vom Tisch.

Andererseits konnten aber weder das ORNL noch das AARO die Frage beantworten, worum es sich bei dem Fundstück denn nun wirklich handelt. Allerdings be-

wertete das AARO das Fragment zumindest als „Versuchsobjekt beziehungsweise Nebenprodukt ... von Luft- und Raumfahrtexperimenten zur Bestimmung der Eigenschaften von Magnesium-Legierungen“. Gleichzeitig sagte die Pentagon-Behörde, sie sei außerstande zu ermitteln, wann und für welches Projekt man die Magnesium-Zink-Wismut-Mischung hergestellt habe.

Dieser Befund stieß sogleich auf heftige Kritik. Unter anderem wurde bemängelt, dass das AARO die Rohdaten der Materialanalysen geheim halte, weswegen keine unabhängige Überprüfung der Ergebnisse stattfinden könne. W.K.



ALLENSTEIN

„Nordinstitut“ erwarb Teile der Dragonerkaserne

Auflagen für die künftige Nutzung – Die Gebäude müssen für kulturelle und gesellschaftliche Zwecke genutzt werden

VON DAWID KAZANSKI

Die Dragonerkaserne in Allenstein ist ein Ort mit einer reichen Geschichte, die bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreicht. Erbaut in den Jahren 1884 bis 1886 für das Dragoner-Regiment „König Albert von Sachsen“ (Ostpreußisches) Nr. 10, war sie ein bedeutender Bestandteil des militärischen Erbes der Stadt, die damals den Beinamen „Kasernopolis“ erhielt.

Im Jahr 2000 wurde der Komplex, der 26 Gebäude auf einer Fläche von etwa elf Hektar umfasst, in das Denkmalregister eingetragen. Seitdem unternimmt die Stadt Maßnahmen zur Sanierung des Gebiets, um seinen früheren Glanz wiederherzustellen. Geplant ist die Verlegung von Filialen der Städtischen Öffentlichen Bibliothek, wie Planeta 11 und Abecadlo, in die Dragonerkaserne, um dort einen Raum für Bildung und Kultur zu schaffen.

Kürzlich hat der Stadtrat von Allenstein beschlossen, zwei historische Gebäude des ehemaligen Kasernenkomplexes mit einem Preisnachlass von 90 Prozent an das Nordinstitut zu verkaufen. Diese Gebäude, eine ehemalige Bäckerei und ein Wirtschaftsgebäude, wurden für etwas mehr als 55.000 Euro erworben.

Ausstellungen zur Stadtgeschichte

Das Nordinstitut, das dem Ministerium für Kultur und nationales Erbe untersteht, beschäftigt sich seit Jahren mit der



Wartet auf seine Sanierung: Gebäude der ehemaligen Dragonerkaserne

Bild: D.K.

Erforschung und Verbreitung der Geschichte der Region. Geplant ist, die erworbenen Gebäude in eine Kultureinrichtung umzuwandeln, die durch Dauerausstellungen die Stadtgeschichte erzählt.

Der Direktor des Instituts, Jerzy Kielbik, geht davon aus, dass die Renovierung der Gebäude etwa acht Jahre dauern wird, hofft jedoch auf eine schnellere Umsetzung des Projekts. Dabei rechnet er mit finanzieller Unterstützung durch das Kulturministerium. Die Entscheidung zum Verkauf der Gebäude wurde von den Stadträten intensiv diskutiert, da Bedenken hinsichtlich der finanziellen und organisatorischen Fähigkeiten des Instituts zur Durchführung der kostenintensiven Renovierungsarbeiten bestanden.

Letztendlich wurde jedoch beschlossen, dass die Aktivitäten des Instituts zur Belebung dieses historischen Ortes beitragen und die Einwohner durch verschiedene kulturelle Initiativen einbinden werden. Die Übernahme der historischen Gebäude durch das Nordinstitut ist ein weiterer Schritt zur Wiederbelebung der Dragonerkaserne. Diese Maßnahmen fügen sich in den langfristigen Plan der Stadt ein, diesem Areal seinen verdienten Platz auf der kulturellen Landkarte Allensteins zurückzugeben. Die Einwohner können sich also darauf freuen, dass die Dragonerkaserne in naher Zukunft zu einem pulsierenden Zentrum für Kultur und Bildung wird, das Geschichte und Moderne vereint.

SOZIALPROJEKTE

Spendenaufruf für die Bruderhilfe

Seite an Seite mit den notleidenden Landsleuten in der Heimat Ostpreußen – helfen Sie jetzt!

Liebe Leserinnen und Leser der Preußischen Allgemeinen Zeitung, liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

nach wie vor leben wir in einer Zeit der humanitären Katastrophen und des menschlichen Elends. Der Ukrainekrieg hat im Osten Europas stark ansteigende Energiepreise und hohe Inflation mit sich gebracht, die vielfach kaum zu bewältigen sind. Auch acht Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es zwischen Weichsel und Memel viele hilfsbedürftige deutsche Landsleute, denen es am Notwendigsten mangelt. Das dreigeteilte Ostpreußen ist von hoher Arbeitslosigkeit und Altersarmut geprägt und die medizinische Versorgung für viele Menschen kaum mehr erschwinglich. Eine hinreichende soziale Absicherung durch den Staat wird nicht gewährleistet. Viele deutsche Landsleute leben auch heute noch in Verhältnissen, die in der Bundesrepublik Deutschland völlig unbekannt sind und oftmals als menschenunwürdig eingestuft werden müssen.

In dieser Situation konzentriert sich die ostpreußische Bruderhilfe auf einen ganz wesentlichen Bereich: Die Nächstenliebe und die Hilfe am Mitmenschen. Es ist uns dabei wichtig, direkt dort anzusetzen, wo die Not so offensichtlich ist. Dieser Aufgabe stellt sich die Bruderhilfe Jahr für Jahr

– mit Hilfe Ihrer Spenden. Aus diesem Grund wende ich mich auch heute wieder mit der Bitte an Sie, unser humanitäres Hilfswerk zu unterstützen.

Die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen blickt inzwischen auf eine lange und erfolgreiche Arbeit zurück: Bereits vor einem Dreivierteljahrhundert wurden die ersten Päckchen und Pakete in das südliche Ostpreußen versandt. Bis heute gehen von dort immer wieder Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten bei uns ein. Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die „Wolfskinder“, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität. Erst 1990 konnten sie sich im Verein „Edelweiß-Wolfskinder“ zusammenfinden. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier, ebenso wie für die deutschen Landsleute im Memelland und die Russlanddeutschen im Königsberger Gebiet, einen ganz besonderen Stellenwert.

Unser Ziel ist es, allen in der Heimat lebenden Landsleuten eine Perspektive zu geben. Deshalb ist jeder Einzelne von uns gefragt, durch die Betreuung vor Ort oder durch seine Spenden einen Beitrag zur Linderung der Not zu leisten. Wir freuen uns über kleine und große Zuwendungen. Jeder Euro hilft und ist eine Brücke der



Menschlichkeit zu unseren armen deutschen Landsleuten in der Heimat.

Bitte unterstützen Sie die Fortsetzung unserer humanitären und friedensstiftenden Arbeit und helfen Sie mit, bedürftigen Ostpreußen mit einer Spende zu mehr Lebensqualität zu verhelfen. Geben Sie ihnen das Gefühl, dass die große Ostpreußenfamilie sie nicht vergessen hat und an sie denkt. Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen und ihre ehrenamtlichen Helfer gewährleisten, dass jede Spende direkt und ohne bürokratischen Aufwand bei den Arbeitslosen, den Alten, Kranken und Behinderten, den Notleidenden und den kinderreichen Familien ankommt. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatsverbliebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der
Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung bitte auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V. bei der Commerzbank AG, **IBAN: DE03 2004 0000 0630 2871 00, BIC: COBADEFFXXX**

Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V., Peter Wenzel, Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel. 040-414008-25, Fax 040-414008-19, wenzel@ostpreussen.de

Wir gratulieren...

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

Montro, Hildegard, geb. **Slembeck**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bleich, Hildegard, geb. **Kraffzik**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. April
Neumann, Ruth, geb. **Schiller**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April
Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baltruschat, Hanni, geb. **Bloch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Locke, Gerda, geb. **Hensel**, aus Friedrichshof, Kreis Preußisch Eylau, am 29. April
Obermüller, Eva, geb. **Wolff**, aus Wehlau, am 27. April
Volkman, Sieglinde, aus Treuburg, am 27. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Garreis, Ilse, geb. **Müller**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrungen, am 27. April
Hanke, Gerda, geb. **Mentowski**, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrungen, am 25. April
Kanngießer, Johannes Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April
Kröger, Charlotte, geb. **Dworak**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April
Pacyna, Dr. Hasso, aus Wehlau, am 29. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Adomeit, Gerhard, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 27. April
Brodowski, Siegfried, aus Giesen, Kreis Lyck, am 29. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Eisold, Hannelore, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 25. April

Fröhlich, Waltraud, geb. **Kromat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. April

Godzieba, Helmut, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Mai

Jahnert, Heinz, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 26. April

Keller, Inge, geb. **Dommasch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. April

Krebs, Anna, geb. **Dombrowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai

Märtens, Annemarie, geb. **Worm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. April

Pointinger, Xaver, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 1. Mai

Rothweiler, Irmgard, geb. **Kunick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ilsinitz, Lieselotte, geb. **Kappus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 27. April

Judtka, Siegfried, aus Lyck, am 30. April

Kluck, Gerda, geb. **Wellsand**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 25. April

Kruska, Elfriede, geb. **Kolpatzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai

Obalicha, Christel, geb. **Dalchau**, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. April

Schiffers, Irmgard, geb. **Lawischus**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 25. April

Schnittka, Horst, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 30. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Felsch, Eleonore, geb. **Stankewitz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 25. April

Hackel, Ursula, geb. **Wittösch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April

Janssen, Eva, geb. **Gust**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 25. April

Jarchow, Irmgard, geb. **Kowalzik**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. April

Nitschkowski, Annemarie, geb. **Czemper**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 1. Mai

Schäfer, Christel, geb. **Feuersenger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 26. April

Smiejkowski, Wanda, geb. **Parniak**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 29. April

Ziemer, Arthur, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 30. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Feind, Christel, geb. **Krahn**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. April

Gertulla, Gerhard, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Graumann, Inge, geb. **Sadowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 17, am 29. April

Holtmann, Erika, geb. **Radzio**, aus Treuburg, am 1. Mai

Klittmann, Gertraud, geb. **Skibe**, aus Ortelsburg, am 28. April

Nitsche, Ursula, geb. **Neumann**, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 29. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bauer, Siegfried, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 27. April

Baumann, Gerda, geb. **Liedtke**, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 30. April

Bednarczyk, Ilse, geb. **Roehr**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. April

Bercz, Christianna, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 1. Mai

Brünner, Hannelore, geb. **Griebner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. April

Czarniewska, Erna, aus Lyck, am 25. April

Dronsek, Dr. Ing. Gerhard, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 30. April

Gleim, Lieselotte, geb. **Nowak**, aus Ebenrode, am 1. Mai

Julius, Ilse, geb. **Murach**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 25. April

Klatt, Anneliese, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. April

Klauß, Edith, geb. **Trinogga**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 30. April

Meyn, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April

Potschadly, Elisabeth, geb. **Warikas**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Schlegel, Erika, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. April

Vocke, Traute, geb. **Skiendziel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. April

Wiebusch, Irmgard, geb. **Lemcke**, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 25. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bergner, Waltraut, geb. **Maeding**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. April

Birrh, Peter, aus Tilsit, am 25. April

Bunscheit, Werner, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 27. April

Denzer, Armin, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 28. April

Kallauch, Ruth, geb. **Vogler**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 1. Mai

Kamien, Elfriede, geb. **Birnbacher**, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 29. April

Meyer, Waltraud, geb. **Prell**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 28. April

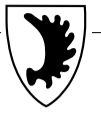
Petry, Gisela, geb. **Schulz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. April

Redmer, Bruno, aus Wehlau, am 27. April

Runge, Gertrud, geb. **Beermann**, aus Lyck, am 30. April

Schimkat, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April

Schütt, Gertraud, geb. **Koschletzki**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis [gT]) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Thiem, Werner, aus Preußenburg, Kreis Lötzen, am 26. April

Wasilewski, Werner, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abel, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. April

Babel, Rudi, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. April

Gerber, Siegbert, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. April

Grenz, Edith, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 29. April

Heermann, Erika, geb. **Kuhn**, aus Prothainen, Kreis Mohrungen, am 25. April

Jasinski, Siegfried, aus Sonnu, Kreis Lyck, am 1. Mai

Jütte, Adelheid-Helga, aus Montzen, Kreis Lyck, am 29. April

Kassel, Gisela, geb. **Hinz**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 27. April

Klein, Werner, aus Liebwalde, Kreis Mohrungen, am 27. April

Müller, Geerda, geb. **Danelzik**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Offermann, Sigrid, geb. **Salitter**, aus Treuburg, am 26. April

Rosinski, Christa, geb. **Plaga**, aus Lötzen, am 29. April

Stasch, Egbert, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 29. April

Staudinger, Karl-Heinz, aus Lyck und Wehlau, am 1. Mai

Völker, Irene, geb. **Janz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 30. April

Wolter, Renate, geb. **Hagel**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 25. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzer, Lotti, geb. **Zielinski**, aus Wachau, Kreis Sensburg, am 20. April

Bojahr, Heinz, Vorfahren aus Wilenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Dressen, Christa, geb. **Meller**, aus Silberbach, Kreis Mohrungen, am 26. April

Gerdas, Monika, geb. **Butschek**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 29. April

Grust, Astrid, geb. **Kopoczynska**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 26. April

Schweitzer, Lothar, aus Kaufungen, Ortsgruppe Kassel, am 25. April

Szugs, Horst, aus Saulin, Pommern, am 29. April

Zusendungen für die Ausgabe 19/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 19/2025 (Erstverkaufstag 9. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 29. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Ostpreußen



28. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern



in Anklam

**Sonnabend, 10. Mai 2025
10 bis 17 Uhr**

**Mehrzweckhalle „Volkshaus“
17389 Anklam, Baustraße 48–49**

Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

**Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe MV
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
oder per Mail: M.F.Schukat@web.de**

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

„Preussen Kurier“

Augsburg – Die aktuelle Ausgabe 1/2025 des Magazins „PREUSSEN-KURIER“ ist erschienen und steht auf der Internetseite der Landesgruppe Bayern als PDF zur Verfügung. www.low-bayern.de/word-press/wp-content/uploads/2025/04/PK_1_25.pdf



Alle bisher erschienenen Ausgaben gibt es unter: www.low-bayern.de/index.php/publikationen/

Rainer Claaßen

Muttertag

Hof – Sonnabend, 10. Mai, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Muttertag. Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof.

Vernissage

Hof – Donnerstag, 19 Uhr, Museum Bayerisches Vogtland, Sigmundgraben 6: Ausstellungseröffnung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“, eine Kooperation mit dem Haus des Deutschen Ostens.

Erzählungen vom Krieg

Nürnberg – Dienstag, 29. April, 15 Uhr, Haus der Heimat: Heide Bauer aus Ansbach, Bezirksvorsitzende der Landsmannschaft, berichtet, „Was uns unsere Eltern bei Kriegsende vom Krieg erzählten“.

Gedenkfeier

Rosenheim – Donnerstag, 8. Mai, 17 Uhr, Heimatkreuz der Vertriebenen, Städtischer Friedhof Rosenheim: 80 Jahre Kriegsende, Flucht, Vertreibung, Deportation, Integration. Gedenkveranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Gabriele Leicht, 3. Bürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Hannelore Maurer, Seelsorgerin, Stadtkirche Rosenheim, Paul Hansel, Bezirksvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Oberbayern, mit musikalischer Umrahmung. Sitzgelegenheiten sind vorhanden.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Vor 80 Jahren

Kassel – Donnerstag, 8. Mai, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: „Heute vor 80 Jahren – alles bricht zusammen“, aus der Dokumentensammlung von Gerhard Landau. Die Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, finden jeden ersten Donnerstag im Monat statt.

Freilichtmuseum Hessenpark

Wiesbaden/Neu-Anspach – Eröffnung der neukonzipierten Dauerausstellung zur Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen – Landesbeauftragter Hofmeister zeigt sich tief beeindruckt: „Die Ausstellung führt uns vor Augen,

dass der Beitrag der Heimatvertriebenen für unser Land von unschätzbarem Wert war.“

Im Freilichtmuseum Hessenpark wurde feierlich die überarbeitete Dauerausstellung „Vertriebene in Hessen. Ankunft und Integration nach 1945.“ eröffnet. Bei der gut besuchten Veranstaltung war auch der Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Andreas Hofmeister, anwesend und zeigte sich sichtlich beeindruckt von der neuen Ausstellung.

Zahlreiche Gäste aus Politik, Kultur und Gesellschaft sowie Vertreter der Vertriebenenverbände fanden sich bei der Eröffnung im Hessenpark ein. Auch viele interessierte Bürger nutzten die Gelegenheit, um einen ersten Einblick in die überarbeitete Präsentation zu gewinnen. Die große Resonanz zeigt bei der Veranstaltung unterstreicht die bleibende Relevanz und emotionale Bedeutung des Themas.

In seinem Grußwort würdigte Landesbeauftragter Hofmeister den Mut, die Ausdauer und die enorme Aufbauleistung der Heimatvertriebenen, die nach 1945 in Hessen eine neue Heimat fanden. „Diese Ausstellung ist ein lebendiges Denkmal für das, was unzählige Menschen in schwerster Zeit geleistet haben. Sie kamen nach Hessen mit kaum mehr als dem, was sie am Leib trugen – und haben unter größten persönlichen Entbehrungen nicht nur ihre eigenen Leben neu aufgebaut, sondern auch unser Land entscheidend mitgeprägt“, so Hofmeister.

Bis Herbst 1950 kamen über 730.000 Heimatvertriebene nach Hessen. Die Ausstellung dokumentiert eindrucksvoll die vielen Herausforderungen, denen sich die Heimatvertriebenen stellen mussten: Flucht und Vertreibung, Ankunft in einer oft nicht freundlich gesinnten Umgebung, beengte Lebensverhältnisse, religiöse oder kulturelle Hürden – und dennoch den festen Willen, hier Fuß zu fassen und zum Aufbau einer freien, demokratischen Gesellschaft in

unserem Land beizutragen. Zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und Wohlstand Hessens trugen die Vertriebenen entscheidend mit den sogenannten Neubürger-Industrien bei.

Als weiteres Zeugnis dieser mitgebrachten Kultur und Handwerkskunst wurde die Eröffnung musikalisch mit einem Fagott der ehemals sudetendeutschen Firma Püchner begleitet, welche sich im hessischen Nauheim ansiedelte. Außerdem gab es eine kleine Stärkung in Form einer traditionellen böhmischen Mohnorte. Ihr Rezept wurde einst von Heimatvertriebenen mitgebracht – und damit im wahrsten Sinne des Wortes gerettet.

„Die neu konzipierte Ausstellung ist nicht nur ein Ort der Erinnerung, sondern auch der Aufklärung“, betonte Hofmeister. „Sie zeigt nicht nur Leid und Verlust, sondern vor allem die ungeheure Kraft, mit der Menschen ihr Schicksal angenommen und gestaltet haben. Mit Blick auf die Bedeutung historischer Bildung für kommende Generationen unterstrich Hofmeister: „Zukunft braucht Herkunft.“ Die Geschichten der Heimatvertriebenen seien nicht nur Teil der Vergangenheit, sondern auch ein wertvoller Spiegel für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen.

In seinem Grußwort dankte der Landesbeauftragte allen, die an der Neukonzipierung der Ausstellung mitgewirkt haben. Sein besonderer Dank galt dem Team des Hessenparks, der Stiftung „Vertriebene in Hessen“, den beteiligten Historikerinnen und Historikern, den Gestalterinnen und Gestaltern sowie den zahlreichen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, deren Beiträge die Ausstellung mit Leben füllen. „Ohne ihr Wissen, ihre Geschichten und ihre Offenheit wäre diese Ausstellung in ihrer Tiefe und Authentizität nicht möglich gewesen“, so Hofmeister. Zudem wurde die Neukonzipierung der Ausstellung mit über 96.000 Euro durch das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz gefördert.



Wertschätzte in seinem Grußwort den Beitrag der Heimatvertriebenen: Andreas Hofmeister, Hessischer Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler *Bild: LBHS*

Die Ausstellung ist im Haus aus Sterzhausen untergebracht und wurde umfassend neugestaltet. Neben informativen Texttafeln, Fotos, und Zeitzeugenberichten kommen auch moderne Medien (in historischer Aufmachung) zum Einsatz, die insbesondere jüngere Menschen ansprechen sollen. Hörstationen, Archivfilme sowie zahlreiche persönliche Gegenstände – für Wohn- und Schlafräume –, die Familien für die Ausstellung zur Verfügung gestellt haben, laden Besucher ein und verleihen der Präsentation eine besondere Authentizität und emotionale Tiefe.

„Diese Ausstellung ist ein Ort des Lernens, Gedenkens und Verstehens“, so Hofmeister weiter. „Sie führt uns vor Augen, dass der Beitrag der Heimatvertriebenen für unser Land von unschätzbarem

Wert war – ein Beitrag, der oft unterschätzt oder gar vergessen wurde. Ich wünsche mir, dass besonders junge Menschen und Schulklassen diesen Ort besuchen – und sich von den Erfahrungen der Vertriebenen berühren und zum Nachdenken anregen lassen.“

Trotz der vielen Herausforderungen, die mit der Neukonzipierung verbunden waren, ist eine beeindruckende und bewegende Ausstellung entstanden. Mit ihr leistet das Freilichtmuseum Hessenpark einen wichtigen Beitrag zur historischen Bildungsarbeit und zum gesellschaftlichen Dialog über Flucht, Integration und Identität. Der Landesbeauftragte kündigte an, sich weiterhin für eine breite

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Sichtbarkeit dieser Themen in der Öffentlichkeit einzusetzen.

Die Ausstellung ist ab sofort im regulären Museumsbetrieb zugänglich. Freilichtmuseum Hessenpark, Laubweg 5, 61267 Neu-Anspach/Taunus, Internet: www.hessenpark.de, E-Mail: service@hessenpark.de, Telefon (06081) 588-0.

Adina Murrer, Pressesprecherin, Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam - Sonnabend, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtmitte): Landestreffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus. Es werden 750 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Thema sind Flucht und Vertreibung aus der Heimat und das Kriegsende



vor 80 Jahren. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit vier Chören aus der Heimat (Masuren und Litauen) und der Mecklenburg-Pommeraner Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten. Das 1. Pommerische Blasorchester Wolgast gibt ein festliches Konzert. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Stadt-Information Anklam unter Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus ist vom Bahnhof Anklam zu Fuß gut erreichbar. Manfred Schukat

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Tag der Heimat

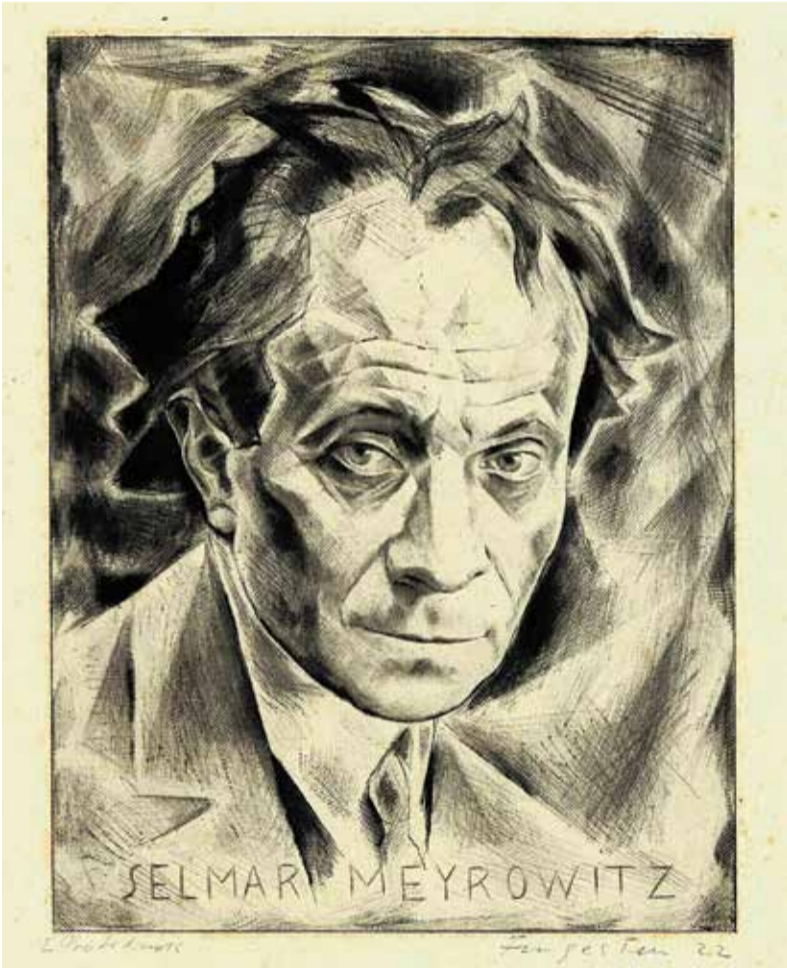
Limbach-Oberfrohna - Sonnabend, 26. April, 14 bis 16 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Tag der Heimat.

Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Gedenken

Die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein erinnert an den deutschen Dirigenten Selmar Meyrowitz aus Anlass seines 150. Geburtsstages.



Wurde vor 150 Jahren geboren: Dirigent Selmar Meyrowitz, diese Radierung von Michel Fingesten entstand 1922 Bild: Wikipedia

Meyrowitz, eigentlich Salomon Reinmar Meyerowitz, wurde am 18. April 1875 in Bartenstein geboren und erhielt seine musikalische Ausbildung in Leipzig und Berlin. Es folgten zahlreiche Engagements als Solorepetitor und Klavierbegleiter. Als Theaterkapellmeister am Stadttheater Danzig begann im Jahr 1907 eine lange erfolgreiche Tätigkeit als Dirigent. Meyrowitz wirkte an der Komischen Oper Berlin, dem Münchner Hoftheater und als leitender Kapellmeister an der Hamburgischen Staatsoper. Ab 1917 dirigierte er auch regelmäßig Konzerte der Berliner Philharmoniker. Als designierter Direktor der Berliner Staatsoper musste Meyrowitz im Jahr 1933 nach Paris fliehen. Nach dem Beginn des Frankreichfeldzugs und der Besetzung von Paris floh Meyrowitz von dort nach Südfrankreich und starb in Toulouse an den Entbehrungen der Flucht und des Exils.

Zu seinen bleibenden Verdiensten zählt Meyrowitz' frühzeitiges Engagement für die Rundfunk- und Schallplattentechnik, deren neue Übertragungsmöglichkeiten er in besonderer Weise zu nutzen verstand, was auf historischen Rundfunkaufnahmen noch heute dokumentiert ist.

gen: Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar - Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass: 8.30 Uhr, Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen (kostenpflichtig). Parkmöglichkeit: Gegenüber dem mon ami befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3; Unterkunft: zum Beispiel Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220. Dieter Neukamm

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck - Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fra-

PAZ wirkt!

Rätsel

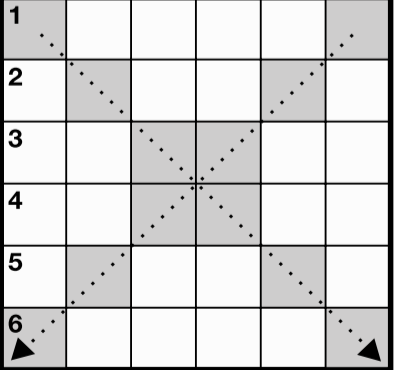
Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku', 'Diagonalrätsel', and 'So ist's richtig:'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



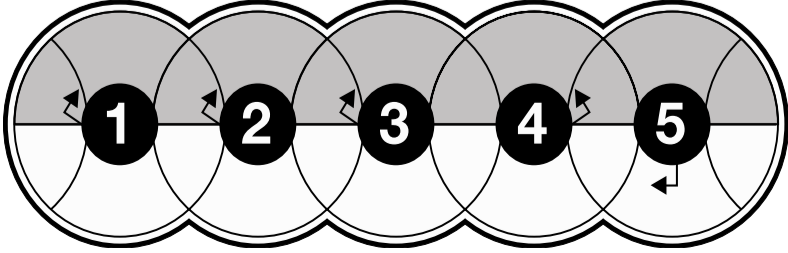
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Körperteile.

- 1 Schutzanstrich
2 klein kariertes Gewebe
3 Gartenzierpflanze
4 Bienenkönigin
5 Frauennamen; Buch im A. T.
6 nachhallender Klang, Ton

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen anderen Ausdruck für Empfehlung.

- 1 Titel des hohen Adels, 2 Sieger, Bester, 3 Kurzstreckenlauf, 4 Frauennamen, 5 Wand-, Bodenplatte



Museen und Trauer

Die Zeit nach dem Krieg 1945

Die Aktionstage im Freilichtmuseum am Kiekeberg finden vom 30. Mai bis 1. Juni statt

Der erste Sommer im Frieden: Das Freilichtmuseum am Kiekeberg veranschaulicht vom 30. Mai bis zum 1. Juni das Leben nach dem Krieg 1945
Bild: FLMK

Rosengarten-Ehestorf – Freitag, 30. Mai, bis Sonntag, 1. Juni, jeweils von 10 bis 18 Uhr, Freilichtmuseum am Kiekeberg, Am Kiekeberg 1, 21224 Rosengarten-Ehestorf, Eintritt 11 Euro, unter 18 Jahre frei: Aktionstage zu der Zeit nach dem Kriegsende.

80 Jahre Kriegsende: Was bedeutete das Jahr 1945 für die Menschen? Das Freilichtmuseum am Kiekeberg nimmt seine Besucher mit auf eine eindrucksvolle Zeitreise in die unmittelbare Nachkriegszeit. Während der Aktionstage können die Besucher nacherleben, wie Geflüchtete im Landkreis ankamen und unter Kontrolle der britischen Besatzung ein neues Leben begannen. Jeweils von 10 bis 18 Uhr vermitteln etwa 60 Darsteller sowie Führungen neues Wissen über die damalige Zeit.

Am Freitagnachmittag wird außerdem die historische „Ley-Bude“ mit ihrer neuen Dauerausstellung „Harburg unterm Hakenkreuz. Ein Landkreis von 1933 bis 1945“ zugänglich. Am Wochenende

führt das Museumsteam Interessierte durch diese Ausstellung. Ergänzend zeigt die Fotoausstellung „Ley-Bude“ im Hauptgebäude die Nachnutzung dieser einstigen Behelfsheime bis heute. Die Fotografen Enver Hirsch und Philipp Meuser führen Besucher am Sonnabend und Sonntag durch die Ausstellung. Aktuelle Informationen finden sich unter www.kiekeberg-museum.de.

Die Veranstaltung widmet sich den ersten Monaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Besucher erleben den Ankunftstag eines Flüchtlingstrucks im Landkreis Harburg. Die historischen Darstellungen des Museums zeigen, wie die Neuankömmlinge im Dorf registriert, auf Notunterkünfte wie die Nissenhütte verteilt und zwangsweise bei Bauern und Fischern einquartiert wurden. Alltagsorgen der Menschen – von der Lebensmittelbeschaffung über britische Kontrollen bis hin zur Entnazifizierung und Suche nach Vermissten – werden nachgestellt.

Die unmittelbare Nachkriegszeit ist ein neues Schwerpunktthema des Freilichtmuseums am Kiekeberg. Dr. Julia Daum, stellvertretende Abteilungsleiterin Bildung und Vermittlung am Kiekeberg, erklärt: „Der Landkreis Harburg war ein wichtiger Ankunftsort für Geflüchtete und Vertriebene. Viele mussten nach einer langen Zugreise die letzten Kilometer zu Fuß zurücklegen, sich registrieren und untersuchen lassen, bevor sie einquartiert wurden.“

Der erste Sommer im Frieden war für viele Menschen ein Sommer voller Entbehrungen, aber auch ein Neubeginn. Diese Geschichten machen wir erlebbar.“ Das Freilichtmuseum am Kiekeberg macht historische Zeitabschnitte greifbar und ist ein Lernort für alle Generationen.

Programm

Darstellungen der „Gelebten Geschichte 1945“ an der Nissenhütte und im Marschendorf an allen drei Tagen,

Eröffnung der „Ley-Bude“ am Freitagnachmittag, 30. Mai,

Führungen durch die neue Dauerausstellung in der „Ley-Bude“ am Sonnabend und Sonntag,

Führungen durch die Fotoausstellung „Ley-Bude“ von den Fotografen Enver Hirsch und Philipp Meuser am Sonnabend und Sonntag,

Mitmachaktion für Kinder: „falsche Leberwurst herstellen“ am Freitag, Sonnabend und Sonntag von 11 bis 17 Uhr,

Informationsstand vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes gibt an allen drei Tagen Einblicke in die Suche nach Vermissten und Familienzusammenführungen nach 1945.

Neue Dauerausstellung „Harburg unterm Hakenkreuz“

An dem Freitagnachmittag, 30. Mai, eröffnet das Freilichtmuseum in der Königsberger Straße seine originale „Ley-Bude“, ein Behelfsheim der Nationalsozialisten aus den letzten Kriegsjahren. Interessierte sehen in der neuen Dauerausstellung „Harburg unterm Hakenkreuz. Ein Landkreis von 1933 bis 1945“, wie sich der Nationalsozialismus im Kreisgebiet verbreitete und wie sich das gesellschaftliche Leben in dieser Zeit veränderte.

Der abschätzigste Rufname „Ley-Bude“ geht auf den nationalsozialistischen Reichswohnungskommissar Robert Ley zurück.

In der Fotoausstellung „Ley-Bude“ zeigen die Hamburger Fotografen Enver Hirsch und Philipp Meuser etwa 30 Aufnahmen, wie sich die Behelfsheime aus dem Zweiten Weltkrieg von einfachen Notunterkünften zu individuellen Wohnungen und Wochenendhäusern wandelten. Diese Fotoausstellung ergänzt die neue Dauerausstellung in der „Ley-Bude“ noch bis Sonntag, 6. Juni, im Hauptgebäude des Museums. *Stiftung Freilichtmuseum am Kiekeberg*

Flucht und Vertreibung

Das Freilichtmuseum Hessenpark beherbergt eine neue Ausstellung



Freilichtmuseum Hessenpark, Laubweg 5, 61267 Neu-Anspach/Taunus, E-Mail: service@hessenpark.de, Telefon (06081) 588-0. In der Scheune aus Damshausen ist derzeit die Ausstellung über die Vertreibung der Menschen aus ihrer ursprünglichen Heimat und auch über deren Ankunft auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen zu sehen. Eine neue Dauerausstellung im benachbarten Haus aus Sterzhäusern widmet sich der Aufnahme und Eingliederung der Neubürger: Versorgung, Unterbringung, Arbeitsaufnahme, Wohnungsbau, politische Teilhabe, Bewahrung des kulturellen Erbes der Herkunftsgebiete und erfolgreiche wirtschaftliche und kulturelle Integration in die hessische Nachkriegsgesellschaft. Vertriebene besaßen bei ihrer Ankunft im Wesentlichen, was sie auf dem Leib trugen, und Gepäck, so viel sie tragen konnten. Die strikt begrenzte Mitnahme der eigenen Habe war auf etwa 30 Kilogramm beschränkt. Die der Heimat entrissenen Neuankömmlinge benötigten Möbel, Hausrat, Wäsche, Brennstoff und Lebensmittel. Es gab zunächst wenige Möglichkeiten für bezahlte Arbeit. Während der Erntemonate konnte man sich durch Mithilfe in der Landwirtschaft Naturalien verdienen. Eine berufliche Eingliederung der Vertriebenen erfolgte meist erst in den 1950er-Jahren. Die einstigen Erstquartiere wurden nun verlassen, um eine neue, eigene Bleibe in der Nähe des neuen Arbeitsplatzes zu beziehen. *Bild: FM Hessenpark*

Ostpreußisches Landesmuseum



Sonntag, 4. Mai, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt:

Walter Mamat (1912-1976).

Von Memel nach Wittenberg, Führung durch die Dauerausstellung mit Jan Rüttinger M.A. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 6. Mai, 14.30 Uhr, 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Zeitgenössische Kunst aus Estland, Führung** mit Ulrike Hennecke in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 7. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Nidden auf der Staffelei – die Malerwelt des Carl Knauf, Vortrag** von Dr. Jörn Barfod. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131)

759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 8. Mai, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Alltag früher und heute, Kinderclub mit Oskar Freitag.** Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Mittwoch, 14. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt 7,- Euro: **„Wir Ostpreußen. Eine ganz gewöhnliche deutsche Familiengeschichte“, Lesung** mit Jochen Buchsteiner, Moderation: PD Dr. Kirsten Bönker. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Kulturzentrum Ostpreußen



Vom 17. Mai bis zum 13. Juli, „Flucht der Pferde. 80 Jahre Evakuierung Trakehnens.“

Das Kulturzentrum Ostpreußen eröffnet am Sonnabend, 17. Mai, 14 Uhr, die Ausstellung mit einer Einführung der Kuratorin der Ausstellung Martina Kerl, Autorin und Filmemacherin. Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene spricht als Schirmherrin der Ausstellung ein Grußwort, nach der Begrüßung durch Gunter Dehnert, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Um eine Anmeldung wird gebeten unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Trakehner Pferde sind deutschlandweit, ja weltweit bekannt. Man assoziiert mit ihnen eine edle Pferderasse, die heutzutage im internationalen Reitsport

eine prominente Rolle einnimmt. Den wenigsten Menschen allerdings ist die dramatische Geschichte bekannt, die sich im Kriegswinter 1944/45 für Menschen und Tiere abspielte, als Preußens Hauptlandesgestüt evakuiert werden musste.

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10–12 und 13–17 Uhr



ANZEIGE

Warte auf mich
Mit Deiner Seele will ich fliegen
Über Berge und Täler, Wälder und Meere

Ingrid Krondorfer
geb. Podelh
* 5. November 1928 Königsberg (Ostpreußen) † 8. März 2025 Oberursel

Sie war zuhause in Absintkeim, in Frankfurt, in Kabul und in Oberursel; in der Literatur wie in ihrem Blumenparadies; in Reiseabenteuern mit ihrem geliebten Peter sowie in ihrem großen Freundeskreis. Sie möge in Gottes Hand ruhen.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer geliebten Mutter und Großmutter.
Birge, Björn und Bastian Krondorfer
Zadekia und Tabitha Krondorfer
Leander und Gideon Kaufmann
Dank an Cristina Madam

Altkönigstraße 142, 61440 Oberursel
Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Dienstag, den 13. Mai, um 14.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof in Oberursel Nord statt.
Statt Blumen wünschen wir in ihrem Namen eine Spende an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz DE71 5004 0050 0400 5004 00, Kennwort: Ingrid Krondorfer.

SCHLECHTER SCHÜLER, BEGNADETER WISSENSCHAFTLER

Wilder Tanz auf dem Vulkan

Ostpreußens Friedrich Hoffmann wurde von keinem geringeren als Alexander von Humboldt zum Professor gekürt

VON WOLFGANG KAUFMANN

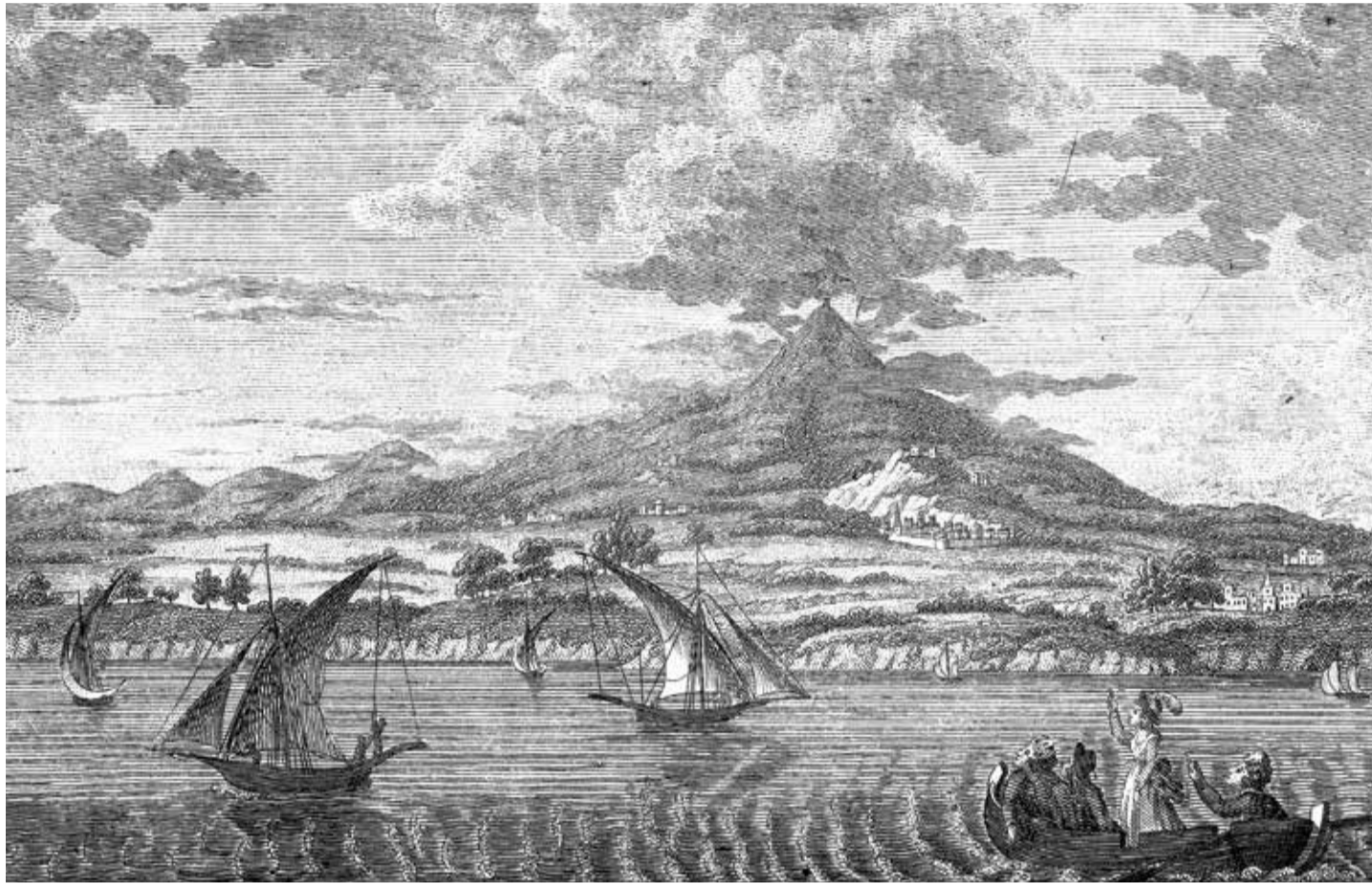
Die ersten Forscher, welche Vulkane wissenschaftlich untersuchten und so die geologische Teildisziplin der Vulkanologie begründeten, waren allesamt Franzosen wie Jean-Étienne Guettard, Barthélemy Faujas de Saint-Fond, Nicolas Desmarest, François Dominique de Reynaud de Montlosier und Louis Constant Prévost. Letzterer erhielt dann allerdings 1831 Konkurrenz durch einen gebürtigen Ostpreußen namens Friedrich Hoffmann.

Der Sohn des Direktors des Statistischen Bureaus von Preußen kam am 6. Juli 1797 in Wehlau zur Welt und besuchte später das Gymnasium in Berlin, wo er nicht besonders brillierte. Außerdem verzögerte sich Hoffmanns Studienbeginn durch seine wiederholte Teilnahme an den Befreiungskriegen gegen Napoleon. Nach einiger Zeit wechselte er von der Medizin in das Fach Geologie und Mineralogie, weil dieses erheblich mehr Gelegenheit zum Aufenthalt in der freien Natur bot.

Von 1820 bis 1823 untersuchte der Nachwuchsgelehrte die geologischen Verhältnisse weiter Teile Nord- und Mitteldeutschlands von Thüringen bis hinauf nach Helgoland. Die daraus resultierende Veröffentlichung erregte unter anderem das Interesse des Forschungsreisenden Alexander von Humboldt, der dafür sorgte, dass Hoffmann sich an der Friedrichs-Universität in Halle habilitieren konnte und dort dann auch 1824 als außerordentlicher Professor angestellt wurde.

Vulkane als Gebirgsbilder

In den Folgejahren setzte Hoffmann neben seiner Lehrtätigkeit die geologische Durchmusterung Deutschlands fort – diesmal in Raum zwischen dem Rheinischen Schiefergebirge und dem Erzgebirge in Sachsen. Im Ergebnis dessen erschien 1830 das Werk „Uebersicht der



Seit Jahrhunderten ist Italiens Vulkan Ätna ein Berg, der Menschen fasziniert – allen voran Vulkanologen wie Friedrich Hoffmann, der bereits 1829 den stets aktiven Vulkan eingehend geologisch untersuchte *Bild: imago/GRANGER Historical Picture Archive*

orographischen und geognostischen Verhältnisse vom nordwestlichen Deutschland“ mit finanzieller Unterstützung des preußischen Staates. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Hoffmann schon auf einer großen Tour durch Italien, zu der er im Oktober 1829 aufgebrochen war. Der Zweck bestand dabei in der Erforschung des Vulkanismus, in dem der Geologe die Haupttriebkraft für die Gebirgsbildung sah, was zwar falsch war, aber dem damaligen Wissensstand entsprach.

Den Ätna im Visier

Hoffmann reiste über Wien, Triest, Venedig, Florenz, Siena, die Insel Elba, das Abruzzener-Gebirge und Rom nach Neapel,

wo er einen kleineren Ausbruch des Vesuv beobachten konnte. Danach zog es ihn auf die Insel Sizilien, deren Geologie Hoffmann zehn Monate lang studierte und als Erster zuverlässig beschrieb. Im Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit stand natürlich der 3403 Meter hohe Vulkan Ätna, den er mehrmals bestieg – nicht zuletzt auch, um die ständigen Eruptionen des höchsten aktiven feuerspeienden Berges Europas aus der Nähe zu beobachten.

Eine Insel entsteht

Während seines Aufenthaltes in Sizilien erlebte Hoffmann eine einmalige Sternstunde für jeden Vulkanologen, nämlich das Auftauchen einer neuen Insel aus dem

Ozean durch vulkanische Vorgänge. Am 8. Juli 1831 brach der auf dem Meeresgrund zwischen der italienischen Insel Pantelleria und der sizilianischen Hafenstadt Sciacca liegende Försner-Vulkan aus. Im Zuge dieser Eruption bildete sich direkt vor den Augen Hoffmanns und des gleichfalls herbeigeeilten französischen Vulkanologen Prévost ein kleines Eiland, das schließlich einen Umfang von 5000 Metern und eine maximale Höhe von 63 Metern erreichte.

Der preußische Wissenschaftler betrat die aus Asche und Schlacke bestehende Insel am 24. Juli 1831 und taufte sie auf den Namen Isola Ferdinandea – als Hommage an den neuen König beider Sizilien

Ferdinand II. Karl aus dem Hause Bourbon. Allerdings erhob dann am 3. August der britische Kapitän Humphrey Fleming Senhouse Anspruch auf die Insel, die er Graham Island nannte.

Aufgetaucht und verschwunden

Bald darauf mischte sich auch Frankreich ein und signalisierte sein Interesse an dem Fetzen Land. Angesichts dessen entsandte der Gouverneur der britischen Kolonie Malta, Vizeadmiral Sir Henry Hotham, mehrere Kriegsschiffe zur Besetzung der Insel. Weil deren loser Untergrund durch keine erstarrte Lava stabilisiert wurde, hatten die Meereswellen jedoch ein sehr leichtes Spiel: Bereits im Dezember 1831 war Ferdinandea alias Graham Island wieder vollständig im Meer versunken, womit der Konflikt letztlich im Sande verlief.

Tot mit nur 38 Jahren

Hoffmann, der wenig später zudem auch noch einer größeren Eruption des Stromboli auf den Liparischen Inseln beiwohnte, konnte sich nur schwer von Italien trennen, musste aber aufgrund seiner Lehrverpflichtungen Ende 1832 die Rückreise nach Deutschland antreten. In deren Verlauf erlitt er im Januar 1833 in Zürich einen gesundheitlichen Zusammenbruch, wahrscheinlich wegen Tuberkulose. Deshalb traf Hoffmann erst im März 1833 in Berlin ein, wo er ab 1834 viel besuchte Vorlesungen hielt. Allerdings starb der aus Ostpreußen stammende Gründungsvater der deutschen Vulkanologie dann bereits am 6. Februar 1836 im Alter von nur 38 Jahren, was ein großer Verlust für die Wissenschaft war, weil viele seiner Arbeiten noch der Vollendung harren.

Freunde und Kollegen von der Universität besorgten aber zumindest die Herausgabe dreier Sammelbände mit Vorlesungstexten und detaillierten Aufzeichnungen von der Italien-Reise.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Vom Lost Place zurück in die Zukunft

Verwilderte Bahnanlagen in Leobschütz erwachen aus dem Dornröschenschlaf

Mit der Sanierung des historischen Bahnhofes im ober-schlesischen Leobschütz [Głubczyce] hatte sich die fünf Kilometer von der tschechischen Grenze entfernte Stadt an der Zinna [Psina] fast übernommen. Nachdem die Gemeinde Leobschütz 2022 das stark verfallene Bahnhofsgebäude von einer Warschauer Firma zurückgekauft hatte, winkte zwar ein erheblicher Zuschuss vom polnischen Kultusministerium und aus dem Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, doch die mit der Sanierung beauftragte Baufirma ging pleite. Bürgermeister Adam Krupa hat zwar bereits eine neue Firma beauftragt, doch es besteht kaum Hoffnung, dass die Arbeit planmäßig abgeschlossen werden kann, was zur Folge hätte, dass die Gelder zurückgezahlt werden müssten. Gegenüber der Zeitung „Nowa Trybuna Opolska“ („NTO“) sagte Krupa, die Firma Murex aus dem benachbarten Gläsen [Klisino] arbeite auf Hochtouren. Derzeit würden Arbeiten an der Innenfassade ausgeführt sowie beim Einbau der Fenster- und Türen. Als Nächstes stünden das Dach und die Decken auf dem Plan. Dafür habe die Firma bis zum Ende dieses Jahres Zeit.

Der Leobschützer Bahnhof gehört zu den originellsten in Oberschlesien, denn

er ist in Form einer Dampflokomotive erbaut worden. Sein über 20 Meter hoher Turm ähnelt einem Dampflokschornstein. Vor der Eroberung durch die Rote Armee wurde der Turm als Aussichtsplattform genutzt.

Heute kann ihn niemand mehr betreten, da die Holztreppe – von Würmern zerfressen – längst zusammengefallen ist. Das Erdgeschoss und der erste Stock sehen wie ein Kessel aus. Die Fenster im Erdgeschoss sind Rädern nachempfunden, das Dachgeschoss soll eine Lokführerkabine symbolisieren. Dieses besondere Objekt stand 1989 beim Dreh des US-amerikanischen Spielfilms „Triumph des Geistes“ mit Willem Dafoe in der Hauptrolle als Kulisse für die griechische Bahnstation Thessaloniki.

Der Filmdreh war ein großes Ereignis für die Leobschützer, denn ihr Bahnhof „erlebte seine zweite Jugend und sie vergaßen dabei, dass in dieser Zeit die Polnischen Staatsbahnen (PKP) überall unrentable Strecken stilllegten. So fuhr am 3. April 2000 der letzte Personenzug von Leobschütz nach Ratibor [Racibórz]. Diese Strecke wurde stillgelegt“, so Piotr Kopczyk, der letzte Bahnvorsteher in Leobschütz. Kopczyk ist heute Vorsitzen-



Erinnert bewusst an die Form einer Dampflokomotive: Der Leobschützer Bahnhof

der des Vereins der Freunde des Museums des Leobschützer Landes (Stowarzyszenie Miłośników Muzeum i Ziemi Głubczyckiej), der das Leobschützer Kreismuseum betreibt.

Mit Tränen in den Augen erinnert er an den grünen Dieselzug mit zwei Doppelstockwagen und zahlreichen Fahrgästen, welche die letzte Fahrt auf der Strecke Ratibor-Leobschütz-Deutsch Rassel-

witz [Raclawice Śląskie] machen durften. Dort gibt es Anschluss Richtung Neisse [Nysa] oder Oppeln [Opole]. „Damit schloss sich der Kreis in der Geschichte der über 100 Jahre alten Strecke.“

Die Leobschützer haben sich bis heute nicht mit dieser Entscheidung abgefunden. Sie haben Unterschriften zur Wiederaufnahme des Zugverkehrs gesammelt, jedoch ohne Erfolg. Für sie hätte die Bahn hier auch heute noch eine Daseinsberechtigung“, sagt Kopczyk, denn Hunderte Menschen würden zu den weiterführenden Schulen und Universitäten nach Ratibor und Neisse pendeln, „sie würden mit dem Zug schnell, bequem und vor allem sicher dorthin gelangen.“

Bis es wieder so weit ist, müssen sich die Leobschützer gedulden, denn erst 2029 soll die Trasse Deutsch Rasselwitz-Leobschütz-Ratibor umfassend modernisiert werden. Diese 54 Kilometer lange Bahnstrecke soll elektrifiziert in Betrieb gehen und die Züge sollen mit einer Geschwindigkeit von bis zu 120 Kilometer pro Stunden fahren können. Das mag man heute kaum glauben, denn die verwilderten Gleisanlagen präsentieren sich als „Lost Place“, dem man keine Zukunft mehr zutrauen mochte. *Chris W. Wagner*

HISTORIE UND GEGENWART

Der Graf und seine vielen Pläne

Schloss Hohendorf – Ein Familienbesitz geht auf eine Reise durch die Zeit und erlebt Höhen und Tiefen

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Nordwestlich von Stralsund gibt es ein Kleinod an der Landstraße 213, versteckt hinter einer Phalanx von hohen Bäumen: Herrenschloss Hohendorf. Wenn man in den Park einbiegt, kommt ein zweigeschossiges hellgelbes Gebäude im neogotischen Stil zum Vorschein. Charakteristisch sind die vorspringenden Seitenflügel mit vorgelagertem Treppenrisalit und Zinnentürmchen, die auch den fünfgeschossigen Bergfried zieren. Zehn Hektar Park mit sehr alten Buchen und Eichen umgeben das Schloss, das in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft liegt.

Die Geschichte des Besitzes reicht ins Jahr 1321 zurück. Damals schenkte Wizlaw III., letzter slawischer Fürst der Insel Rügen, Familie Hup Land in Hohendorf. Eine Familie von der Osten übernahm schließlich im 15. Jahrhundert Teile des Anwesens, das sie 200 Jahre später ganz besaß. 2500 Hektar Land hatte das Gut, zu dem weitere fünf Güter in der Umgebung gehörten.

Kein Geringerer als der Baumeister Karl Friedrich Schinkel entwarf den früheren Adelsitz der Grafen von Klot-Trautvetter. Als der große preußische Architekt 1841 starb, wurde der Bau schließlich von Friedrich Hitzig 1854 ausgeführt, und zwar im Auftrag von Ernst Malte Freiherr von Klot-Trautvetter-Hohendorf, Sohn von Burchard Ernst von Klot auf Hohendorf. Er hatte allerlei vorzuweisen: Zögling der Ritterakademie von Brandenburg, preußischer Kammerherr und Johanniterritter.

Der letzte Bauherr Ernst Johann Freiherr von Klot-Trautvetter († 1843) war mit Wilhelmine von Platen († 1851) verheiratet. Nächster Grundbesitzer war Ernst Malte Friedrich 1. Graf Klot-Trautvetter. Er trat 1843 die Nachfolge auf Hohendorf an und 1870 dem Johanniterorden als Ehrenritter bei. Er heiratete Erbherrin Hedwig Gräfin Bohlen-Preetz.

Geschenk von Fürst Wizlaw III.

1752 wurde die Familie in den schwedischen Freiherrenstand erhoben, 1846 folgte in Potsdam der Grafentitel, sie hieß dann Klot genannt Trautvetter. Man war Fideikommissherr, hatte also allein das Nießbrauchrecht am Grundeigentum, das



Nur 14 Kilometer nordwestlich von Stralsund gelegen: Schloss Hohendorf

damit nicht teilbar war. In Familienbesitz ist das Gut seit 1733, begründet durch das Majorat von Johann Reinhold von Trautvetter († 1741). Sein Neffe Wilhelm Reinhold von Klot beerbte ihn und übernahm auch gleich Namen und Wappen derer von Trautvetter.

Dem vermögenden Erben Magnus Graf Klot-Trautvetter gefiel das Schloss nicht mehr, sodass er es um 1900 umbauen ließ. Herbert Graf Klot-Trautvetter (1896–1977) schließlich war der letzte Grundherr auf Hohendorf. Den Ersten Weltkrieg erlebte dieser als Offizier im Rang eines Rittmeisters.

Schlossfahne, Halali und Korn

Dann kam der 12. Januar 1929. Es war winterlich kalt, und Schloss Hohendorf lag in Schnee eingebettet. An dem Tag wurde eine Treibjagd angesetzt. Gegen zehn Uhr hisste man die schwarz-gelbe Schlossfahne zum Zeichen dafür, dass Irmgard Gräfin von Klot-Trautvetter einen Sohn geboren hatte. Die Jagdgesellschaft – später stieß auch Hermann Göring dazu – kam mit einer großen Strecke von über 100 Stück Wild zurück. Nachdem das Halali geblasen war, nahmen die Jäger und Treiber einen ordentlichen Schluck Pommerschen Korn und beschlossen an diesem ehrwürdigen Tag, dass der Stammhalter Hubertus heißen sollte.

Später berichtete dieser: „Es war eine wunderschöne Zeit auf den Gütern, vor allem dies: rundum sorglos aufzuwachsen. Wir Kinder wurden morgens mit dem Kutschwagen zur Schule gefahren oder sind, wenn es die Zeit erlaubte, mit der

Kleinbahn nach Stralsund oder Barth gefahren. Wenn wir mittags nach Hause kamen, spielten wir natürlich auf dem Gutshof oder ritten mit unseren Ponys und Reitpferden auf die Äcker. Attraktion war Hirsch ‚Hansi‘, der als Kitz aufgefunden, mit der Flasche großgezogen und wie ein Hund erzogen wurde. Er lief auch allen hinterher, auch den Reitern, und sprang über Koppelzäune und Büsche, später sogar bei Turnieren über den Parcours. Nachmittags segelte uns der Fischer von Langendorf bei gutem Wetter über den Bodden zum Prahm-Ort oder zu den Werderschen Inseln, wo 400 Schafe und 100 Rinder auf saftigen Weiden grasten. Im Herbst landeten dort auch zehntausende von Kranichen. Auf der einen Seite erstreckte sich die Ostsee mit einem wunderbaren langen Sandstrand von Prerow bis zum Bock, auf der anderen Seite der Bodden. Auch zum Baden war es herrlich.“

Für eine Mark zurückgekauft

Wenige Jahre später war es mit der üppigen großdeutschen Herrlichkeit vorbei. Die Russen standen vor der Tür. Von Plünderungen und Vergewaltigungen blieben auch Hohendorf und seine Bewohner nicht verschont. Der russische Kommandeur aber fackelte nicht lange und erschoss kurzerhand die Täter, die er erwischte. Es folgte die abenteuerliche Flucht der Familie, die in einem Auffanglager im niedersächsischen Helmstedt endete. Das Schloss blieb ohne Bergfried und innen verwüstet zurück. Zu DDR-Zeiten machte man ein Altersheim daraus.

Nach der deutschen Einheit kaufte Graf Hubertus 1993 sein Geburtshaus für eine symbolische Mark von der Gemeinde zurück und ließ es – er hatte es in Süddeutschland zu einem wohlhabenden Geschäftsmann gebracht – aufwendig sanieren. Das Schlosshotel und sein gräflicher Eigentümer hatten schnell einen Namen, auch über die Region hinaus: „Einmal einem echten Grafen die Hand geben!“, war eines der Motive von jährlich bis zu 20.000 Gästen. Denen wurden „Ritterabende“ geboten, bei denen Hubertus sie zum Ritter schlug und das sogar beurkundete. Aber auch Vorträge und Konzerte fanden im großen Saal statt. Es wurde, nicht nur zu Hochzeiten, auch gefeiert wie zu Vater Herberts Zeiten, der auch gern mal mit seinem „Horch“ das Berliner Luxushotel „Adlon“ zu Spiel und Trank ansteuerte.

Kämpferischer Graf

Das muntere Leben änderte sich, zumal Hubertus sich mit drei Ehefrauen, darunter eine Französin, eine vermutliche Ex-Stasi-Mitarbeiterin und eine Polin, hintereinander einließ und auch sonst für Wirbel in der Hansestadt Stralsund sorgte. Nur einer von vielen „Streichen“: Graffiti gefielen ihm gar nicht. Mit Schrubber und Seifenwasser rückte er dagegen vor, sogar an denkmalgeschützten Gebäuden – und wurde deswegen verdonnert.

Aber er sorgte auch mit vielen Ideen, darunter so manch „spinnerten“, für einen gesellschaftlichen Mittelpunkt in Nordvorpommern, die Wiederbelebung des Stralsunder Verkehrsvereins und den Bau des „Ferien- und Freizeitparks Hohendorf“ mit 20 Ferienhäusern. „Ich bin ein Kämpfer und muss immer wieder was Neues anpacken“, sagte er gerne dazu. Doch es häufte sich ein Schuldenberg an, nicht zuletzt durch Missmanagement und Krankheit von Graf Hubertus. Die Zwangsversteigerung blieb nicht aus.

Ab 2010 schließlich übernahm ein Lübecker Investor das Anwesen für 700.000 Euro. Das ehemalige Schlosshotel wurde zu einem Wohngebäude mit 33 Luxuswohnungen umgebaut. Die Universität Rostock bot sich an, im Rahmen der Hochbegabtenförderung Schlosskonzerte durchzuführen. Am 14. August 2015 starb Hubertus im Alter von 86 Jahren und wurde auf dem Familienfriedhof im nahen Groß Mohrdorf beigesetzt.

● MELDUNGEN

75 Jahre, Wahl und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Lindenwanzen-Invasion: Die ursprünglich im Mittelmeerraum beheimateten Insekten befallen gegenwärtig zu tausenden auch Linden unweit des Stettiner Zentralfriedhofes. In den vergangenen Jahren wurden sie laut NABU auch bereits auf der Insel Usedom und in Anklam gesichtet. TS

Greifswald – Landratswahl in Vorpommern. Im Osten treten E. v. Malottki (SPD) und I. Arndt (AfD) gegen Amtsinhaber M. Sack (CDU) an. Im Westen verteidigt sich der aus der SPD ausgetretene S. Kerth gegen Vorpommerns Staatssekretär H. Miraß (SPD) und C. D. Rodrigues (AfD). TS

Swinemünde – Ab Ende Juni soll eine Fähre Wochenendausflügler mit und ohne Fahrrad von Stettin über Neuwarp nach Swinemünde bringen. Vorgegangen ist dem Vorhaben im Januar die Diskussion zum Bau einer Brücke über das Stettiner Haff. Daran übten Umweltschützer Kritik. TS

Pasewalk – Da die Stadt über kein Kino mehr verfügt, wird nun wieder Freiluftkino Filmfreunde begeistern: Von Juni bis September werden sieben Filme im Museumsgarten, im Lindenberg und am Wasserwanderrastplatz gezeigt. Die Filme stellt ein Kino-Verrein bereit. TS

75 Jahre PAZ – Natürlich waren Pommern anlässlich des Jubiläums dabei. Seit 2018 erscheint die Pommerische Zeitung stets auf Seite 19. BS



Von rechts: Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis, Helga Brenker in Belbucker Tracht, sie stammt aus Greifenberg, und unser Autor Torsten Seegert von der Insel Rügen Bild: B. Stramm

Demmin – Im örtlichen Zeiss-Planetarium an den Sandbergtannen wird am 26. April die Geschichte des Planeten Erde mit einer 360-Grad-Projektion an der Planetariumskuppel gezeigt. Die Zeitreise, die auch für Kinder und Jugendliche geeignet ist, startet um 16 Uhr. TS

Vor 80 Jahren Anklam und Demmin 29. April: Die Rote Armee erreicht Anklam. Nacht zum 30. April: Die Parlamentarier Engel, Katsch und Oberst Wurmbach fahren nach Anklam. 30. April: Kampflöse Übergabe Greifswalds von Stadtkommandant Petershagen. Die Wehrmacht sprengt Brücken über Peene und Tollense. Demmin – Neben 15.000 Einwohnern sind tausende Flüchtlinge in der Stadt. 30. April: Trotz kampflöser Übergabe kommt es zu massiven Übergriffen, Vergewaltigungen und Brandstiftungen. Beim größten deutschen Massensuizid, sie sahen nur diesen Ausweg, starben etwa 1000 Menschen. TS

BUCHEMPFEHLUNG

„Bodden und Haffe“

Mit dem traditionellen Zeesboot die Schönheiten der Region entdeckt

Der Tourismus boomt in Mecklenburg-Vorpommern, besonders der maritime. Es sind vor allem Segler, welche die Schönheit von Bodden und Haffen für sich entdecken. Und die soll erhalten bleiben, was einen verständnisvollen Umgang mit dieser ganz besonderen Wasserlandschaft voraussetzt. Der Schriftsteller, Journalist und Segler Volker Pesch aus der Nähe der Hansestadt Greifswald hat sich das zum Ziel seiner viertägigen Reise gesetzt: seine Kollegen vor dem Mast mit dieser einzigartigen Landschaft sowie ihrer sensiblen Flora und Fauna vertraut zu machen.

Er selber schreibt darüber: „Bodden und Haffe – man kann sich diese Landschaft vorstellen wie eine Reihe großer, miteinander verbundener Seen, an deren Ufer sich Schilfgürtel und sandige Kliffs abwechseln. Es sind fischreiche Gewässer,

Brutgebiete seltener Vögel, Habitate geschützter Arten, Naturparadiese. Es sind keine tosenden Meere, keine stillen Binnenseen, weder Salz- noch Süßwasser, nicht binnen, nicht buten. Es sind maritime Zwischenwelten.“

Pesch hat ein Zeesboot gechartert, eines dieser für die Region früher typischen Fischerboote mit ihren charakteristischen braunen Segeln, und ist damit vom Fischland im Westen weiter durch Strelasund, Greifswalder Bodden und Peenestrom bis zum Stettiner Haff im Osten gesegelt. Währenddessen schildert er sehr einfühlsam alles, was er ringsum beobachtet und entdeckt. Auch seine Gedanken lässt er dazu einfließen.

Bei der Lektüre des 139 Seiten umfassenden Buches fühlt man sich so, als ob man neben ihm an der Pinne sitzt oder in

der Vorpick bei Tee und Petroleumfunzel dem Wellenschlag lauscht. Die geschilderten Stimmungen übertragen sich auf den Leser, wozu auch die bildreiche Sprache und der schnörkellose Stil beitragen.

Als Journalist beherrscht er beides gleichermaßen und schafft damit ein zusätzliches Lesevergnügen. Ebenso wie Rüdiger Tillmanns Federzeichnungen, dazu gibt es Fotos und Karten, Tipps und Internet-Links zur Information sowie Erkundung der Region. Das Werk erscheint in der renommierten Natur-Reihe „European Essays on Nature and Landscapes“. Das ergänzende Buch „Binnenmeer“ (ISBN 978-3-96194-245-9) über die Ostsee von Olaf Kanter ist auch dort erschienen und ebenso sehr empfehlenswert.

Neben Seehandbüchern gehören diese Bände ins Bücherschapp eines jeden Boo-

tes, ob mit oder ohne Motor, das Bodden und Haffe befährt. Pesch war unter anderem Eigner und Schipper des Traditionsschiffs Nordwind, Mitgründer der Greifswalder Museumswerft und Vorsitzender des Greifswalder Museumshafens. psw



Volker Pesch: **Bodden und Haffe – European Essays on Nature and Landscape**, KJM-Buchverlag, Hamburg 2025, ISBN 978-3-96194-250-3, 22 Euro

„Ein Seelenanker für alle Vertriebenen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Danke an die Redakteure und das gesamte PAZ-Team für die neutralen und erfrischenden Berichte“

Bernd Wegter, Nordhorn
zum Thema: PAZ-Spezial – 75 Jahre
Zeitung für Deutschland (Nr. 15)



Ausgabe Nr. 15

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MIT VIEL GEWINN GELESEN

ZU: PAZ-SPEZIAL – 75 JAHRE
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
(NR. 15)

Ihre letzte Ausgabe der PAZ mit der Jubiläumsausgabe „PAZ-Spezial“ habe ich mit großem Gewinn gelesen, weil Sie sich nicht der herrschenden Meinungskultur der links-wochen Nomenklatura in Deutschland anschließen, sondern unabhängig denken und berichten. Dies trifft auch auf Ihr „PAZ-Spezial“ zu, das es verdient, im Geschichts- und Politikunterricht unserer Schulen und in den Geschichtsseminaren unserer Universitäten besprochen zu werden.

Herzlichen Dank und weiterhin viel Erfolg!
Klaus Fleischmann, Kaarst

AUGENÖFFNENDER BEITRAG

ZU: „NACHT VON POTSDAM“
(NR. 15)

Beim Lesen des Artikels über die Luftangriffe auf Potsdam im Jahr 1945 verschränkt es einem die Sprache.

Es ist unglaublich, dass die „deutschen Täter, die keine Opfer sein können“ in den letzten Tagen des Krieges in – durchaus nicht als abwegig zu bezeichnender – terroristischer Absicht angegriffen, verletzt und sogar getötet wurden. Diese (überwiegend zivilen) „Täter“, zu denen auch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und viele andere gehörten, sollten nach Auffassung der Alliierten noch vor Kriegsende unbedingt allesamt ausradiert werden. Und auch heute noch verdienen diese Menschen in den Augen einiger geschichtlicher Trautmäntler keine Gnade – ja, nicht einmal einen Hauch von Mitgefühl.

Richtig schräg (fast schon als menschenverachtend zu bezeichnen) wird es, wenn nach 80 Jahren immer wieder darauf hingewiesen wird (ein Bundespräsident fing zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 1985 damit an), dass die Zusammenbombardierten im Anschluss an diese Kriegsverbrechen durch die Siegermächte von der NS-Gewaltherrschaft

„befreit“ wurden und sich seither Jahr für Jahr artig dafür bedanken sollen – und womöglich in Zukunft auch einen Feiertag „geschenkt“ bekommen. Das ist alles irgendwie verwirrend, um es diplomatisch auszudrücken.

Vielen Dank für diesen gelungenen Artikel. Mögen weitere dieser „Augenöffner“ folgen.
Heiko Mittelstaedt, Hemsbach

SILBERSTREIF AM HORIZONT

ZU: „JAHR DER ZWEI-
SPRACHIGKEIT“ (NR. 14)

Das Jahr 2025 wurde von der europäischen Gebietskörperschaft Elsass (CEA) zum Jahr der Zweisprachigkeit ausgerufen. Hierzu sind mehrere Veranstaltungen geplant. Vor zirka 30 Jahren fing man an, im Elsass an den Schulen paritätisch auch in deutscher Sprache zu unterrichten. Doch im Laufe der Zeit schrumpfte der Anteil deutsch-französischer Klassen erheblich.

Für die Zweisprachigkeit setzen sich seit Jahrzehnten auch eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten ein. Der elsässische Autor und Preisträger des Johann-Peter-Hebel-Preises 2024, Pierre Kretz, und Richard Weiss seien hier stellvertretend genannt. Weiss, ein pensionierter Lehrer für klassische Literatur aus Colmar, hat hierzu unlängst sein neuestes Buch „Wenn ich einmal groß bin werde ich zweisprachig sein!“ vorgestellt.

Nachdem 1945 die deutsche Sprache im Elsass vorübergehend verboten war, wurde durch den Generationenwechsel die Anzahl der alemannischen Mundartsprecher immer geringer. Trotz verschiedener Elterninitiativen an Schulen und Kindergärten konnte der negative Trend nicht gewendet werden. Nun könnte sich das von der europäischen Gebietskörperschaft (CEA) in Gründung befindliche Regionalsprachenbüro als Silberstreif am Horizont erweisen.

In der Bretagne und Korsika hat man sehr gute Erfahrungen damit gesammelt. Das Elsass könnte somit eine Brückenfunktion zum rechtsrheinischen aleman-

nischen Gebiet in Deutschland einnehmen und damit der in Sonntagsreden viel beschworenen aber wenig gelebten deutsch-französischen Freundschaft dienen. Auch wirtschaftlich und beruflich würde die Durchlässigkeit der Rheingrenze erhöht werden. Auch im öffentlichen Raum soll das Elsässische laut CEA durch zweisprachige Schilder wieder sichtbar werden. Gelänge dies, so wäre es ein echter Durchbruch in einer verfahren wirkenden Situation.
Roland Grassl, Bühl

EIN DEUTSCHER DIALEKT

ZU: „JAHR DER ZWEI-
SPRACHIGKEIT“ (NR. 14)

Schön, dass die PAZ noch die deutschen Städtenamen verwendet, wo der Mainstream französisierte Bezeichnungen verwendet.

Dass aber der elsässische Teildialekt des Alemannischen als Sprache bezeichnet wird, befremdet. Vielleicht hat die EU oder die französische Regierung ihn listig zu solchem Rang erhoben. Was aber in der Sache falsch ist. Elsässisch ist und bleibt ein deutscher Dialekt. Der bleibt ohne die deutsche Hochsprache wie etwa in Schulen im Schwinden begriffen.

Der Allgemeinplatz, dass das Elsass dauernd zwischen Frankreich und Deutschland umstritten war, stimmt so nicht. Von 925 bis 1648 gehörte das Elsass unbestritten zum Deutschen Reich und erst im späten 17. Jahrhundert ganz zu Frankreich. Den Verlust besonders von Straßburg (Okkupation im Frieden) haben manche deutsche Politiker nie ganz verwunden, weshalb Preußen auf dem Wiener Kongress 1815 das Elsass als Teil des Deutschen Bundes zurückforderte. Leider vergeblich.

Frankreich wollte sich mit dem Verlust des Elsass 1871 bewusst nicht abfinden, daher rührt hauptsächlich das „Hin- und-her-Geworfensein“ der Region seit dieser Zeit. Die zweite Quelle des regionalen Protests war und ist die rigorose chauvinistische Sprachpolitik sowie die offizielle Geschichtsdarstellung von Paris, die

jetzt gelockert, aber nicht verschwunden ist. Eine echte Autonomie wie die der Deutschbelgier oder der Südtiroler ist nicht in Sicht.

Es bleibt der PAZ hoch anzurechnen, dass sie die diesbezügliche Gleichgültigkeit der deutschen Politik immer wieder durchbricht.
Rudolf Kraffzick, Hainau

WANN WACHT DIE MITTE AUF?

ZU: DIE POLITISCHE MITTE STÜRZT
INS LEERE (NR. 14)

Die CDU hat sich den Linken, also der SPD, zugewandt statt den Rechten, also der AfD. Bei den nächsten Wahlen wird sie die Quittung dafür erhalten. Die Wähler wollen in ihrer Mehrheit keine linke Politik. Ihnen bleibt jetzt nur noch, die ungeliebte AfD zu wählen. Wenn sich die Abgeordnetenzahl der AfD bei der nächsten Bundestagswahl wieder verdoppelt, wacht die politische Mitte hoffentlich endlich auf.
Gerhard Wagner, Ratingen

AUFOPFERUNGSVOLLE ARBEIT

ZU: PAZ-SPEZIAL – 75 JAHRE
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
(NR. 15)

Meinen allerherzlichsten Glückwunsch und Dank für ihre aufopferungsvolle journalistische Tätigkeit über all die Jahre. Ihr *Ostpreußenblatt* ist ein Seelenanker für alle Vertriebenen und deren Nachkommen. Ich bewahre selbst den Flüchtlingsausweis A in meiner Schreibtischschublade auf, obwohl ich erst nach der Niederlage auf die Welt gekommen bin. Das ist auch gut so, da Westdeutschland nie zu meiner Heimat geworden ist, eher eine Art Diaspora.

Ich habe erst nach einigen Jahrzehnten herausgefunden, dass ich „anders“ bin. Und darauf bin ich stolz! Zu den Polen spüre ich mittlerweile eine größere Nähe als zu meinen aufkotroierten Landsleuten. Ihnen wünsche ich allen weiterhin Erfolg und gutes Gelingen!
Sitra Achtra (PAZ-Online-Kommentar)

ANZEIGE

Halbmond über Deutschland Ist unsere Heimat auf dem Weg ins Kalifat?

■ Die Muslimbruderschaft gilt als Keimzelle des modernen Islamismus. Ihre Strategie ist noch nicht die offene Konfrontation – sondern die schleichende, systematische Unterwanderung westlicher Gesellschaften. In *Eroberung* decken die Autoren Collin McMahon und Irfan Peci auf, wie sich islamistische Netzwerke tief in Politik, Medien, Kirchen, NGOs und Bildungseinrichtungen eingeschlichen haben – oft unter dem Deckmantel von Toleranz und Integration – aber mit dem klaren Ziel, aus Deutschland einen islamischen Staat zu machen.

Was niemand sagen will – aber jeder wissen sollte

Unglaubliches geschieht in Deutschland. Doch darüber zu sprechen, ist tabu:

- Warum gilt die Freimann-Moschee in München als inoffizielles Hauptquartier der Muslimbruderschaft in Europa – und was passiert dort wirklich?
- Welche Rolle spielten die Nazis, die CIA und die US-Regierung beim historischen Aufstieg des politischen Islams?
- Wie tief reicht die ideologische und personelle Verflechtung zwischen Islamisten und deutschen Parteien, insbesondere bei SPD, Grünen und Linken?
- Welche Mechanismen nutzen Islamisten, um Journalisten, NGOs und Aktivisten für ihre Agenda einzuspannen?

- Welche Personen, Netzwerke und Institutionen unterstützen die Eroberungspläne des politischen Islams – und warum ist das brennender, als viele glauben?

Warum unterwerfen sich die Deutschen widerstandslos dem Islam?

Collin McMahon und Irfan Peci legen ein erschütterndes Protokoll der Selbsttäuschung und Ignoranz vor – und sie nennen Ross und Reiter. Ein Buch, das jeder gelesen haben sollte. Denn die schleichende Islamisierung ist kein Zufall, sondern folgt einem geheimen Plan.

Dieses recherchestarke Buch ist unbequem. Unmissverständlich. Und längst überfällig.



Collin McMahon & Irfan Peci: *Eroberung* • gebunden • 252 Seiten • Best.-Nr. 991 450 • 22,- €

HOBBY-ARCHÄOLOGIE I

Der Erdboden als Tresor

Vergrabene Hinterlassenschaften – Gäbe es die Sondengänger nicht, würden viele archäologische Schätze unentdeckt bleiben

VON STEPHANIE SIECKMANN

Der Mensch hat es geschafft, den Luftraum zu erobern. Er fliegt mit dem Hubschrauber zu Geschäftsterminen, bucht einen Linienflug in weit entfernte Regionen wie Neuseeland oder Hawaii und kann sogar bei passendem Portemonnaie in einer Rakete die Schwerelosigkeit erleben. Große Herausforderungen und Abenteuer gibt es in der Luft kaum noch.

Was bleibt, ist mit der Hände Arbeit Schätze zu heben, die vor Tausenden von Jahren in der Erde vergraben worden sind. Oder die im Laufe der Zeit tiefer und tiefer im Boden verschwunden sind. Archäologie erfreut sich als Hobby zunehmend großer Begeisterung. Und die Funde, die zu Tage gefördert werden, sind teilweise spektakulär.

Meldungen wie „Der Schatz im Spargelfeld“ sind keineswegs reißerisch aufgemachte Schlagzeilen. Dahinter steckt oft tatsächlich eine kleine archäologische Sensation. Bei dem Schatz, der im November 2015 auf einem Spargelfeld bei Beelitz gefunden wurde, handelte es sich um 70 Silbermünzen, die aus dem 16. Jahrhundert stammen. Ein Zufallsfund? Ja und nein. Der Mann, der sich mit einem Metalldetektor auf dem Spargelfeld auf die Suche machte, ist ein ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger mit dem Interessenschwerpunkt Mittelalter.

Seine Suche war keineswegs einer spontanen Laune geschuldet, sondern mit den zuständigen Behörden abgesprochen. An der Stelle, wo heute in akkuraten Reihen Gemüse wächst, stand im Mittelalter ein Dorf. Da ist sich der Hobby-Archäologe sicher. Die Münzen, die dicht beieinander gefunden wurden, können als Beleg dafür gesehen werden. Der Schatz wurde an das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege übergeben. So wie es die Regeln vorsehen.

Noch beeindruckender war der Fund, der 2018 in Schaprode auf der Insel Rügen ans Tageslicht gebracht wurde – Silberreifen, Fibeln und Münzen, die dem Wikingerführer und Dänenkönig Harald Blau-



Ausgrabungen in Schaprode: In einem Acker auf Rügen stießen Hobby-Archäologen auf einen wertvollen skandinavisch dominierten Silberschatz aus dem späten 10. Jahrhundert und damit aus der Umbruchsepoche von der Wikingerzeit zum Christentum

zahn und damit der Zeit um 970 bis 990 n. Chr. zugeordnet werden konnten. Die Ausgrabung wurde zwar vom Team der Landesarchäologie Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen. Doch die ersten Funde hatten zwei Hobby-Archäologen entdeckt und damit das Interesse an der späteren Ausgrabungsstelle geweckt.

Ähnlich lief es auch im Jahr 2021 in Großbritannien. Ein Hobbyforscher entdeckte einige Gegenstände, die in der Grafschaft North Yorkshire in zwei Gräben lagen. Die Untersuchung des zuständigen archäologischen Amtes ergab: Es handelte sich um rund 800 Gegenstände aus der Eisenzeit. Die zeremoniellen Speere, Teile von Wagen und Kessel sind damit rund 2000 Jahre alt.

Ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger gibt es vielerorts. Vom hohen Norden in

Schleswig-Holstein bis nach Bayern. Genaue Angaben zu der Zahl der helfenden Hände sind jedoch schwer zu ermitteln. Auch was die Chancen auf Funde angeht, gibt es keine zuverlässigen Details. Ohne eine gewisse Portion Idealismus macht dieses Hobby wohl aber nicht auf Dauer glücklich. Wer durchhält und hin und wieder ein Erfolgserlebnis verbuchen kann, sich dabei auch über kleinste Funde freuen kann, der profitiert. Schließlich sind frische Luft und Bewegung gesund.

Beschädigung durch Landwirtschaft

Genau dieser Grund gab den Ausschlag für einen echten Zufallsfund in Norwegen. Vor zwei Jahren befolgte ein Mann den Rat seines Arztes, sich mehr an der frischen Luft zu bewegen, kaufte sich einen Metalldetektor und unternahm damit

lange Spaziergänge. Mit Erfolg. Er entdeckte mehrere goldene Kettenanhänger, Goldperlen und Goldringe, die um die Zeit von 600 n. Chr. zu einem Halschmuck gehörten. Das zuständige Archäologische Museum in Stavanger veröffentlichte die Meldung über den Fund mit der Überschrift „Der Goldfund des Jahrhunderts in Norwegen“.

Hier und da ist zu lesen, dass in Deutschland auf 15 Quadratkilometern ein Schatz zu finden sei. Der Grund ist, dass es früher keine Tresore gab. Und da es nicht einmal Banken gab, hortete man die eigenen Schätze zu Hause oder vergrub sie an sicheren Plätzen. Der eine oder andere Schatz ist über Jahrhunderte hinweg in seinem Versteck verblieben. Wer in der Freizeit mit einer Metallsonde auf Schatzsuche geht, sollte sich erkundi-

gen welche Regeln in seinem Bundesland gelten. Mal braucht man eine Ausbildung, mal reicht eine Genehmigung.

Mit ihrem Einsatz sind die ehrenamtlichen Helfer eine wertvolle Unterstützung für Archäologen und Landesämter. Nicht immer sind die Funde spektakulär, nicht immer sind sie gut erhalten. Münzen und Schmuckstücke, die auf Feldern entdeckt werden, sind oftmals durch landwirtschaftliches Gerät oder Düngemittel beschädigt worden.

Besser erhalten sind Objekte, die im Moor versenkt wurden. Oder solche, die in einem Ton- oder Keramikgefäß in der Erde vergraben waren. So wie der etwa 1000 Jahre alte Silberschatz mit rund 6000 Münzen, der 2023 von einem Ehrenamtlichen auf Rügen entdeckt wurde. Das Silbergewicht des Fundes in Lancken-Granitz betrug 6,7 Kilogramm. Im selben Jahr wurden in Mirow sieben Bronzeschwerter gefunden, die sogar 3000 Jahre alt sein sollen. Keine Frage, 2023 war für Mecklenburg ein erfolgreiches Jahr im Hinblick auf besondere Funde.

Uralte Gegenstände, die aus Silber oder Bronze hergestellt wurden, sind aufgrund ihres Metallwerts bereits faszinierend. Bei Schmuck oder Werkzeugen ist es oft die Art der Verarbeitung, die Forscher begeistert. Doch darüber hinaus geben diese Funde oft Aufschluss über viel größere Zusammenhänge. Zum Beispiel darüber, wie die Menschen damals gelebt haben, wie sie gereist sind, wie sie gekämpft haben, welche Rituale sie bei Todesfällen vorgenommen haben.

Antworten auf diese Fragen können wir heute teilweise herleiten, weil Fundstücke genau darüber Aufschluss geben. So ist eines der Bronzeschwerter vom Fund in Mirow anders gearbeitet und dem Main-Mündungsgebiet als Herkunftsort zuzuordnen. Ob es eine Kriegstrophäe oder ein Geschenk war, ist – zumindest bis jetzt – nicht sicher zu sagen.

Fest steht aber: Ohne die Unterstützung der Hobby-Archäologen, die ehrenamtlich mit ihren Metalldetektoren unterwegs sind, wären viele der Schätze noch nicht geborgen worden.

HOBBY-ARCHÄOLOGIE II

Der Schatz der geschäftstüchtigen Briganten

Ein keltischer Schatzfund aus Yorkshire untermauert die Handelsbeziehungen zwischen Britannien und dem antiken Rom

Ende März sorgten in Großbritannien Berichte über einen sensationellen Hortfund der Eisenzeit in North Yorkshire für Aufsehen. Bereits 2021 war ein Sondengänger auf einem Feld in der Nähe des Dorfes Melsonby auf Metallgegenstände gestoßen. Archäologen der Universitäten Durham und Southampton legten die Fundstelle mithilfe der Scantechnologie frei.

Der sogenannte Melsonby Hoard umfasst mehr als 800 Gegenstände aus Eisen sowie einer Kupferlegierung und wird in die Zeit der römischen Eroberung Britanniens von 43 bis etwa 84 n. Chr. datiert, beginnend unter Kaiser Claudius. Die einzelnen und in ihrer Gesamtheit spektakulären Objekte werden einer wohlhabenden Persönlichkeit zugeschrieben, die zu einem Netzwerk von Eliten in Britannien gehörte, welches Handelsbeziehungen zum römischen Reich und in den mediterranen Raum unterhielt.

Fast das gesamte nordenglische Gebiet wurde damals von den Briganten (lateinisch Brigantes) kontrolliert, einem losen Zusammenschluss keltischer Volks-

stämme. Die einst sehr wertvollen Gegenstände belegen, dass die herrschenden keltischen Clans im Norden Englands ebenso vernetzt und wohlhabend waren wie die weiter südlich lebenden Stämme.

Von den zahlreichen Waffen des Hortfunds werden drei zeremoniell verzierte Speere sowie kunstvoll verzierte Pferdegeschirre für mindestens 14 Pferde besonders erwähnt, Teile vom Zaumzeug und 28 Eisenreifen für diverse Wagen. Es soll sich dabei um Überreste von mindestens sieben vierrädrigen Wagen und/oder von mehreren zweirädrigen Streitwagen handeln. Einige Pferdegeschirre wurden mit roter Koralle und farbigem Glas geschmückt. Weitere Hinweise auf Handels- und Kulturkontakte der ehemaligen Besitzer in den mediterranen Raum sind durch zwei reich verzierte Kessel nachgewiesen, von denen der eine sowohl mediterrane als auch eisenzeitliche Gestaltungselemente aufweist.

Ein Kessel wurde durch Schläge mit einem Stein beschädigt. Mehrere Eisenreifen wurden absichtlich verbogen, wei-

tere Gegenstände vor dem Vergraben ebenfalls beschädigt oder auf einem

Scheiterhaufen verbrannt. Menschliche Überreste wurden nicht gefunden. Tom



Teil des Melsonby-Horts: Ein kunstvoll geschmiedeter Riemenverschluss

Moore, Leiter der archäologischen Fakultät an der Universität Durham, erklärte, dass derart viele zerstörte Objekte in einem einzigen Fund in Großbritannien nahezu ohne Parallele seien. Er nimmt an, dass alle Teile anlässlich der Bestattung eines hochrangigen Anführers im Rahmen von rituellen Handlungen unbrauchbar gemacht und anschließend vergraben wurden. Antiken Quellen zufolge arrangierten sich die keltischen Briganten zunächst mit den Römern, bevor es zu Konflikten mit der Besatzungsmacht kam. Darüber berichtete der römische Geschichtsschreiber Tacitus (58–120) ausführlich in seinen „Annalen“.

Erst kürzlich wurde der einzigartige Hortfund publik. Der Chef von Historic England, Duncan Wilson, bezeichnet ihn als einen der „wichtigsten und spannendsten Funde aus der Eisenzeit im Vereinigten Königreich“. Seit dem 25. März ist eine Auswahl davon im Yorkshire Museum ausgestellt. Dagmar Jestrzemska

● FÜR SIE GELESEN

Abenteuer in Dänemark

Wandern, entspannen, die Natur genießen – in Dänemark geht es „hygge“ zu. Der einem Bildband ähnliche Reiseführer „Mit dem Wohnmobil durch Dänemark“ lässt Camperherzen höherschlagen. Unterhaltsam geschriebene Texte informieren über Land und Leute, Streckenvorschläge mit den Adressen von Campingplätzen sowie ein Reiseatlas mit Kartenausschnitten im Maßstab 1:200.000 erleichtern die Planung. Faszinierende Fotoaufnahmen machen Lust, das Gezeigte einmal selbst zu erkunden. **MRK**



„Mit dem Wohnmobil durch Dänemark“, Kunth Verlag, München 2024, flexibler Einband, 240 Seiten, 27,95 Euro

Abenteuer in Schweden

Wie Ostpreußen ist Schweden ein Land der Elche, Seen und Wälder. Auf 16 Routen führt der Band „Mit dem Wohnmobil durch Schweden“ entlang der Süd- und Westküste, durch Pippi Langstrumpfs Heimat Småland über Stockholm und die Ostküste, von Mittel- und Nordschweden bis nach Lappland. Die Routen bieten Abenteuer in Schwedens Natur und Kultur. Schwedische Gastfreundschaft können neugierige Wohnmobilisten nicht nur in den quirligen Städten erleben, sondern auch in den kleinen Küstenorten oder Dörfern im Landesinneren. Die Routen lassen sich in Teilabschnitte mit Zwischenstopps aufteilen. Entlang der Streckenabschnitte warten zahlreiche Campingplätze auf Gäste. Hervorzuheben sind auch bei diesem Band die herrlichen Fotos. **MRK**



„Mit dem Wohnmobil durch Schweden“, Kunth Verlag, München 2024, flexibler Einband, 320 Seiten, 29,95 Euro

Abenteuer in Österreich

Segeln, Wandern, Schwimmen – wer Österreich bereisen will, bekommt viel geboten. Der Band „Mit dem Wohnmobil durch Österreich“ führt auf 13 Routenvorschlägen zu herrlichen Bergpanoramen, kristallklaren Seen, Kultur und Gaumenschmaus. Inhaltlich aufgemacht wie die beiden zuvor genannten Bände, unterscheidet sich im vorliegenden Reiseführer jedoch das Reiseland von den beiden Nordländern. Ein Schwerpunkt liegt daher auf Freizeitaktivitäten vor atemberaubender Bergkulisse. **MRK**



„Mit dem Wohnmobil durch Österreich“, Kunth Verlag, München 2024, flexibler Einband, 224 Seiten, 27,95 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Kuba in fünf Kapiteln

Von Havanna bis Santiago de Cuba – mit dem neuen Reiseführer „Baedeker Smart“ verpassen Urlauber nichts, was es an Wichtigem in dem karibischen Inselstaat zu sehen gibt

BILD: IMAGO/ADICTIVE STOCK



Eine neuartige Reihe hat der Baedeker Verlag mit seinen „Smart“-Reiseführern kreiert. Im Fall des „Baedeker Smart Kuba“ handelt es sich um einen praktischen Führer im Taschenformat. Die Spiralbindung erleichtert das

Lesen erheblich. Aufgeteilt in fünf Kapiteln, die jeweils einer Gegend der Insel gewidmet sind, erhält der Leser neben Informationen viele nützliche praktische Tipps, gespickt mit Fotos und Adressen. **MRK**



„Baedeker Smart Kuba“, Baedeker Verlag, Ostfildern 2025, Klappenbroschur mit Spiralbindung, 232 Seiten, 18,95 Euro

KULTURKAMPF

Plädoyer für eine Umkehr

Die Nahostexperten Chaim Noll und Heinz Theisen warnen dringend davor, dass sich Europa dem Islam unterwirft – Appell zur Einigkeit des „Westens“

VON PETER BACKFISCH

Nach dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 ist die islamische Bedrohung auf Israel und Europa für jeden deutlich geworden. Die Nahostexperten Chaim Noll und Heinz Theisen haben mit „Verteidigung der Zivilisation“ ein Buch vorgelegt, dessen Botschaft lautet: „Der Existenzkampf Israels geht einem Kommen in Europa voraus“. Im Buch wird dies faktenreich belegt. In einem Blick zurück auf die historischen Ereignisse seit 1947 werden die Ursachen verdeutlicht.

Die Lösung sei in der konsequenten Abkehr von offenen Grenzen Europas und in einer „Selbstbehauptung des Eigenen“ zu finden. Nur durch ein Umdenken in den Bewertungen von Familie und nationaler Souveränität werde dies zu erreichen sein. Auch müssten die EU-Staaten sich von ihrer unipolaren Einbindung verabschieden und sich mehr auf eine multipolare Welt hin orientieren. Dies gelte sowohl für die USA als auch für Russland und China, im Buch „Weltmächte“ genannt, die eine Hauptverantwortung zu tragen hätten. In einer multipolaren Weltordnung müssten alle universalistischen Ansprüche in eine Koexistenz der Mächte und Kulturen überführt werden.

Der Islam wolle in einem ersten Schritt Europa kulturell unterwerfen, was bereits begonnen habe. In Demonstrationen berufe man sich dabei gerne auf vorhandene Verfassungsgesetze, wie die freie Meinungsäußerung und Versammlungs-

freiheit. Am Ende würden die Spielregeln neu aufgestellt, diese würden fundamental-islamisch sein. Europa müsse umsteuern. Die milliardenschweren Geldflüsse an militante Terrororganisationen müssten eingestellt werden.

Lösungsansätze sehen die Autoren in den sogenannten „Abraham-Accords“, einem ersten Abkommen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten. Die vom Westen bevorzugte „Zwei-Staaten-Lösung“ auf dem Gebiet Israels erteilen die Autoren eine Absage. 2009 nannte Barack Obama „den Palästinenser-Konflikt den Dreh- und Angelpunkt des Friedens in der Region“. Die Probleme der Region seien aber wesentlich mannigfaltiger, die meisten davon haben einen innerislamischen Ursprung. Die Obama-Administration war zu keinem Zeitpunkt in der Lage, dies zu erkennen. Noll und Theisen bezeichnen die gesamte Regierungszeit Obamas und Bidens als verheerend für Israel.

Ihre aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten können nur dann Konsens finden, wenn die Rhetorik von Judenhass mit der Vernichtung des Staates Israels zu einem Ende kommt.



Chaim Noll/Heinz Theisen: „Verteidigung der Zivilisation. Israel und Europa in der islamistischen Bedrohung“, Lau Verlag, Reinbek 2024, broschüriert, 247 Seiten, 20 Euro

POLITIK

Zukunftsaussichten für Deutschland

Der ehemalige SPD-Politiker und Mahner Thilo Sarrazin attestiert unserem Land trotz deutlicher Negativtrends noch gute Möglichkeiten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ vorlegte, stand die Republik am Rande des Abgrundes. Heute ist sie nun einen Schritt weiter und befindet sich – der Merkel- und Scholz-Regierung sei Dank – im politisch-wirtschaftlichen freien Fall ins Nichts. Insofern kommt der Titel des neuesten Werkes von Sarrazin „Deutschland auf der schiefen Bahn. Wohin steuert unser Land?“ reichlich verharmlosend daher.

Das gilt auch für die Aussagen des früheren SPD-Politikers, der zwar sehr genau und treffend analysiert, was alles schief läuft, aber dennoch die Ansicht vertritt, dass Deutschland ungeachtet seines „relativen Niedergangs“ letztlich „immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas“ sei. Darüber hinaus meint Sarrazin, „es wäre nicht sachgerecht, einige gegenwärtige Trends und Zustände unkritisch in die Zukunft zu verlängern“.

Da stellt sich die Frage: Was ist denn eine unkritische Verlängerung der aktuellen Entwicklungen bezüglich des Geburtenrückgangs bei den Deutschen, ihres sinkenden Bildungsniveaus, des Rückstands in der Forschung, des Verfalls der Infrastruktursysteme durch integrationsunwillige Einwanderer und arbeitsscheue Deutsche, der Explosion der Sozialausgaben, der Kriegsuntüchtigkeit der Bundeswehr, der Erosion der inneren Si-

cherheit, des Wucherns der Bürokratie und der Absenkung unseres Lebensstandards durch eine irrwitzige Klimapolitik? Glaubt Sarrazin allen Ernstes, dass sich das Ganze wieder zum Besseren wenden könnte?

Wie wenig wahrscheinlich dies ist, verraten die Passagen seines Buches, aus denen direkt oder indirekt hervorgeht, welche Maßnahmen zur versuchten Verbesserung der Zustände im Falle Deutschlands mittlerweile zu spät kommen würden. So besteht ganz offensichtlich keine Möglichkeit mehr, die fatale demographische Entwicklung in der Bundesrepublik noch irgendwie aufzuhalten, womit diese auf unabsehbare Zeit als Einwanderungsland erhalten muss – mit allen negativen Konsequenzen. Ebenso wenig dürfte der intellektuelle Niedergang unter den Deutschen wie auch den Immigranten aufzuhalten sein, was unweigerlich zu weiteren schmerzlichen Wohlstandsverlusten führen wird. Und die extreme Steuer- und Abgabenlast lässt sich gleichfalls nicht mehr vermindern, weil die absurde hohe Staatsverschuldung jedweden Spielraum hierfür raubt.



Thilo Sarrazin: „Deutschland auf der schiefen Bahn. Wohin steuert unser Land?“, Langen Müller Verlag, München 2024, gebunden, 327 Seiten, 26 Euro

FLUCHT AUS SCHLESISIEN

„Es sollte doch nur für zwei Wochen sein“

Die beiden Brüder Wolfgang (88) und Klaus Czojor (86) verließen im Januar 1945 mit einem Hauch Abenteuerlust die elterliche Wohnung in Breslau – Ohne es zu wissen, war es ein Abschied für immer

VON JENS EICHLER

Nichts deutete für sie auf eine nahende Front der Roten Armee hin. Von einem sich immer enger um die „Festung Breslau“, wie man die schlesische Hauptstadt zum Ende des Zweiten Weltkriegs erwartungsvoll nannte, ziehenden Belagerungsgürtel der Russen bekamen die Gebrüder Czojor nichts mit. „Mein Zwilingsbruder Hans, der vor wenigen Jahren verstorben ist, und ich besuchten täglich die Pestalozzischule, die in unmittelbarer Nähe unserer elterlichen Wohnung gelegen war. Es gab keine Versorgungsengpässe – und wenn, bekamen wir davon nichts mit. Das Leben verlief gefühlt ziemlich normal, wenn man in diesen Zeiten überhaupt von ‚normal‘ sprechen darf!“, berichtet der 88-jährige Wolfgang Czojor gegenüber der PAZ, als wir uns mit ihm bei seinem jüngeren, 86-jährigen Bruder Klaus im Jork, südlich von Hamburg im Alten Land, treffen. „Nein, es war alles okay. Tagsüber spielte ich mit Nachbarkindern aus unserem Wohnhaus in der Michaelisstraße. Ich brauchte nämlich nicht in den Kindergarten!“, lacht Klaus Czojor etwas schelmisch.

Die beiden beschreiben ein eher beschauliches, behütetes Leben in einer, geräumigen, weit über 100 Quadratmeter großen Wohnung. Sie berichten vom Milchladen an der Ecke, wo man einkaufte, vom malerischen Waschteich, einem kleinen Park mit Gewässer auf der anderen Straßenseite des Hauses, von einer großen Parade, die sich durch ihre Straße direkt unter ihrem Fenster im dritten Stockwerk entlang zur für damalige Verhältnisse riesigen Jahrhunderthalle in Breslau zog, als der „Führer“ die Stadt besuchte. Das Leben schien in Breslau weitestgehend normal zu laufen. „Ich erinnere mich, dass ein einziges Mal eine einzige Bombe damals auf Breslau gefallen ist. Eine – keine mehr. Ich weiß auch nicht, wer die abgeworfen hat, woher sie kam, aber das war so ziemlich alles, was wir damals in Breslau bis Anfang 1945 vom Krieg real und hautnah mitbekommen haben. Unsere Geburtsstadt war bis dahin weder angegriffen noch irgendwo zerstört worden!“, ergänzt der 86-jährige Klaus.

Das Nötigste wurde eingepackt

So ging es bis zum 24. Januar 1945. „Ich erinnere mich noch genau, dass der zuständige Gauleiter Hanke an diesem Tag die Bevölkerung aufforderte, unverzüglich Breslau zu verlassen – egal wie. Es wurden meines Erachtens ebenso Flugblätter verteilt, wie dass es Meldungen über das Radio gab. Und wenn ich rückblickend so bedenke, hat unsere Mutter das großartig gemanagt. Sie verbreitete keine Hektik, keine Panik, sondern for-



Klaus und Wolfgang Czojor (v.l.): Die beiden Brüder flohen mit ihren Geschwistern, der Mutter und beiden Großmüttern über Umwege zur Tante ins zerbombte Hamburg und leben seither am Rande der Hansestadt
Bild: Eichler

derte uns auf, ein paar Sachen zusammenzupacken. Uns, das hieß meinen Zwilingsbruder Hans, meinen Bruder Klaus, meine kleine Schwester Karin, die jüngste von uns, und mich. Es hatte aber insgesamt mehr den Anschein, als ob wir verreisen wollten. Ein paar Strümpfe, Unterwäsche, ein Hemd und etwas Waschzeug. Das war es schon, was wir zusammenkramten. Das Nötigste und das, was wir am Leib trugen, kam mit. Unser Ziel war Meerane in Sachsen, unweit nordöstlich von Zwickau, wo unsere Mutter Verwandtschaft hatte. Da sollte es hingehen. Ganz ehrlich, dass hatte mehr den Charakter von etwas Abenteuer und Ferien. Flucht? Nein, so dramatisch fühlte es sich für uns Kinder damals nicht an!“, betont Wolfgang Czojor.

Auf Gegenbesuch in Hamburg

„Auch bei den Aufforderungen, die Stadt zu verlassen, wurde keine Hektik, Dringlichkeit oder eine Notsituation betont. Ganz im Gegenteil, vielmehr hieß es, man solle sich einfach für zwei Wochen woanders aufhalten und dann könne man zurückkommen. Alles sei dann erledigt und es hörte sich so an, als ob dann das Leben in Breslau ganz normal wie immer weitergehen würde. Insofern waren wir weder in Furcht noch verängstigt. Es war höchstens für uns Kinder aufregend, weil wir verreisten. Das war ja damals nicht so normal und alltäglich, wie es heute ist!“, erinnert sich Klaus Czojor.

Ob es ihre Mutter damals auch so entspannt gesehen hat, darf bezweifelt wer-

den. Mit vier Kindern, Karin, die jüngste davon, gerade mal zwei Jahre alt, welche die Mutter permanent auf dem Arm tragen musste, und dazu die beiden Großmütter in gesetztem Alter mit im Schlepptau. Drei Erwachsene, die sicher wussten, wie ernst die Lage war, und diese mit mulmigem Gefühl zu meistern hatten, und dazu vier unbedarft Kinder, was in dieser Situation vielleicht sogar hilfreich war.

„Meerane, das wir mit einem sehr stark überfüllten Zug erreichten, war für uns nur eine Zwischenstation. Wenn gleich eine schöne. Denn es war Winter und wir konnten dort auf den Hügeln, den Ausläufern des Thüringer Waldes, wunderbar Schlitten fahren. Aber wir blieben nur ein paar Wochen dort, denn es sollte weiter gen Nordwesten gehen – nach Hamburg. Dort wohnte die Schwester unseres Vaters. Ihr Mann war in der Hansestadt der Leiter von Olex, dem Vorgänger von BP. Die gleiche Stellung hatte unser Vater in Breslau inne. Es war quasi ein Gegenbesuch. Denn 1943, als Hamburg so furchtbar im traurig-bekanntem Feuersturm, zerstört wurde, hatte unsere Tante uns in Breslau besucht und war wiederum bei uns untergekommen!“, macht Klaus Czojor deutlich.

Fliegeralarm im „sicheren“ Zielort

Und er fährt fort: „Sie wohnten in Hamburg-Wilhelmsburg in einem Haus auf einer Olex-Anlage. Das Kuriose dabei – wir waren gerade in Hamburg am Hauptbahnhof angekommen und gerieten umgehend in einen Fliegerangriff. Die Sire-

nen heulten, Fliegeralarm. Mit Sack und Pack mussten wir also sofort in den Luftschutzbunker. Das war wieder eine neue Erfahrung, denn zuvor in Breslau hatten wir so etwas noch nicht erlebt, da wir und unsere Stadt ja bis dahin von solchen Angriffen verschont geblieben waren!“

Überraschende Familienzusammenführung

Apropos verschont – Vater Czojor hatte das Glück im Unglück als Leiter der Olex-Anlage in Breslau. Olex, das war ein erst österreichisches, dann deutsches Mineralölunternehmen und die Vorläuferfirma der deutschen BP. Insofern ein für den Krieg enorm wichtiger Konzern, da er die Öl- und Benzinversorgung garantierte. Und als Anlagenleiter war er somit dienstverpflichtet und wurde nicht an die Front eingezogen. Das geschah erst im allerletzten Aufgebot, als so ziemlich alles und jeder zum Frontdienst eingezogen wurde – auch Vater Czojor. Dass seine Familie unterdessen aus Breslau geflüchtet und in Hamburg gelandet war, wusste er daher nicht. Eine Erkrankung setzt ihn buchstäblich „außer Gefecht“, nachdem er auf tschechischem Gebiet in amerikanische Gefangenschaft geraten war, dort ins Lazarett eingeliefert wurde und nach seiner rund vier Wochen dauernden Genesung im Juni 1945 entlassen wurde. Der Krieg war mittlerweile seit Mai vorbei. Also entschied er sich nach Hamburg zu seiner Schwester zu reisen, um dort unterzukommen, denn das von den Russen besetzte Breslau war keine Option.

„Mein Vater staunte nicht schlecht, als er endlich am Ziel ankam. Denn wen traf er dort – außer seiner Schwester und seinem Schwager, der ja zugleich Olex-Kollege war? Richtig, seine ganze Familie – Frau, Kinder und die Großmütter. Was für eine große gegenseitige Freude in so traurigen Zeiten!“, berichtet Klaus Czojor aus seinen 80 Jahre alten, aber immer noch sehr lebendigen Erinnerungen.

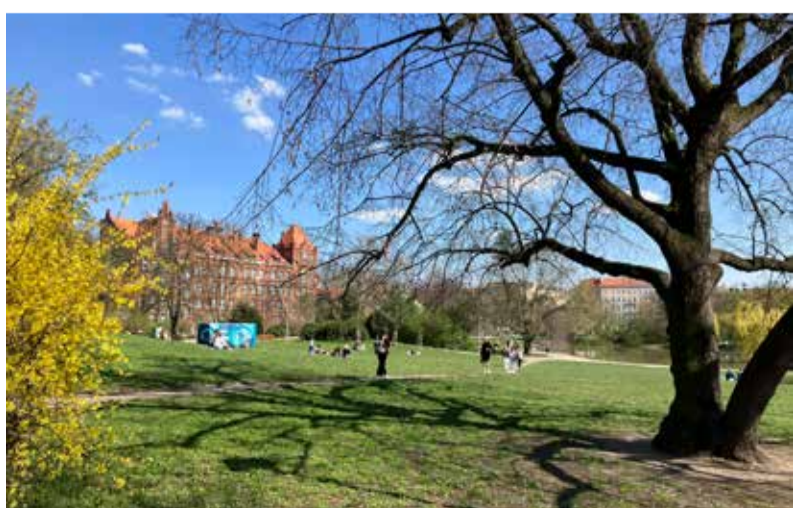
Etwas Glück im Unglück

Beiden Brüdern wohnt seither ein großes Stück Dankbarkeit in Bezug auf diese Zeit inne. Denn während Millionen Menschen auf der Flucht vor den Russen aus dem Osten Deutschlands schreckliche, traumatische Erlebnisse durchmachten, Tausende ihr Leben, teilweise auf grausame, unmenschliche Weise, ließen, ihr Hab und Gut sowie ihre Heimat verloren, hatten die Czojor-Kinder meistens ein Stück weit einen Glücksstern über sich oder den Segen Gottes, denn von schlimmsten Erfahrungen blieben sie bei aller Not zu guter Letzt doch verschont. Wie gut, und daher muss so eine Geschichte ebenso erzählt werden. Denn diese Umstände gab es eben auch – ein Hauch Fortuna inmitten der Hölle.

„Außerdem war es uns damals gar nicht wirklich bewusst, dass wir die Heimat verloren hatten. Es sollte doch nur für zwei Wochen sein. Aber aus zwei Wochen ist letztendlich ein ganzes Leben geworden“, resümieren die Brüder nachdenklich. Auf die Frage, ob Breslau dennoch Heimat ist, sind sich beide in ihrer Beurteilung einig: „Breslau ist unsere Geburtsstadt, es ist der Ort unserer frühesten Kindheit, in der wir wunderbare Zeiten erlebt haben. Aber Heimat ist dort, wo das Herz ist – oder wo es angekommen ist, und das ist nach so vielen Jahren doch schon eher Hamburg. Aber die Liebe zu Breslau ist trotzdem ungebrochen, auch, als wir 1979, 1983, 2004 und 2011 die Stadt immer wieder besucht haben – und auch unser elterliches Wohnhaus, was uns schon sehr emotional berührt hat.“

In neuer Pracht erstrahlt

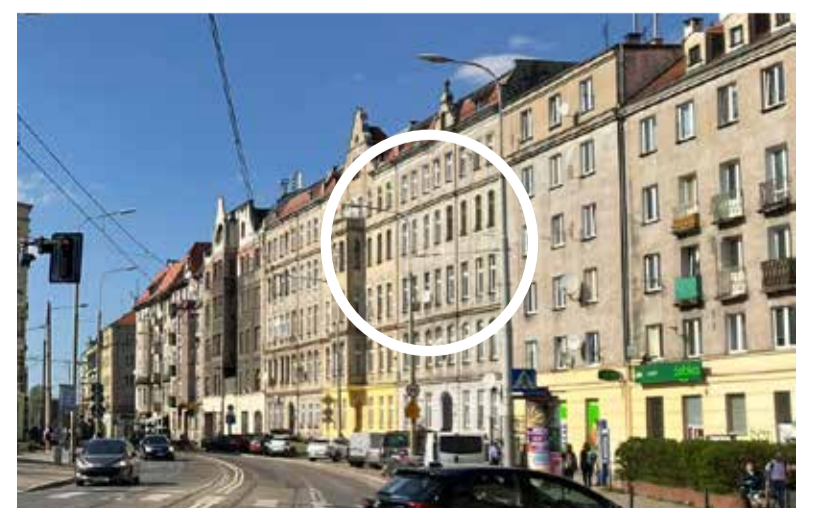
Breslau bot nach dem Krieg ein trauriges Bild der Verwüstung und Zerstörung. Die südlichen und westlichen Stadtteile waren zu 90 Prozent zerstört, die Altstadt und das Stadtzentrum zur Hälfte. Von den 30.000 Gebäuden, die vor dem Krieg existierten, lagen 21.600 in Ruinen, darunter 400 historische. Umso schöner, dass diese Perle Schlesiens heute wieder in neuem Glanz und altem Charme erstrahlt. Die Breslauer – Polen und die deutsche Volksgruppe – haben hier großartige Arbeit in Sachen Restaurierung geleistet. Auch, weil ein neues Bewusstsein über die wahren Wurzeln im Osten Deutschlands entsteht. Und das ist gut so.



Der Waschteich mit der Pestalozzischule im Hintergrund – beiden lagen gegenüber dem Czojor-Wohnhaus
Foto: Wagner



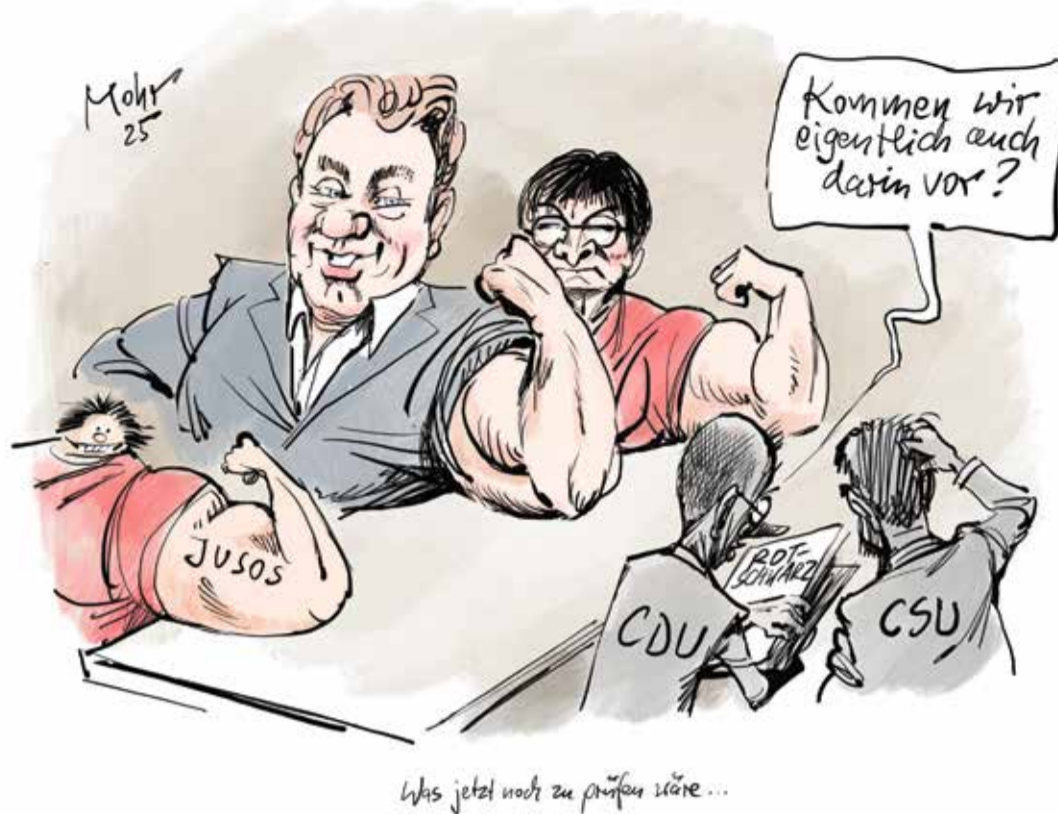
Die Czojor-Burschen Hans, Klaus und Wolfgang auf dem Balkon der elterlichen Wohnung in der Michaelisstraße (v.l.)
Foto: W. Czojor



Das Haus, in dem die Familie Czojor bis 1945 wohnte, steht heute noch in einer Top-Lage Breslaus
Foto: Wagner

● **AUFGESCHNAPPT**

Wenn deutsche Politiker in den vergangenen Jahren „Bürokratieabbau“ versprochen haben, hat ihnen das kaum noch jemand geglaubt. Wie berechtigt diese Skepsis ist, belegt eine neue Studie des Professors Stefan Wagner von der Universität Wien und der Berliner Wirtschaftsuniversität ESMT. Danach ist in Deutschland „das Volumen der Gesetzgebung innerhalb von 15 Jahren um etwa 60 Prozent angewachsen“, davon allein 2,5 Prozent im vergangenen Jahr. Von 2010 bis 2025 stieg die Zahl der Einzelgesetze auf Bundesebene demnach von 1082 auf 1306, die Masse der Gesetzeseiten stieg damit von knapp 25.000 auf fast 40.000. Besonders krass ist der Aufwuchs der Menge an Regelungen laut der Untersuchung im Wirtschaftsrecht (plus 110 Prozent) und im Finanzwesen (88 Prozent). Im Bereich Verwaltung wuchs die Zahl der Normen um 54, im Feld Soziales um 46 Prozent. Insgesamt noch umfangreicher sind zudem die Durchführungsverordnungen, Landesgesetze und EU-Normen, die zu den Bundesgesetzen hinzukommen. H.H.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Zu den harschen Reaktionen auf die Kritik von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU), welche die Kirchen als linkslastig bezeichnet hat, schreibt Nikolaus Harbusch in der „Bild“-Zeitung (22. April):

„Es ist bezeichnend, dass jetzt ausgerechnet Grünen-Politiker auf Klöckner eindreschen, die sich sonst wenig für die Kirche und ihre Lehren interessieren. Wenn die Religionsgemeinschaften sonst keine Verteidiger finden, sollten sie sich Sorgen machen.“

Das höchste britische Gericht hat festgestellt, dass Männer, die sich für Frauen erklären („Transfrauen“), trotzdem keine Frauen sind. Dazu schreibt Anna Schneider in der „Welt“ (17. April):

„Frauen sind also tatsächlich Frauen, und die Tatsache, dass das im Jahr 2025 eine Nachricht darstellt (beziehungsweise in Aktivistenkreisen für Furore sorgt), sagt eigentlich eh auch alles darüber aus, wie verstrahlt die Debatte der vergangenen Jahre in Bezug auf Geschlecht, Identität und Biologie eigentlich wirklich war – und bisweilen immer noch ist.“

Auf die heikle Frage, ob wir noch in einer Demokratie leben, antwortet Volker Boehme-Neßler, Jura-Professor an der Universität Oldenburg, in der Sendung „Schuler! Fragen, was ist“ bei „Nius“ (16. April):

„Ich würde jetzt nicht sagen, wir leben nicht in einer Demokratie. Wir haben aber eine Tendenz zur simulierten Demokratie. Das heißt, wir vergessen den Geist der Demokratie und wir halten uns an irgendwelche leeren Formalien der Demokratie. Wir machen Dinge, die irgendwie nicht demokratisch sind, aber formal gehen. Das Beispiel ist eben, dass die AfD in die Ecke gestellt wird. Formal ist das in Ordnung ... Aber es entspricht dem Geist der Demokratie eben nicht.“

Klaus-Rüdiger Mai macht sich erhebliche Sorgen über die Entwicklung der Freiheit in Deutschland. Bei „Tichys Einblick“ (21. April) gibt er zu bedenken:

„Wovor fürchtet sich die kommende Regierung eigentlich, wenn sie immer mehr Volksüberwachungsinstitute und immer mehr Volksüberwachungsrichtlinien schafft? Vor dem Volk? ... Dort, wo man nicht mehr rechts sein darf, befindet man sich bereits in einer linken Diktatur, und dort, wo man nicht mehr links sein darf, befindet man sich in einer rechten Diktatur.“

● **WORT DER WOCHE**

„Unter Honecker war jede Opposition faschistisch. Diesen unsäglich inflationären Gebrauch des Wortes erleben wir heute wieder. Die Leute merken gar nicht, dass es die Brandmauer schon mal gab – als Honeckers ‚Antifaschistischer Schutzwall‘.“

Rüdiger Safranski, Philosoph, spricht sich gegenüber der „Welt“ (20. April) für die Integration der AfD ins normale Parteienspektrum aus

DER WOCHENRÜCKBLICK

Es geht um alles

Warum der NS-Vergleich plötzlich gefährlich werden kann, und was diese Ausländer nicht verstehen

VON HANS HECKEL

Manchmal ändern sich die Zeiten fast unmerklich. Das gilt auch für den Umgang mit dem dunklen Fixstern deutscher Selbstbetrachtung, dem NS-Staat. Jahrzehntelang waren wir von der Mahnung durchdrungen: „Wehret den Anfängen!“ Die Allgegenwart dieses historischen Ausrufezeichens hatte erhebliche Folgen.

Die „Anfänge“ schienen hinter jeder Fichte zu lauern, und findige Konjunkturritter hatten es sich zur Masche gemacht, jederzeit mit einem NS-Vergleich zur Stelle zu sein, so schräg der auch immer ausfallen mochte. Nicht nur Bundeswehr-Gelöbnisse haben sie als Zeichen „deutscher Kontinuitäten“ – selbstverständlich mit direktem Kanal zum Hitler-Regime – entlarvt. Selbst ein allzu offensiver Gebrauch von Schwarz-Rot-Gold, jener demokratischen Nationalflagge also, welche die Nationalsozialisten gehasst und folglich abgeschafft hatten, konnte einem als Verdachtsmoment ausgelegt werden.

Heute ist der NS-Vergleich zwar immer noch schwer in Mode. Allerdings muss man sich plötzlich genau überlegen, gegen wen man diesen früher so leichtfüßig verschleuderten Anwurf in Stellung bringt. Das weiß jetzt auch Stefan Niehoff. Den kennen Sie schon: Niehoff ist der bayerische Rentner, der das „Schwachkopf“-Bild von Habeck geteilt hatte und dafür frühmorgendlich Besuch von der Staatsmacht erhielt. Nun hat die Staatsanwaltschaft Bamberg die diesbezüglichen Ermittlungen zwar „vorläufig eingestellt“, aber nur, weil sie einen noch viel dickeren Fisch gegen Niehoff an Land gezogen zu haben meint.

Dabei geht es um den Vorwurf der „Volksverhetzung“, weil der Mann „Erkennungszeichen von ehemaligen nationalsozialistischen Organisationen verbreitet“ haben soll. Was ist passiert? Ein Hamburger Bündnis gegen Rechts hatte zum Boykott der Molkerei Weihenstephan und anderer aufgerufen, weil die Zielobjekte angeblich die AfD unterstützen.

Niehoff fühlte sich an die Boykottmaßnahmen der braunen Horden gegen jüdische Geschäfte erinnert und postete unter der Überschrift „Wahre Demokraten! Hatten wir alles schon mal!“ ein historisches Foto von einem SA-Mann mit dem Plakat „Deutsche, kauft nicht bei Juden“ vor der Brust. Eigentlich unübersehbar, dass Niehoff die NS-Be-

wegung nicht „öffentlich verharmlosen“ wollte, wie ihm die Staatsanwaltschaft nun vorwirft, sondern sie als abschreckendes Beispiel der Geschichte darstellt.

Nun kann man den Vergleich je nach Geschmack für passend oder einigermaßen hergeholt halten. Doch hergeholt waren die NS-Vergleiche, mit denen wir in den vergangenen Jahrzehnten behelligt wurden, fast alle. Dass aber einer, der einem anderen NS-Methoden unterstellt und das mit einem historischen Bild unterstreicht, wegen des Zeigens eines historischen Bildes aus der NS-Zeit selbst unter NS-Verdacht gerät, ist neu.

Geschieht das ab jetzt jedem, der die Nazis in seine aktuellen Politstreiterei einflieht? Nicht doch, da brauchen Sie keine Angst zu haben. Es passiert längst nicht jedem, auch künftig nicht. Aber: Es könnte theoretisch jedem passieren, und darin liegt der Reiz. Denn das schafft Unsicherheit, Unsicherheit erzeugt Angst – und Angst macht gefügig.

So hantiert auch die neue Koalition unter der Führung der Union mit nebelhaften Vokabeln wie „Hass und Hetze“, gegen die eine „staatsferne Medienaufsicht“ energisch vorgehen solle. Auch Lügen sollen verboten werden. Aber was ist „Hass“? Was „Hetze“? Und wer bestimmt, was die Wahrheit ist und was Lüge? Die Frage ist leichter zu beantworten, als viele aufgeregte Kommentatoren derzeit meinen: Das bestimmt natürlich derjenige, der die Macht dazu besitzt und die anderen spüren lassen kann. Früher nannte man das Willkür, heute heißt es „Schutz unserer Demokratie“. Das allein ist der Unterschied.

Jetzt mischen sich die Briten ein!

Auf diese Weise „geschützten“ Demokratien war es seit jeher wichtig, dass ihnen keiner von draußen in die Suppe spuckt. Ausländische „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ muss ein starker Riegel vorgeschoben werden. So ist es sehr ärgerlich, dass sich nun ausgerechnet der britische „Economist“ die bundesdeutschen Verhältnisse näher angesehen hat und einigermaßen erschrocken darüber berichtet.

Das Londoner Wirtschaftsmagazin gilt als das weltweit renommierteste Medium seines Genres, die Stimme von der Themse hat daher international einiges Gewicht. Und was sagt sie? „Bedrohung der Meinungsfreiheit in Deutschland“ lautet der Titel des aufsehenerregenden Beitrags in der jüngsten Nummer. Fassungslos stehen die britischen Auto-

ren ebenso vor der staatlichen Attacke auf Niehoff wie auch vor der Verurteilung von David Bendels, über die wir hier vergangene Woche berichtet haben. Der bekam sieben Monate Gefängnis auf Bewährung, weil der Innenministerin Faeser per Fotomontage vorgeworfen hatte, die Meinungsfreiheit zu hassen. Daraufhin zeigte die Ministerin ihn an. „Faeser schien entschlossen, die Aussage von Bendels zu bestätigen“, schlussfolgert der „Economist“ recht sarkastisch.

Wie gemein! Erstens geht autoritären Existenzen jede Neigung zu Geist und Ironie grundsätzlich ab, ja, sie finden beides sogar hoch verdächtig. Zweitens fehlt diesen ignoranten Ausländern beim „Economist“ jedes Mitleid mit den besonderen Herausforderungen, denen sich die Herrschenden in Deutschland ausgesetzt sehen. In Berlin merken sie, dass ihnen die Zustimmung des Volkes immer mehr abhandenkommt. Außerdem spüren unsere Mächtigen sicherlich auch, dass ihnen die realen politischen Probleme längst über den Kopf wachsen, weil sich ihre linke Ideologie mittlerweile so weit von der Wirklichkeit entfernt hat, dass man zur Realität keinen Zugang mehr finden kann.

Weiterregieren wollen sie aber trotzdem. Eingezwängt zwischen der widrigen Wirklichkeit hier und einem immer lauter murrenden Volk dort müssen sie gezwungenermaßen um sich schlagen, was denn sonst?

Anfang der Woche kam Forsa mit der ersten Umfrage, welche die AfD bei 26 Prozent sieht. Das ist nicht nur schon die zweite Befragung, bei der die Blauen zur stärksten Kraft aufstiegen (ein Punkt vor der Union), sondern zudem ein neuer Rekordwert für die Partei.

Nun stellen wir uns, nur mal so in Gedanken, ganz kurz vor, die Bundesrepublik kehrte zum Prinzip der normalen demokratischen Repräsentanz zurück, also zu einem Parteiensystem ohne Brandmauer. Um Himmels Willen! All die vielen linken NGOs könnten über Nacht auf dem Trockenen sitzen, und die öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Rücken zur Wand. Ziemlich sicher könnte eine rote 16-Prozent-Partei auch nicht mehr die Richtung der Bundesregierung bestimmen.

Da staunen Sie, was? Doch genau so könnte es kommen. Das muss man sich vor Augen halten, wenn man die Faesers dieses Landes durch die Republik fegen sieht. Und deshalb sollten wir uns noch auf einiges mehr gefasst machen. Denn für manche geht es nicht nur um viel, sondern um alles.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de